

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Worteljähr 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die schmalste Spalte 10 Pf.
für die volle Spalte 20 Pf.
für die volle Seite 40 Pf.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 7. Juni 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Abänderung
des Krankenversicherungs-Gesetzes.

II.

Von den Abänderungsvorschlägen zum Krankenversicherungs-
Gesetz, die Hoffmann in seinem Aufsatz für die kommende
Reichstags-Session ankündigt, wird die Ausdehnung der
Unterstützungsdauer auf 26 Wochen wohl kaum auf
Widerstand stoßen. Schon seit der Beratung der Novelle zum
Kranken- und Invaliditätsgesetz ist man gerade auf diesen
Reformvorschlag vorbereitet. Damals wollten unsere Reichstags-
Abgeordneten den Zusammenhang zwischen Kranken- und Invaliditäts-
versicherung in der Weise herstellen, daß sie beantragten, die Unter-
stützungspflicht der Invaliditätsversicherung mit der vierzehnten
Woche beginnen zu lassen. Man kann jedoch anerkennen, daß auch für
den damals von der Regierung und der Reichstagsmehrheit bevor-
zugten Weg eine Reihe von Gründen ins Feld geführt werden können.

Doch diese Frage hat jetzt überhaupt nur noch ein theoretisches
Interesse. Nachdem bei der Beratung des Invaliditätsgesetzes die
Entscheidung gegen den damaligen socialdemokratischen Antrag ge-
fallen ist, wird nunmehr unzweifelhaft unsere Reichstags-
fraktion der Verlängerung der Unterstützungsdauer bei den Kranken-
klassen zustimmen müssen. Auch gegen eine wirkliche „Centralisation der Kranken-
klassen“ werden von unserer Seite wohl am allerwenigsten grundle-
gende Bedenken erhoben werden können. Alle die Vorteile, welche der
einheitlich geleitete Großbetrieb vor den Kleinbetrieben voraus hat,
würde eine wirklich alle Arbeiter umfassende centralisierte Orts-
Krankenklasse auch vor den Klassen und Ständen voraus haben, welche
das geltende Gesetz ins Leben gerufen hat. Und auch dagegen, daß
man den Versuch als verfehlt folgen läßt, anknüpfend an die alte
Zunftverfassung, innerhalb der modernen Arbeiterklasse eine Art
ständischer Gliederung zu schaffen, wird die Partei nichts einzuwenden
können, welche immerdar die Solidarität der Arbeiter vertritt. Aber
zu einem ganz andern Urteil wird man kommen müssen, wenn man
die Fragen aufwirft: Verdient das, was geschaffen
werden soll, wirklich noch den Namen: „Centrali-
sation“, und ist diese „Centralisation“ auch das
Opfer wert, welches dafür gefordert wird?

Die erste Frage kann man mit den eigenen Worten Hoff-
manns beantworten, der ausführte: „Die einheitlichen Kranken-
klassen für den Bereich einer oder mehrerer Gemeinden würden als
eine vollendete Form der Organisation der
Krankenversicherung nur dann angesprochen werden
können, wenn sie als die alleinige Klassenform
für die Durchführung der Krankenversicherung angenommen
würden.“ Das aber wird nicht der Fall sein! Die Betriebs-
Krankenklassen sollen auch ferner bestehen bleiben, ja, wie es
den Anschein hat, auch ferner neu gegründet werden können, die
Gewerkschaften ebenso, und selbst die Zünfte-Krankenklassen will
man erhalten, weil die Handwerker in diesen Klassen ein wesent-
liches Mittel zur Förderung der Gründung von Zünften
erblicken.“ Nur die Gemeinde-Krankenversicherung und
die „freien Hilfsklassen“ sollen der geplanten Centralisation
zum Opfer fallen. Also, die Klassenformen, in welchen
die Unternehmer das Heft in den Händen haben,
erhält man mit ängstlicher Sorgfalt und beläßt ihnen
auch die Organisation, welche diese Vorherrschaft ermöglicht hat: es
soll in diesen Klassen das Recht des Unternehmers bez. der Zünfte,
den Vorstehenden zu ernennen, auch ferner unangestastet bleiben. Die
Gemeinde soll für die Aufhebung der Gemeinde-Krankenversicherung
schadlos gehalten werden durch die „Angliederung“ der Orts-Kranken-
klassen an die Gemeindeverwaltung. Und nur allein die „freien Hilfs-
klassen“, welchen das eine nicht abzusprechen ist, daß sie die weizenste
Zwängung der Arbeiterschaft sind, und daß in ihnen das Selbst-
bestimmungsrecht der Arbeiter am wenigsten durch die Unternehmer
und durch behördlichen Einfluß beeinträchtigt wurde — sie sollen der
geplanten „Centralisation“ zum Opfer fallen.

Es kann dabei einem Zweifel nicht unterliegen, daß der Fort-
bestand der Betriebs-, Zünfte- und Gewerkschaft-Klassen weit mehr
als der der Hilfsklassen die „centralisierten Orts-Krankenklassen“ hindern
würde, „eine vollendete Form der Organisation der Kranken-Ver-
sicherung“ zu werden. Das ergibt sich ohne weiteres aus den Mit-
g.-berichten. Es bestanden im Jahre 1897:

Table with 2 columns: Class type and number of insured persons.
6074 Betriebs-Krankenklassen mit 2 160 074 Versicherten,
92 Bau-Krankenklassen mit 19 958 Versicherten,
598 Zünfte-Krankenklassen mit 146 819 Versicherten,
1888 Hilfsklassen (eingeschriebene und landesrechtliche) mit 789 588 Versicherten.

Schon hieraus ergibt sich, daß beim Fortbestande der Betriebs-,
Bau- und Zünfte-Krankenklassen die Centralisation nur ein Stückwerk
sein würde. Nimmt man diese Zahlen noch heute als zutreffend an
und läßt man außer acht, daß die Zahl der Hilfsklassen-Mitglieder
mit Rücksicht auf die dazu gehörigen „Doppelversicherer“ nicht voll
in Anrechnung kommen dürfte, so ergibt sich, daß die „einheitlichen
Orts-Krankenklassen“ nicht ganz Dreiviertel der Versicherten aufnehmen
würden — genau 6 011 268, — während für mehr als ein
Viertel — 2 325 851 — auch ferner die bisherige Zersplitterung mit
allen ihren Schattenseiten fortbestehen würde. Thatsächlich haben sich
nun aber gerade in dieser Beziehung in den letzten Jahren die
Verhältnisse noch ungünstiger gestaltet. Hoffmann selbst weiß
darauf hin, daß sich gerade in den letzten Jahren — nach 1897 —
die Zahl der Betriebs-Krankenklassen noch erheblich vermehrt hat,
und daß auch die Zünfte-Krankenklassen infolge der Novelle zur
Gewerkschafts-Ordnung vom Jahre 1897 voraussichtlich an Zahl und Um-
fang erheblich zugenommen haben. Und es soll ja anheimend nicht
einmal einer weiteren Verschlechterung durch ein Verbot der ferneren
Gründung solcher Klassen vorgebeugt werden.

Es ergibt sich weiter, daß wenn man die Mitgliederzahl als
Maßstab für die Existenzberechtigung einer Krankenklasse nimmt, es
sich keineswegs rechtfertigt, die Betriebs-, Bau- und Zünfte-
Krankenklassen zwar fortbestehen zu lassen, die freien Hilfsklassen aber
zu beseitigen. Denn es entfielen im Jahre 1897 durchschnittlich auf
eine Betriebs-Krankenklasse 310 Mitglieder,
auf eine Bau-Krankenklasse 217
auf eine Zünfte-Krankenklasse 246
auf eine Hilfsklasse 469.

Also die drei erstgenannten Gruppen stellen noch weit ärgere
Zweckbetriebe dar als die Hilfsklassen, und bei diesen letzteren besteht
dabei noch der Vorteil, daß ein Wechsel der Betriebsstätte einen
Wechsel in der Kostengemeinschaft nicht zur Folge hat.

Auch der Grund, daß die Hilfsklassen bei der Aufnahme an
den Gesundheitszustand der Mitglieder die höchsten Anforderungen
stellen, während die Zünfte-Klassen verpflichtet sind, „jede, auch
kranke versicherungspflichtige Person aufzunehmen“, läßt sich mit
eben demselben, ja mit noch mehr Recht auch gegen die
Betriebsklassen verwerten. In sehr vielen Fabriken, die
eigene Betriebsklassen haben, werden Arbeiter erst nach
der Untersuchung durch den Vertrauensarzt eingestellt. Wo
aber selbst diese vorherige Untersuchung fehlt, da kann sie jeder Zeit
ersetzt werden durch die Kontrolle während der Beschäftigung in der
Fabrik. Jede Erkrankung des in einer Betriebsklasse versicherten
Arbeiters kann den Anlaß zu seiner Entlassung geben, und giebt ihn
in sehr vielen Fällen, auch wenn die Arbeitsfähigkeit vor Ablauf der
gesetzlichen Unterstützungsdauer wiederhergestellt wird. Auch in anderer
Weise können die Betriebsinhaber, bez. ihre Beamten für die
Leistungsfähigkeit ihrer Klasse wachen. Aus dem rheinisch-west-
fälischen Industriebezirk wurde uns jüngst von durchaus zuverlässiger
Seite ein sehr charakteristisches Beispiel dafür erzählt. In einer Fabrik,
die eine eigene Betriebsklasse hat, wurde jede Arbeiterin ent-
lassen, sobald bei ihr Schwangerschaft konstatiert
werden konnte, und zwar geschah dies, wie der eigne Sohn
des Fabrikanten ganz naiv eingestand, um der Betriebs-
klasse die Auszahlung der Wöchnerinnen-Unter-
stützung zu ersparen. Wenn die Möglichkeit besteht, Er-
sparrnisse dieser Art zu Gunsten der Fabrik zu erzielen, dann
ist's freilich kein Wunder, daß in den Betriebsklassen „entweder die
Beiträge der Arbeiter verhältnismäßig gering, oder die Leistungen
im Verhältnis zu den Orts-Krankenklassen erheblich höher sind.“
Die paar Pfennig Verwaltungskosten, welche der Betriebs-
unternehmer zu zahlen hat, können diesen Unterschied nicht
erklären, sondern der kommt dadurch zu stande, daß die
Betriebsklassen sich ihre Mitglieder aussuchen können und sogar in
der Lage sind, etwaige dabei vorgekommene Fehler nachträglich noch
auszugleichen; den Orts-Krankenklassen dagegen bleiben die Kranken
oder schwächlichen Personen überlassen. Deswegen aber gerade
werden, solange Betriebsklassen fortbestehen und täglich neu errichtet
werden können, die centralisierten Orts-Krankenklassen „eine voll-
endete Form der Organisation der Krankenversicherung“ nicht darstellen.

Hoffmann fährt für die Beseitigung der Hilfsklassen schließlich
noch den Grund an, daß „die Hilfsklassen auch von den Arbeit-
gebern dazu benutzt werden, um sich der Beitragsleistung für die
Krankenversicherung zu entziehen und den Versicherten die Zahlung
der ganzen Beiträge aufzubürden, indem nur solche Arbeiter zur
Arbeit angenommen werden, welche Mitglieder einer Hilfsklasse sind.“
Dies wird man als bis zu einem gewissen Grade richtig anerkennen
müssen. Man wird aber andererseits nicht behaupten
können, daß die Gefahr einer solchen mißbräuchlichen
Ausnutzung der Hilfsklassen größer ist als die — oben
durch das Beispiel illustrierte — Gefahr einer ähnlichen Ausnutzung
der Betriebsklassen. Und darum kann höchstens verlangt werden,
daß, wenn die Betriebsklassen beseitigt werden, auch die Hilfsklassen
ihnen folgen.

Die weiteren Vorschläge Hoffmanns werden wir in einem
dritten Aufsatze behandeln. C. F.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Juni.

Die Flottenvorlage im Reichstag.

Die erneuten Verhandlungen über die Flottenvorlage in
der zweiten Lesung können nur rein ornamentaler Natur sein.
Es kommt nicht mehr auf gründliche Erörterungen an —
nicht mehr auf Reden für und wider — alles ist ja ent-
schieden.

1) Hoffmann beziffert die Zahl der in Betriebs-Kranken-
klassen Versicherten, welche nach einer uns vorliegenden Statistik die
obige ist, auf 2 032 475.
2) Nach Hoffmann 97 mit 24 600 Mitgliedern.
3) Nach Hoffmann 132 081 Mitglieder.

So erklärt sich die Teilnahmslosigkeit des Reichstags wie
des Publikums, als nach den kurzen Pfingstferien die
zweite Lesung der Flottenvorlage begann. Kein Andrang
des Publikums — kein Andrang der Abgeordneten. Der Saal
war in der Mittwoch-Sitzung in Anbetracht der Bedeutung
der Vorlage recht schwach gefüllt. Namentlich aus Süddeutsch-
land fehlten viele Abgeordnete — die Bayern glänzten fast
sämtlich durch Abwesenheit. Und lauter Alltagsgespräche, in
Alltagsstimmung — nur höchstens etwas gleichgültiger und
teilnahmsloser noch als an gewöhnlichen Alltags. Gilt es doch
Ja und Amen zu einem Gespräche zu sagen, das bereits fix
und fertig ist und an dem kein Mensch Freude hat. Gilt es doch, eine
vorher abgefertigte Komödie zu spielen, die nicht komisch ist,
oder wenigstens keine andre Komik hat, als die des Klagen-
jammers und der Bedientenhaftigkeit.

Unter solchen Verhältnissen ist es nicht zum Verwundern,
daß die Sitzung, in welcher formell die Flottenvorlage be-
schlossen wurde, eine der langweiligsten war, die der Reichstag
jemals gehabt hat. Bleiern eintönig verlief die Debatte. Nur
die Abg. Webel und Richter vermochten es, die stumpfe
Gesättigkeit der Mehrheit, die sich ihrer Sache sicher fühlte,
auf Augenblicke zu durchbrechen. Der Berichterstatter, der
Centrumsmann Müller-Fulda, der bei diesem
Aushändel des Centrums eine leitende Rolle gespielt hat,
hülte sich wohl, tiefer in die Sache einzugehen. Aushändel
macht man, aber man redet nicht von ihnen. Darauf gab
der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts, Herr Lirpich,
der offizielle Dreizackschwinger, die Erklärung ab, daß die
Regierungen sich mit den Beschlüssen der Kommission zu be-
gnügen bereit seien, daß aber die abgestrichenen Auslands-
schiffe, möglicherweise schneller und in größerer Zahl, als
die jetzige Vorlage sie forderte, von neuem gefordert werden
müssen — also unzweifelhaft Aufkündigung weiterer Marine-
vorlagen!

Die flottenfreundliche Majorität des Reichstags hatte nun
offenbar den Plan einer parlamentarischen Conspiration de
silence — Verschönerung des Schweigens — gehabt.
Webel bereitete den Plan. Er unterwarf die
Flottenvorlage einer so scharfen und eingehenden Kritik
und ging mit dem Centrum so unbarmherzig ins Ge-
richt, daß eine Debatte erzwingen wurde. Sie war
freilich des Gegenstands würdig. Graf Stolberg und
Bassermann, der konservative und der nationalliberale
Flottenagitator sangen jeder sein Lob- und Kellame-
lied auf die Flottenvorlage; und die Ehrenrettung des
Centrums wurde von Herrn Gröber vergeblich versucht.
Eine sehr gute Rede gegen die Vorlage hielt Richter,
während Herr Ricker trotz des agrarischen Regierungs-
sturzes sich wiederum emsig für die Flotte bemühte. Der
bayrische Bauernbündler Hilpert zeigte sich als der um-
gekehrte Ricker, er will gegen die Flotte stimmen, weil die
Regierung noch nicht agrarisch genug sei. Nachdem
Liebermann von Sonnenberg der Flotten-
vorlage seinen antisemitisch-nationalen Segen erteilt hatte,
ergriff Webel nochmals das Wort, um die wichtigsten der
ihm gemachten Einwürfe zu widerlegen. Auf den Vorhalt,
daß in Frankreich die Regierung, welcher der Socialist
Millerand angehört, große Marineforderungen an die Kammer
gestellt habe, erwiderte Webel, daß er und andre deutsche
Socialisten den Eintritt Millerands in das bürgerliche Ministerium
von vornherein nicht gebilligt hätten und daß Vorkommnisse in
Frankreich keinesfalls für die deutsche Socialdemokratie maß-
gebend sein können. Ein lustiger Disput über die Kellame-
schen Eh- und Trinkleistungen der auf den Rhein geschickten
Kellame- und Versuchstorpido-Mannschaft und über die
Frage, ob die Begeisterung der Flottenschwärmer oder der
Barnumschwärmer die waschechtere ist, brachte die Debatte
zu würdigen Abschluß.

Als das Resultat der namentlichen Abstimmung über den
Hauptparagraphen 1 verkündigt ward: 153 Ja gegen 79 Nein
bei drei Enthaltungen, da rauschte zwar kein weltgeschicht-
licher Moment durch den Saal des deutschen Reichstags,
allein irgendwo aus der Tiefe misste Regir so laut, daß man
hätte glauben können, es sei Dr. Kropatschek, der „Kreuz-
Zeitung“-Redakteur. Ein stockknappes Riesen.

Und fürwahr, der arme Regir hat Grund, verschneipst zu
sein und zu großen. Bloß 153 Stimmen für die weltmächtige
Zukunftsnuski! Bloß 153! Sechshundertzig hinter der beschluß-
fähigen Zahl! Gätten wir bösen Socialdemokraten Obstruktion
machen wollen, wir hätten während der Abstimmung nur den Saal
zu verlassen brauchen und der Reichstag wäre beschlußunfähig
gewesen. Doch das hätte nur auf ein paar Tage genügt.
Und für solch kleinliche Politik sind wir Socialdemokraten
zu — hochhaft.

Diese jämmerliche, klagenjämmerliche Minoritäts-Majorität,
mit der offen zu stimmen ein großer Teil der Müß-Flotten-
schwärmer sich geschämt hat, das ist das schimpflichste
Schicksal, das der neuesten Flotten-Vorlage, diesem Wechsel-
balg, den profitorientierter Geschäftssinn mit gemeinster Servilität
gezeugt hat, bereitet werden konnte.

Die Abstimmungszahlen wurden von der Mehrheit
schweigend hingenommen, von der Minderheit mit Lachen.
Das war nach 6 Uhr, um welche Zeit der Reichstag sich ver-
tagte.

Die Stimmung des Hauses ist so verfallen, daß an
längere Verhandlungen nicht mehr zu denken ist und der Schluß

der Session vermutlich, wie der Seniorenfondent es berechnet hat, am Dienstag erfolgen kann.

Nächste Sitzung Donnerstag. Fortsetzung.

Die Amnestie.

Paris, 4. Juni.

Die Amnestie ist, wie nicht anders zu erwarten war, vom Senat mit einer überwältigenden Mehrheit votiert worden. Es ist die neueste Wiederentdeckung der Dreyfus-Affaire durch die Nationalisten, die das Wort beschleunigt hat. Man darf sagen, daß nicht nur die Senatsmehrheit, sondern auch die Regierung die Amnestie als ein notwendiges Übel betrachtet. Die zweitägige Debatte hat das mit aller Deutlichkeit bewiesen.

Juristisch ist diese Amnestie, die nicht rechtskräftige Urteile aufhebt, sondern schwebende Prozesse niederlegt, eine schwere Verletzung des Rechtsgefühls, ein diktatorischer Eingriff in die individuellen Rechte gegen den ausgesprochenen Willen derjenigen, die, wie Jola, Picquart und Meinach, von der Amnestie profitieren sollen. Nur General Mercier hat natürlich gegen die Amnestie, die ihn vor dem Bagno rettet, nicht protestiert. Die Befürworter der Amnestie haben denn auch die juristische Seite nur der Form halber gestreift. Sie betonen dagegen die politische Notwendigkeit der juristisch hollosen Maßnahme. Die Amnestie soll der reaktionären Demagogie den Mund stopfen, die Ausbeutung der Dreyfus-Affaire gegen die Republik unmöglich machen, die parlamentarischen Beratungen und die politische Öffentlichkeit überhaupt von Dreyfus-Debatten befreien und damit die Möglichkeit einer fruchtbaren gesetzgeberischen Reformtätigkeit gewähren im Interesse einer organischen Stärkung der Republik und einer gründlichen Bekämpfung der Reaktionsparteien. Dies die Hauptgedanken der Amnestierebe Waldeck-Rousseaux, der eigentlich der einzige Verteidiger der Amnestie im Senat war. Während aber die erwarteten günstigen Wirkungen der Amnestie im weiten Felde stehen, da sie vor allem mit der langen Fortdauer des gegenwärtigen Ministeriums unvereinbar verknüpft sind, — wirkt die Amnestie unmittelbar als eine Kapitulation der Republik vor der Hocharmee und den hierarchisch-militärischen Parteien. Dabei kommt von einem „beschwichtigenden“ Einfluß dieser Kapitulation erst recht nicht die Rede sein. Die Meinung des Generals Mercier genügt den Nationalisten noch lange nicht, verstanden sie doch, daß der überfällige und geständige Verbrecher, den monarchistisches Stimmvieh in den Senat gewählt, gar keiner Amnestie bedarf, und sie zetern in einem fort, daß die Regierung lediglich die Dreyfus-Freunde habe retten wollen. So hat denn neben einigen intransparenten Revisionisten das hierarchisch-militärisch-nationalistische Säbulein des Senats gegen die Amnestie votiert. Ebenso aufreizend wirkt auf die Nationalisten der Ausschluß Desroulles und Konforten von der Amnestie, was der Senat auf das energische Verlangen der Regierung mit 165 gegen 102 Stimmen beschloß. Die starke Minderheit erklärt sich daraus, daß der Antrag auf Amnestierung der Staatsstrichler von einem melnitschischen „Republikaner“ gestellt wurde.

Uebrigens ist die Amnestie in ihrer Rechtsverletzung nicht einmal konsequent. Die Prozesse Jola und Henry-Meinach sind nur vom Kriminalgericht auf das Zivilgericht übertragen worden. Für diese Fälle handelt es sich also um eine erklärende Änderung der Gerichtszuständigkeit, welche gar keine politische beschwichtigende Wirkung ausüben würde, falls, wie anzunehmen ist, die beiden Prozesse zivilgerichtlich verhandelt werden.

Was schließlich den Hauptmann Dreyfus betrifft, so ist er nicht amnestiert worden, was ihm einerseits den Weg zur gerichtlichen Rehabilitation offen läßt, während andererseits die Niedererschlagung der mit seinem Fall nun verknüpften Kriminalprozesse die Aufhebung einer juristischen „neuen Thatsache“ wenigstens in absehbarer Zukunft unmöglich macht. Im übrigen versteht es sich von selbst, daß Dreyfus' Ausschluß von der Amnestie als ein Jugendsündnis an die Hocharmee zu betrachten ist, nicht als eine Rücksichtnahme auf das Rehabilitationsrecht des Unschuldigen.

Man sieht, die Amnestie ist in jeder Beziehung eine Halbheit, wie denn die ganze Politik seit einem Jahr, seit dem halben Siege der Republik sich in Halbheiten bewegen muß. Die Republik ist weder so stark, um ihr Recht unerbittlich walten zu lassen, noch darf sie sich eine wirkliche Amnestie gestatten, ein allseitiges Vergessen, ein großmütiges Verzeihen der Verbrechen ihrer Feinde. Die Großmut wäre in diesem Fall eine vollständig kapitulierende vor lauter Lustigen, nachsichtsaubenden Feinden.

Somit der verübliche Abschied einer stürmischen Kampfsperiode, erscheint die gegebene Amnestie vielmehr als die Einleitung neuer Kämpfe, die Ursache neuer Erbitterung. Man wird wohl vergebens in der Geschichte nach einem Gegenstand der Amnestierebe des Ministerpräsidenten suchen, wie man vergebens nach so kriegerischen Amnestieebatten suchen wird. Es war eine Kampfredde, wie sie Waldeck-Rousseaux gegen die Feinde der Republik noch niemals gehalten hat. Die neuesten wild-gehabigen Angriffe der Nationalisten haben ihn offenbar so stark gemacht. Er wuchs über sich selbst hinaus zum demokratischen Staatsmann, der die Republik durch gründliche Reformen, die er „notwendige Gehebe und Gorantien“, die „republikanische Charta“ (charte républicaine) nannte, endlich gegen die fortwährende Unterhöhlungsarbeit der Reaktionen sicherstellen will. Wenn nur die Thaten den energischen und einschlägigen Worten entsprechen. Auf der andern Seite wagte er, seiner Rede eine ausgesprochene „dreyfusistische“ Spitze zu geben, so den der Amnestie anhaftenden Weigeschmack einer Kapitulation vor der Hocharmee gänzlich verwischend. Er spendete rühmliches Lob den Revisionisten und schloß mit einer unerbittlichen Brandmarke des amnestierten Mercier, den er unter einer dreifachen Beifallschale der Senatsmehrheit dem „Urteil des öffentlichen Gewissens“ überließerte, „einem Urteil, das die Jahrbücher überdauert, eine Lebere der Völker ist und der Geschichte angehört“. Und kein Nationalist wagte es, den gebundenen Verbrecher in Schutz zu nehmen, ebenso wie Mercier selbst stumm sitzen blieb, nachdem sein cynischer Redeversuch am ersten Beratungstage so beschämend für ihn geendet hatte.

Der Senat hat noch ein übriges, um die Schmade des Amnestie-votums in eine Fanfare zu verwandeln: mit 178 gegen bloß 41 Stimmen votierte er den öffentlichen Anschlag der Ministerpräsidenten-Rede, die höchste parlamentarische Ehrung eines Redners, die feierlichste Gegenzeichnung des Kampfsprogramms der Regierung. Jetzt hat die Kammer das Wort. Die Amnestie wird gewiß auch dort votiert werden, aber die Regierung muß sich auf rasende Angriffe seitens der Nationalisten gefaßt machen. Diese wollen es mit Hilfe der Melnitschen versuchen, die Staatsstrichler in die Amnestie mit einzuschließen. —

Deutsches Reich.

Buchlas Ende. Der schon vor einiger Zeit angekündigte Rücktritt des Kolonialministers v. Buchla ist nunmehr vollzogene Thatsache. Sein Nachfolger ist der tschechische Gesandte in China, Dr. Stäbel.

Herr v. Buchla, ein mecklenburgischer Konservativer der äussersten Reaktion, hat nur zwei Jahr für die herrliche Kolonialpolitik gewirkt. Die Kolonialschwärmer waren mit ihm unzufrieden und griffen ihn in neuerer Zeit sehr heftig an, weil er die kolonialen Gründer und die Ausbeutung der Kolonien durch ausländische Gesellschaften schmähte. —

Der Seniorenfondent des Reichstags hat Mittwoch unter Vorsitz des Präsidenten festgestellt, daß vor dem Schluß der Session die Flottenvorlage und das Suchengesetz in zweiter und dritter Beratung erledigt werden sollen. Hierzu treten noch die sozialdemokratische Interpellation wegen der Kontrollratsgesetze in mehreren Einzelstaaten, sowie die noch ausstehenden Wahlprüfungen und einige kleinere Vorlagen betreffend das Handelsabkommen mit England, sowie eine internationale Sanitätsübereinkunft.

Diese Beratungsgegenstände hofft man bestimmt bis Dienstag, den 12. Juni zur Erledigung zu bringen und wird an diesem Tage allem Vermuten nach die Session des Reichstags geschlossen werden. —

Die Schulkonferenz ist am Mittwoch im Kultusministerium eröffnet worden. Der Kaiser war nicht erschienen. Die Berichtigungsfrage — d. h. die Gleichberechtigung der verschiedenen höheren Schulen — soll den Hauptgegenstand der Beratung bilden. Ferner wird die Frage der „Kadettengymnasien“ beraten werden. Danach sollen die Abiturienten der Kadettenschulen das allgemeine Zulassungsrecht zu den akademischen Studien erhalten, so daß in jungen Jahren verabschiedete Offiziere sich ohne weiteres irgend einen akademischen Beruf wählen können. —

Politische Wochenschrift. Das Berliner Organ des Herrn Dabach hat weiter den Mut, das Verhalten des Centrums zum Arbeitgeber-Paragrafen zu verteidigen und ist fortgesetzt bemüht, den inhumanen doppelten Mollenverrat der herrschenden Partei — hinsichtlich der Vorlage selbst und der Deduktionsfrage — dadurch zu vertuschen, daß es wider besseres Wissen die Socialdemokratie, die seine Steuern für Frevde bewilligt, die sie belächelt, verleumdete, sie schone den Kapitalismus an der Börse. Fehlt nur noch, daß das edle Blatt auch die auf Verkennung des Profites abzielenden Bestrebungen des Centrums ablenkend bemäntelt, und die politische Wochenschrift ist zum Dogma erhoben, nach dem jeder Centrumsplan handeln muß. —

Der Weltfrieden eine Chimäre. Dem Blatt der rheinisch-westfälischen Eisenindustriellen ist von einem Philosophen die tröstliche Kunde geworden, daß der Weltfrieden eine Chimäre sei und es ewig bleiben werde. Das Blatt schreibt:

Den Friedensschwärmern, die nicht selten den Versuch machen, die Wissenschaft für die schönen Illusionen vom ewigen Frieden zu vertreiben, verdirbt der Berliner Philosoph Wilhelm Dilthey das Concept. Dilthey schreibt nämlich im Juniheft der „Deutschen Rundschau“ in einem Artikel über die Berliner Akademie der Wissenschaften, ihre Vergangenheit und ihre gegenwärtigen Aufgaben u. a. das Nachstehende: „Die Wissenschaft hat im Zusammenwirken der Nationen ihr Werk gethan. Ihr Fortschritt springt von den schöpferischen Köpfen eines Volks hinüber zu denen des andern. So verbindet sie die Nationen. Der Glaube, daß sie oder irgend eine andre Macht den Weltfrieden herbeiführen könne, ist eine Chimäre. Stärker als seit den Tagen der Religionskriege ist heute die Spannung, welche zwischen den großen Kulturnationen besteht, da diese jetzt um die Herrschaft auf der Erde und um die wirtschaftliche Ausbeutung der Schwächeren kämpfen.“

Wie beruhigend für die Motteninteressenten, als des philosophischen Grubelns letzten Schluß die Versicherung zu erhalten, daß der Friede nimmer mit der Palme fürder als antiquiertes Symbol zu gelten hat und in aller Zukunft durch den strammen pommerischen Grenadier mit der Fiedelhaube ersetzt werden wird. Denn Herr Dilthey dann noch des weiteren versichert, daß die Wissenschaft trotz ihrer sich täglich mehrenden internationalen Beziehungen zwar die Spannungen des weltpolitischen Kampfes nicht mildern, dennoch aber unablässig von den politischen Gegensätzen, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit erhalten werde, so ist das wirklich ein sehr magerer Trost für die ehrlichen Freunde des Friedens.

Zum Glück erhebt aber das Urteil des Berliner Philosophen der philosophischen Grundsätzlichkeit. „Daß die Rotherdenkschaft den Wälfersieder nicht zu sichern vermag, geben wir gern zu. Allein es gibt auch eine angewandte Wissenschaft: die Klassen- und Klassenpolitik, und sie in Verbindung mit der täglich sich mehr durchziehenden Klassenpolitik des internationalen Proletariats wird diejenige vom Herrn Dilthey übersehene Macht darstellen, die trotz des weltpolitischen Deliriums, das gegenwärtig die besiegten Klassen der Kulturstaaten befallen hat, den Weltfrieden begründen wird.“

„Seiner Majestät Schiffe!“

Man schreibt und aus Kiel:

Wenn, wie der „Vorwärts“ in der letzten Sonntagsummer nach einer Zeitungsmeldung mitteilt, der Prinz Ludwig von Bayern darüber verstimmt ist, daß der Kaiser in einem Telegramm an den Prinzregenten Luitpold von „meiner Torpedoboot-Division“ gesprochen hat, so ist das eine Mißstimmung, die wir nur zu gut begreifen können. Denn die Sache liegt nicht so, daß der Kaiser, als Chef, als oberster Befehlshaber der Marine, seine Worte etwa so gemeint habe, wie der Schiffskommandant, der von „seinem Schiff“, wie der Hauptmann, der von „seiner Compagnie“ spricht. Es hat tatsächlich manchmal den Anschein, als ob die Kriegsschiffe nicht nur dem Namen nach „Seiner Majestät Schiffe“ sind; sondern als ob sie zu seiner Privatbenutzung und nicht zur Sicherung des Reiches da wären. Von der „Hohenzollern“, die in der deutschen Kriegsschiffliste als „Specialschiff“ geführt wird, in Wirklichkeit aber Kaiser yacht ist, sehen wir heute ganz ab. Jetzt erst wieder, in allerneuester Zeit, ist speziell für den Kaiser wieder ein anderes Kriegsschiff eingerichtet worden. Es ist dies das neueste Torpedoboot, und ohne Zweifel wird auch der Geldbeutel der Steuerzahler durch diese Aenderung wieder belastet werden. Ganz abweichend von dem bisherigen Usus, nach dem die Torpedoboots mit dem Anfangsbuchstaben der Bauwerft und einer fortlaufenden Nummer als Namen versehen werden, hat dieses Boot den Namen „Zeiger“ erhalten, anstatt S. 97. Es soll der „Hohenzollern“ als Tender attached werden, zum An- und Vonbordgehen, für Fahrten auf Flüssen und in engen und flachen, von der „Hohenzollern“ nicht zu besuchenden Fjorden an der norwegischen Küste usw. Und dieser Aufgabe gemäß ist dem der „Zeiger“ eingerichtet. Das Schiff ist, abweichend von den bisherigen Torpedobooten, auf dem Hinterdeck mit einem Pavillon versehen und weiß gestrichen. Am ersten Pfingsttage ist das Schiff zum erstenmal in Kiel eingetroffen. „Seiner Majestät Schiff“ ist also tatsächlich für Wilhelm II. eingerichtet. Wir sind der Ansicht, daß etwas Derartiges in der That nur zu geeignet ist, Mißstimmung zu erregen, wenn nicht die Marineverwaltung für die Gründe solcher Abweichungen vor den bisherigen Torpedobootstypen wirklich durchschlagende Argumente anzugeben vermag. Und vermag sie dieselben anzugeben, dann sind eben die ganzen bisherigen Torpedoboots „altes Eisen“. Vielleicht erlündigt sich einmal der Reichstag nach diesen Dingen. —

„Zeiger“ erhalten, anstatt S. 97. Es soll der „Hohenzollern“ als Tender attached werden, zum An- und Vonbordgehen, für Fahrten auf Flüssen und in engen und flachen, von der „Hohenzollern“ nicht zu besuchenden Fjorden an der norwegischen Küste usw. Und dieser Aufgabe gemäß ist dem der „Zeiger“ eingerichtet. Das Schiff ist, abweichend von den bisherigen Torpedobooten, auf dem Hinterdeck mit einem Pavillon versehen und weiß gestrichen. Am ersten Pfingsttage ist das Schiff zum erstenmal in Kiel eingetroffen. „Seiner Majestät Schiff“ ist also tatsächlich für Wilhelm II. eingerichtet. Wir sind der Ansicht, daß etwas Derartiges in der That nur zu geeignet ist, Mißstimmung zu erregen, wenn nicht die Marineverwaltung für die Gründe solcher Abweichungen vor den bisherigen Torpedobootstypen wirklich durchschlagende Argumente anzugeben vermag. Und vermag sie dieselben anzugeben, dann sind eben die ganzen bisherigen Torpedoboots „altes Eisen“. Vielleicht erlündigt sich einmal der Reichstag nach diesen Dingen. —

Die Kulturhöhe des Centrums offenbart sich in der Wiedergabe einer Räubergeschichte, die wir in der „Germania“ finden. Der Unfug stammt aus einem Dantscher Blatte und soll von einem ungenannten gelauteten Juden im Gefängnis einem ungenannten Geistlichen erzählt worden sein. Die „Germania“ aber druckt ihn ab, findet ihn „interessant“ und meint, daß er „Uniges für sich“ habe. Unter der Voraussetzung, daß der junge Winter ein oder mehrere Judenmädchen verführt hat, waren die Eltern der betreffenden Mädchen verpflichtet (besonders wenn sie der streuenden Richtung angehörten), dieses Verkommenis dem Rabbiner zur weiteren Veranlassung anzuzeigen. Derselbe war wiederum gezwungen, die Sache einem Gerichtshof zu unterbreiten. Der Gerichtshof (früher Synedrium) hat mindestens aus fünf Mitgliedern — Rabbinern und Schriftgelehrten (s. Schächtern) — zu bestehen. Bei wichtigeren Angelegenheiten wird die Anzahl erhöht. Dieser Fall muß besonders ernst gewesen sein, d. h. es muß eine mehrfache Entziehung von Judenmädchen vorgelegen haben und Winter als be-

sonders gefährlich erachtet sein. Der Gerichtshof, der sich hier, weil es sich um ein nach den Staatsgesetzen schwer zu ahndendes Verbrechen handelt, aus ausländischen Juden zusammengesetzt haben wird, die sich ins Ausland zurückgezogen, leichter der Strafverfolgung entziehen können, hat ein besonders grausames Todesurteil über Winter gefällt und es wohlgeheißlich auch an demselben Tage vollstreckt. Er ist an dem Tage zusammengetreten, an welchem, wie er wußte, Winter von einem Judenmädchen an einen bestimmten Platz bestellt worden ist. Winter ist durch einen Schächtern abgeschlachtet; das Blut mag aufgefressen sein, um die Spuren möglichst zu verwischen, und der Körper mußte infolgedessen sehr blutleer werden. Daß das Blut zu Opfertwecken benutzt wurde, hält er so gut wie ausgeschlossen. Es würde sich hier nicht bloß um einen gemeinen Mordhandeln, sondern um einen santonizierten Sühnemord handeln. Natürlich kann das nicht ohne weiteres bewiesen werden — und wird wohl auch nie nachgewiesen werden können, denn ein Jude, der das verrät, weiß, mag er auch noch so verkommen sein, daß er von Stunde an verdammt, unrettbar verloren ist, und deshalb wird schwerlich auch irgend ein jüdischer Mitwisser in Konig etwas verraten. Daß der Talmud oder andre Geheimschriften nicht in nader Offenheit den Mord, die Verhängung der Todesstrafe über einen Nichtjuden unter Umständen abzuschließen, bedarf keiner Erklärung, indesten in dieser oder jener Geheimchrift, die es unbedingt giebt, mag es doch verblümt stehen, jedenfalls aber nach mündlicher Tradition. Daß das verführte Judenmädchen straflos oder fast straflos ausgeht (wie auch aus 1. Mof. 34 ersichtlich ist), hängt mit der jüdischen Anschauung zusammen, wonach das Weib als ziemlich widerstandlos, also in stiller Hinsicht in Bezug auf die stillige Kraft als minderwertig gilt. Wir erheben diese ganze Ansicht über den Koniger Mord ziemlich einleuchtend, zumal da die Judenmädchen hartnäckig jeden Verleumdung mit Winter leugnen, obgleich er doch durch glaubwürdige Zeugen festgestellt ist. Den Kriminalbeamten dürfte dann das Verhalten der Judenmädchen, namentlich die Ableugnung der Verleumdung mit Winter, nicht mehr so rätselhaft vorkommen.

Das Centralorgan der regierenden Partei des Deutschen Reichs findet, daß diese abenteuerliche Albernheit, die aus einem Schauerroman Révis do la Bretonnos abgeschrieben sein könnte, interessant sei und einig für sich hat. Glücklich Deutschland! —

Zur Reichstags-Verjahrung in Mülhausen i. G. schreibt man uns. Die gubernamental-herikal-freisinnige Sammelkandidatur ist nun doch noch perfekt geworden. In der Person des Großfabrikanten Theodor Schlumberger haben die bürgerlichen Parteien nach langen Mühen einen Mann gefunden, der sich erbietet, wie im Jahre 1898 der Strohhalm Riff, es allen recht zu machen. Herr Schlumberger wird als „liberaler“ Mann bezeichnet, worunter sich natürlich jeder denken kann, was er will. In Arbeiterkreisen wurde in allerjüngster Zeit sein Name genannt wegen der sonderbaren Stellungnahme, die er in der Frage der Regelung des Arbeitsnachweises nimmt. Er ist, wie vor einigen Tagen auch der „Vorwärts“ berichtet, entschiedener Gegner des kommunalen Arbeitsnachweises, weil durch allzu große Leichtigkeit im Stellenwechsel (unentgeltliche Arbeitsvermittlung, niedrige Reisekosten etc.) übermäßig viel Leute in die Städte gezogen und dort von den sozialistischen Agitatoren zum Bürgerkrieg angetrieben (!) werden. Die Mülhäuser Arbeiterkassette weiß also bereits, weß Weistes Kind der zum Kampfe gegen die Socialdemokratie ausgesetzten bürgerliche Sammelkandidat ist, ehe derselbe in Mülhausen auch nur den Mund öffnet. Und weil sie dies weiß, wird sie auch dafür sorgen, daß Herr Schlumberger keine Gelegenheit findet, den Reichstag mit seinen verschrobenen socialpolitischen Anschauungen zu behelligen. —

Ablösung der Realgemeinderichte. Stuttgart, 5. Juni. (Wg. Ver.) In der Woche vor Pfingsten erledigte der württembergische Landtag einen Bescheid, der einen kulturhistorisch interessanten Hintergrund hat. Es handelte sich um die Ablösung der „Realgemeinderichte“. Diefach bestehen noch im Württemberg neben der modern bürgerlichen Gemeinde sogenannte „Realgemeinden“, welche sich als Reste der alten Markgenossenschaften darstellen. Die „Realgemeinde“ von heute ist ein Verband der eingewessenen Gemeindegewissen, welche die Nutzung am Gemeindevermögen, der „gemeinen Mark“ oder der „Allmark“ haben und dafür auch im wesentlichen die Gemeindegewissen zu erfüllen haben. Es ist begreiflich, daß diese alterthümliche Einrichtung mit der modern politischen Gemeinde, mit dem Staat als Aufsichtsbehörde und Steuereinznehmer auf Schritt und Tritt kollidiert, und es ist bereits so weit gekommen, daß in der Mehrzahl der Fälle den Gemeindegewissen selbst die frühere Wohlthat des Gemeindevermögens zur Plage geworden ist. Der Entwurf der Regierung bezweckt nun, die Ablösung der Realgemeinderichte zu erleichtern, und zwar soll dies im Verwaltungswege auf Antrag der Gemeindegewissen oder auch — so besonders, wenn die Gemeindegewissen ihren Pflichten gegen den Staat nicht nachkommen, auf Antrag der Kreisregierung geschehen. Im ganzen giebt es 551 Orte in 82 Oberämtern mit Realgemeindegewissen. Die große Mehrzahl entfällt auf Neuwürttemberg, des Jagstkreises und den Donaukreis. Der durchschnittliche Jahreswert der Grundstücke aus den Gemeindegütern wird auf 258 085 M. veranschlagt, der Durchschnittswert der Leistungen auf 241 824 M., somit 16 711 M. weniger als der Ertrag. Die Beratung des Gesetzes nahm fast die ganze letzte Woche in Anspruch. Beanstandet wurde hauptsächlich das Ablösungsverfahren und die Berechnung der Entschädigung. Man einigte sich dahin, das Ablösungskapital auf den zwanzigfachen Betrag des reinen Jahreswerts der Nutzung, beziehungsweise Leistung zu normieren. Die Ablösung kann von einem Teil der Gemeindegewissen beantragt oder von der Kreisregierung unter bestimmten Voraussetzungen angemeldet werden. —

Deutscher Lehrertag.

In der Pfingstwoche verhandelte in Köln die deutsche Lehrerversammlung.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete der Vortrag des Lehrers E. Veger-Leipzig über: „**Rückblicke und Ausblicke auf das Jahrhundertende**“.

Der Redner gedachte der Arbeiten Pestalozzi, Diesterwegs und Dittes, denen die Entwicklung des heutigen Schulwesens im vorigen Jahrhundert im wesentlichen zu danken sei. Leider sei auch im 20. Jahrhundert die Pädagogik noch nicht Herrin im eignen Hause. Es müsse ohne Unterlaß dafür gearbeitet werden, daß das alte Lösungswort endlich zur Wahrheit werde: „Die Kirche den Theologen, die Schule den Pädagogen.“ (Wobkoster Weisfall.) Wenn das deutsche Volk zur Wohlthat, Freiheit und Bekämpfung gelangen sollte, dann müssen demselben alle Ervingenschaften der Kultur, alle Fortschritte der Kunst und Wissenschaft zugänglich gemacht werden. Leider seien die finsternen Mächte, die die Schule der Kirche unterthan machen wollen, noch immer nicht verschwunden. Noch immer werden von der Schulbank die sozialen Gegensätze gepflegt. Die sociale Frage sei nicht bloß eine Magenfrage. Sie sei auch eine Bildungsfrage. Jeder sei berechtigt, an den geistigen Ervingenschaften vollen Anteil zu nehmen. Leider stelle sich auch ein Teil des deutschen Bürgertums der einheitlichen Gestaltung unfres Volksschulwesens als Furcht vor der Socialdemokratie noch feindlich gegenüber. Und doch könne man der socialen Gefahr nur dann mit Erfolg begegnen, wenn dem Bildungsbedürfnis keine Säurken gezogen werden. Wenn die Einheit des deutschen Volks zur Wahrheit werden solle, dann müsse das deutsche Volk schon im untersten Stadtwert veranlagt und von dem einheitlichen deutschen Geiste erfüllt werden. Leider habe es noch keinen Kulturminister gegeben, der derartig seine Pflicht ausführe, wie seine Kollegen für das Kriegswesen zu Wasser und zu Lande. (Weisfall und Heiterkeit.)

Im neuen Jahrhundert müsse man Mittel und Wege finden, damit die Schulden immer größer werdenden Anforderungen des öffentlichen Lebens gerecht werden könne. Den Kampf, den Dietrichweg begonnen, müssen die deutschen Lehrer mutig weiter führen, sie dürfen nicht eher den Kampf aufgeben, bis der Freiheitsodem in allen Räumen weht. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Lehrer Otto Charlottenburg sprach hierauf über die Bedeutung einer gesteigerten Volksebildung für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Volkes.

Eine größere Verbreitung von Bildung kann erst möglich sein, wenn eine gewisse wirtschaftliche Entwicklung erreicht ist. Nicht richtig sei es aber, die Volksebildung als die Lösung der sozialen Frage zu betrachten. Die Lehrer müßten sich dagegen wehren, daß man in der Volksschule ein Allheilmittel sehe. (Sehr richtig!) Die Schäden der Zeit können nur durch eine tiefgehende, grundlegende Sozialreform, durch eine Veränderung unserer staatlichen und wirtschaftlichen Zustände herbeigeführt werden. (Sehr richtig!) Deutschland sei längst kein Agrarstaat mehr. Als Industriestaat sei Deutschland aber auf seinen Güterabsatz nach dem Auslande angewiesen. Es müsse daher die Frage aufgeworfen werden, ob die Intelligenz der Leitung für diese Aufgabe ausreiche. Leider leide ein großer Teil des Handwerks neben dem Mangel an Bildung an einem Mangel an Bildungstrieb. Sie zeigen sich sogar feindselig gegen das Bestreben, den heranwachsenden Lehrlingen eine größere allgemeine Bildung zu geben. Auch unsere Landwirtschaft befindet sich in einer schweren Lage, aber auch für sie bedeutet ein Fortschreiten in der Bildung ein Fortschreiten in der Produktion. Gelte das Beforderte auch für ländliche Arbeiter? Der Abgeordnete Emma würde mir ein mißbilliges Lächeln haben; sein Ideal ist der galizische Arbeiter. (Lachen.) Zur Bedienung der Maschinen braucht auch die Landwirtschaft intelligentere Arbeiter. Vom preussischen Ministerium ist aber an die Schule die Mahnung ergangen, sie möge die Kinder nicht vergessen lassen, wozu Gott sie auf das Land geschickt hat. (Gelächter.) Danach scheinen also die Kinder zum Nutzen der Gutsbesitzer da zu sein. (Sehr gut!) Wenn der ostelbische Großgrundbesitzer nur mit elenden Arbeitslöhnen und mit Kinderarbeit wirtschaften könne, so möge er a danken. (Stürmischer Beifall.) Er beweist damit nur, daß er nicht fähig war, aus den rückständigen Verhältnissen heraus sich den technischen Fortschritten anzupassen. Die Aufgabe eines Kulturstaats könne es nicht sein, dafür zu sorgen, daß eine Kinderarbeit Besigender aus der Ausbeutung von Kindern Nutzen ziehe. (Großer Beifall.) Erhöhte Bildung würde auch dem ostelbischen Junkertum nicht schaden (stürmischer Beifall), damit es aus dem Boden höheren Ertrag zu erzielen vermag und dann den Leuten menschenwürdige Löhne und Wohnungen gewähren kann. (Beifall.) Der Vortrag gipfelte in den folgenden Thesen:

1. Die Volksebildung ist eine der wirksamsten Kräfte für erhöhte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Volkes.
2. Eine gesteigerte allgemeine Volksebildung bewirkt eine gleichmäßige Verteilung der Arbeitserträge, fördert also neben der wirtschaftlichen auch die soziale Entwicklung unseres Volkes und bedingt seine Stellung auf dem Weltmarkt.
3. Es ist deshalb

- a) allen bildungsfeindlichen Bestrebungen — auch um des Wertes der Bildung selbst willen — entschieden entgegenzutreten,
 - b) allen Volksebildungsanstalten und Volksebildungsbestrebungen eine vernüchtere Pflege zu widmen.
- Man wird gestehen müssen, daß die Lehrer in ihren pflichtgemäßen Ansprüchen an die Schule bei weitem nicht den sozialpolitischen Radikalismus eines Pestalozzi, des geistigen Schöpfers des Volksschulwesens erreichen, geschweige, daß sie sozialistischer Einsicht zugänglich wären. Es sind wohlwollende freisinnige Leute mit maßvollen, sozialreformerischen Neigungen, die das Recht der Schule verteidigen und nicht völlig blind gegen die wirtschaftlichen Ursachen der Schulmisere sind. Gleichwohl spricht die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ während von einer „Sammlung hohler Phrasen“ und einem „verwässerten Aufguss abgedunsteter Phrasen“ des „Vorwärts“ und des — man denke — „Berliner Tageblatt“. Und die „Neuz“ Zeitung vermißt eine entschiedene Stellungnahme der Regierungsbekanntmachung:

Gerade gegenüber der allgemeinen Lehrerversammlung, in der sich so vielfach ein widerständlicher Geist mit erschreckender Deutlichkeit geltend gemacht und die mit der Zeit einen kirchlich und politisch radikalen Aufschwung angenommen hat, wäre der Hinweis der Vertreter der staatlichen Schulaufsichtsbehörden auf die Notwendigkeit einer religiösen Erziehung unserer Jugend im Sinn des lebendigen Christentums wohl am Platz gewesen.

Wenn es nach den Konservativen und Agrariern ginge, dann würde freilich die Volksschule überhaupt beseitigt werden. Hinter der heuchlerischen Pflege des „lebendigen Christentums“, die man fordert, steckt nur der alte Haß gegen jede Bildung der Massen, durch die die Möglichkeit schrankenloser Ausbeutung verringert wird.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Unersättlichkeit der Kohlenbarone. Die „Wossische Zeitung“ läßt sich melden, daß seitens der böhmischen Steinkohlenbergwerke Unterhandlungen mit sächsischen Kohlenbergwerken gepflogen würden, die die Bildung eines mitteleuropäischen Kohlenrings bezweckten. Ferner wird aus Prag gemeldet, daß die böhmischen Kohlenwerke beschlossen hätten, im Fall der gesetzlichen Einführung der Neunstundenschicht die Kohlenpreise um 20–30 Proz. zu erhöhen. Trotzdem also die Kohlenpreise bereits eine schwindende Höhe erreicht haben, erstrebt man durch internationale Kartellierung eine weitere, dauernde Steigerung der Kohlenpreise. Und einen kleinen sozialpolitischen Fortschritt auf dem Gebiet der Arbeiterbeschäftigung will man das große Publikum durch eine enorme Steigerung eines unentbehrlichen Konsumartikels entgelten lassen! Wahrscheinlich, die Signatur unseres kapitalistischen Zeitalters ist die Begehrlichkeit der Arbeiter.

Italien.

Der „ruhige Verlauf“ der italienischen Wahlen, von dem der Telegraph — der in Italien noch leider läßt, als in anderen Ländern — gesprochen hat, ist eine Lüge gewesen. Namentlich in Sizilien und Calabrien haben zahlreich Anarchie und Gewaltthatigkeiten aller Art stattgefunden. Der „Avanti“ bringt eine lange Liste solcher Aufstöße durch die Kreaturen der Mafia und Camorra — und all diese Aufstöße von den Behörden freundlich geduldet oder noch freundlicher unterstützt. Außerdem hat die Polizei an vielen Orten die Wahlschlupfer der Oppositionsparteien konfisziert und sonstige Exzesse zur Unterdrückung der Wahlfreiheit verübt. Trotzdem ist die Niederlage der Regierung eine vollständige. Das Ministerium Pelloux hat nicht, wie es anfänglich hieß, eine größere Majorität als im vorigen Parlament — im Gegenteil, seine Majorität ist fast zusammen geschmolzen. Nicht die Mittelparteien, wie der Telegraph uns jagte, sind es, welche die Kosten der Wahl zu tragen gehabt haben, sondern in erster Linie ist es die Regierungspartei, während die oppositionellen Mittelparteien vergleichsweise gut weggekommen sind.

Bezeichnend für die Lage in Italien ist, daß die Nummer des „Avanti“ vom Montag, welche die ersten Wahlberichte brachte und das Resultat besprach, wegen des Letztartikels konfisziert wurde und deshalb nach österreichischer Mode mit einer großen Confulade am Kopf der ersten Seite erscheint. Deutlicher konnte die Regierung nicht bekunden, daß sie mit dem Wahlergebnis nicht zufrieden ist.

Afrika.

Der Voger-Konflikt ist dem Anschein nach noch im Wachsen begriffen. Die chinesischen Truppen sind von den Vögern in ver-

schiedenen Gefechten geschlagen worden. Es wird allerdings behauptet, daß die Truppen die Weisung erhalten hätten, den Kampf gegen die Aufständischen überhaupt nicht ernstlich aufzunehmen. Die Voger nehmen freilich auf die ihnen angeblich entgegengebrachte freundliche Gesinnung wenig Rücksicht, sondern brachten den Truppen schwere Verluste bei.

In dem bedrohten Tientsin sind inzwischen Truppenabteilungen der Mächte eingetroffen. So 13 englische Seesoldaten mit einem Maximgeschütz, 50 Amerikaner und 74 Japaner. Die Eisenbahnverbindungen sind unterbrochen, da die Brücken zerstört sind.

Um den Einspruch der chinesischen Regierung gegen weitere Truppennachschübe scheinen sich die Mächte nicht zu kümmern. Sie behandeln China bereits als ein unter europäischer Kontrolle stehendes Land. Ob die Regierung sich nunmehr die Niederwerfung der Aufständischen angelegen sein lassen wird, bleibt abzuwarten. Möglich wäre es auch, daß sie bestrebt sein würde, die eine Macht gegen die andere auszuspielen. Als Hilfe in der Not hat sich, wie bereits zu wiederholten Malen, neuerdings wieder Rußland angeboten. Rußland soll sich nicht mit der bekannten halbwegs zulaugenden Antwort der Regierung begnügen, sondern bereits eine beträchtliche Truppenabteilung abgedandt haben. So besagen Telegramme aus Sanghai, daß bereits 2000 Kosaken von Port Arthur nach Peking abgegangen seien, unter dem Vorwand, Repressalien gegen die Voger zu üben, die eine Kosakenabteilung bei Paoatingfu angegriffen hätten. Sollte eine stärkere russische Abteilung tatsächlich in Peking einwirken, so würde das jedenfalls auch für die übrigen Mächte nur das Signal zur Entsendung bedeutender Truppenkörper sein. Namentlich England und Japan würden sich schwerlich eine längere Reserve auferlegen.

Die „Wossische Zeitung“ läßt sich aus London telegraphieren: „China-Tag“ erzählt, die Kaiserin hätte der Regierung befohlen, lieber ganz Europa zu trogen, als sich in die Vogerbewegung zu mischen. Die chinesischen Truppen sollen Operationen ausführen, die bezwecken, weitere Entsendung europäischer Truppen nach Peking zu verhindern. Der Kaiserin habe befohlen, die weitere Landung von Mannschaften von fremden Kriegsschiffen zu verhindern. Eine erste Krise herrsche im Palast. Die streng konservativen Bestrebungen die Erziehung von Maßregeln zur Unterdrückung der Voger; die gemäßigtere Partei warne indessen vor der Herausforderung eines Zwistes mit den fremden Mächten.

Afrika.

Die Lage an der Goldküste ist noch unverändert. Nach der Ansicht eines deutschen Erforschers von Westafrika, Namens Krause, werden 10–15 000 Mann erforderlich sein, um den Zustand der Schantli niederzuwerfen. Die englische Presse bezeichnet diese Darstellung freilich als übertrieben pessimistisch, da die Stämme der Küste loyal geblieben seien, wenn sie auch zugiebt, daß die Erhebung von langer Hand vorbereitet sei und nichts geringeres bezwecke, als den König Prempoh wieder auf den Thron zu setzen. Es seien 900 Mann der westafrikanischen Grenztruppe auf dem Marsche, um Anansi zu entsetzen und die Empörer zu züchtigen, außerdem werde ein Teil der Besatzung eines an der Küste eingetroffenen Torpedoboots ebenfalls nach dem Innern abgehen. — Die Aussichten der Schantli sind insofern ungünstiger geworden, als es den Engländern möglich sei, nach Vertreibung der Hauptmacht der Boeren und der Besetzung des größten Teils der Boeren-Republik einen Teil der für Südafrika bestimmten 11 000 Mann Ersatztruppen für den Schantlikrieg zu verwenden. Dieser Möglichkeit würde sich England freilich beraubt sehen, wenn sich die Zustände in Ostasien noch weiter zuspitzen sollten.

Ein neues Irland?

London, den 4. Juni.

Von allen Einwänden gegen die derzeitige Politik der englischen Regierung in Südafrika war sicherlich der schwerwiegendste der, daß sie auf die Schaffung eines Irlands in Südafrika hinauslaufe. Die Verteidiger der Regierung hatten auf ihn die bequemste Antwort, die Boeren seien keine Romantiker, sondern glücken in ihrer Denkhaltung den Regnern, die nachgiebigkeit für Schwäche nähmen, sich aber der starken Hand auf die Dauer fügten. Einige Vorgänge der letzten Wochen hatten diese Auffassung als berechtigt erscheinen lassen, jetzt aber zeigt es sich, daß sie verfehlt für einen Teil des Voerenvolks, aber keineswegs für seine Gesamtheit gilt.

Je näher der Moment rückt, wo mit der Besetzung Pretorias der Krieg den Charakter eines Kampfs mit einer organisierten Staatsmacht verliert und gegebenenfalls zu einem solchen mit vereinigten Truppenteilen und den hinter ihnen stehenden Volkselementen zu werden anhebt, um so mehr kommt es hier den Leuten zum Bewußtsein, daß es Boeren und Voeren giebt, und daß neben solchen Voeren, für die ein Vaudenkrieg wenig Verführerisches hat, es genug geben mag, die ihn durchaus nicht scheuen, ja, durch den Krieg selbst zu ihm erzogen sind. Und den nicht zu diesem verzweifeltsten Mittel greifenden Boeren bleiben noch sehr viel Mittel übrig, der englischen Verwaltung Schwierigkeiten über Schwierigkeiten zu bereiten. Kuper in einigen Städten und im Winendistrikt von Johannesburg bilden die Boeren im ganzen Gebiet der beiden bisherigen Freistaaten und in einem großen Teil der jetzigen Kapkolonie die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Als solche können sie mittels Anwendung des Vorkriegs gegen alle englisch gestimmten Elemente und ähnliche Mittel des rassistischen Widerstands auch bei scheinbarer Unterwerfung unter die Übermacht der Waffen den Krieg gegen die englische Herrschaft nach dem Motto der irischen Nationalisten fortsetzen: „Englands Verlegenheit unsere Gelegenheit.“ Wenn sie sich auch im jetzigen Feldzug bei verschiedenen Gelegenheiten gut geschlagen haben, so haben sie sich doch im ganzen weniger als Helben des Schlachtfelds denn als Meister in der Handhabung der Waffe des Schwaches — der List — erwiesen, und gerade hierin haben sie in den Engländern wenig gewandte Gegner.

Es kommt daher alles darauf an, wie stark der Prozentsatz der Unverhältnissen sein wird. Zur Zeit ist das eine Sache bloßer Konjektur. Die aus boerenfreundlichen Quellen kommenden Angaben sind da ebenso unzuverlässig wie die der englischen Verächter. Selbst wo die Schreiber oder Redner nicht bewußt übertrieben, geben sie ein falsches Bild, weil sie auf Umfragen z. B. gewöhnlich nur das hören, was sie hören wollen. Auch von den Erklärungen, die auf dem in Graaf Reinet (Kapkolonie) abgehaltenen Volkskongreß der Afrikanerpartei abgegeben wurden, wird man einiges abzugreifen haben. Es bleibt doch immer noch genug übrig, um das nach der Einnahme Pretorias englischerseits zu lösende Problem als außerordentlich schwierig erkennen zu lassen.

Ebenso unbedingt wie die Afrikaner sich gegen jede Verletzung der Unabhängigkeit der zwei Voerenstaaten erklärt haben, ebenso leidenschaftlich verlangen die „Kohalisten“ (die englisch gestimmten Einwohner Südafrikas) deren Annexion. Nicht genug damit, verlangen sie auch neben anderer Bestrafung der „Rebellen“, d. h. derjenigen Kapbewohner, die gegen England die Waffen ergriffen haben, daß ihnen auf einer längeren Periode das Wahlrecht genommen werde. Das Verlangen nimmt von dieser Seite nicht weiter Wunder, denn ein Teil der „Kohalen“ hat in der Tat von den Aufständischen Vort zu leiden gehabt, und zweitens heißt die Maßregel Wiederherstellung einer englisch gestimmten Mehrheit im Kapparlament. Aber der englischen Regierung wird es schlecht anstehen, einen Feldzug, den sie unter der Parole: gleiches Wahlrecht für beide weißen Rassen, begonnen hat, mit der Verletzung des Wahlrechts des einen abzuschließen.

Sie hat sich schon genug damit bloßgestellt, daß Lord Salisbury seine Erklärung: „Wir gehen nicht auf Goldfelder und Ländererwerb aus“ jetzt hinweginterpretieren muß. Selbstverständlich hat der Premier

seiner Zeit mit ihr nichts abschwören wollen. Aber seine Gegner jagen ganz richtig: wenn Du das nicht thun wolltest, dann lasse solche Redensarten hübsch unterbleiben. Ueberhaupt war die Rede, die Salisbury vorigen Dienstag in der City gehalten hat, so taktlos wie nur möglich.

Die Konservativ-Unionisten sind zwar im Parlament den Liberalen der Zahl und Kohäsion nach unendlich überlegen, aber hinsichtlich der Führerschaft steht es bei ihnen nicht besser wie bei jenen. Salisbury ist faktisch nur noch ein Lidenbühler, man läßt ihn über sich ergehen, weil man keinen zuträglichen Ersatzmann hat. Die Sache ist in der letzten Zeit von der Bildung einer neuen „nationalen“ Partei mit Lord Rosebery an der Spitze gesprochen worden. Aber das ist eine müßige Kombination, die nur auf den Wunsch einer großen Anzahl Leute zurückzuführen ist, den Letzten namentlich in irgend einer Weise wieder im Amt zu sehen. Vor einigen Tagen hieß es dann, Rosebery werde in der Form eines Gladstoneschreibens an eine liberale Zeitung in Bristol, die ihr Jubiläum feiert, ein politisches Manifest erlassen, worin er die Grundzüge desjenigen politischen Programms entwickeln werde, von dessen Annahme er den Wiedereintritt in die Führerschaft der liberalen Partei abhängig mache. Alles hatte erwartungsvoll, das Schreiben ward bekannt, und siehe da, es enthielt nichts wie Allgemeinplätze. Ob Rosebery sich einbildete, mit ihm einen großen Eindruck zu erzielen, oder ob überreizte Bekehrer die Sache so lächerlich aufgebauert hatten, bleibt dahingestellt. Aber der Eifer, mit dem ein großer Teil der Presse aus beiden Lagern sich nun daran machte, aus dem Schriftstück wirklich ein bedeutendes Mahnwort an die Nation herauszulesen, zeigt deutlich, wie verlegen man um einen tüchtigen, die Nation aufrüttelnden Führer ist. Rosebery betont, daß in solchen Momenten wie der jetzige die alten Parteischlagworte zurückgedrängt und die konkreten Fragen auf ihre sachliche Bedeutung für die gesunde Fortentwicklung des Landes und seiner Mittel geprüft werden müssen. Aber das ist ein Gemeinplatz; was von einem aktionsbereiten Führer zu verlangen ist, ist nicht die Ermahnung zur Prüfung, sondern eine Wegweiser in der Prüfung, die Bezeichnung des Weges zur Lösung. Wie kann England in Südafrika die Schaffung eines neuen Irlands vermeiden, das ist die Frage des Moments, und hinsichtlich ihrer giebt Rosebery nicht den geringsten Fingerzeig. Und soweit sich übersehen läßt, ist auch kein anderer Führer da, der ein wirklich praktikables Programm aufzustellen Lust hätte. Die einen begnügen sich mit negativer Kritik, und die andern zeigen sich bereit, den Sprung ins Dunkle mitzumachen, den die Regierung jetzt zu unternehmen im Begriff ist. Wie die entgegengesetzte Politik Gladstones von 1881/1884 ist auch die jetzige Annexionspolitik eine Verschlebung der wirklichen Lösung auf die Zukunft — ein bloßes Probieren.

Dritte Generalversammlung des Centralvereins deutscher Formner.

Hamburg, 5. Juni.

(Zweiter Verhandlungstag.)

Der Bericht des Hauptvorstands fand nach kurzer Diskussion seine Erledigung, worauf Claussen-Hamburg den Ausschussbericht erstattete. Gegen den Hauptvorstand sei keine Beschwerde eingekommen, ebenso hätten die Mitglieder des Ausschusses nichts gegen die Thätigkeit des Vorstandes einzuwenden. Hauptvorstand und Ausschuss hätten mehrere gemeinschaftliche Sitzungen abgehalten, in welchen eine große Anzahl des Verbandslebens und andre Angelegenheiten betreffende Gegenstände ihre Erledigung gefunden hätten. Der Bericht der Revisionskommission giebt zu keiner Ausfertigung Anlaß. — Zu Punkt 5 der Tagesordnung: „Die Vereinbarung mit dem Metallarbeiter-Verband“ referierte Münzner-Libke, welcher die Annahme folgenden Entwurfs empfahl:

Zwischen dem Vorstande des Centralvereins der deutschen Formner und dem Vorstande des Deutschen Metallarbeiter-Verbands wird zur Erzielung einer größeren Aktionsfähigkeit beider Verbände folgendes vereinbart:

1. Streiks, Lohnbewegungen zc. Die Anerkennung von Lohnbewegungen, Ausperrungen und Streiks, sowie die Verhängung der Sperre erfolgt, sofern Mitglieder beider Verbände in Frage kommen, durch vor der Arbeitsniederlegung zwischen beiden Vorständen herbeizuführende Verständigung eventuell auf Grund einer von Vertretern beider Verbände statgeführten Prüfung aller einschlägigen Verhältnisse. Vor der Entscheidung der beiderseitigen Vorstände darf unter keinen Umständen die Arbeit niedergelegt werden. Die Unterstützung ihrer an Ausschüssen beteiligten Mitglieder regelt jede Organisation selbst nach ihren Statuten, dagegen unterliegt die Durchführung und Wendung von Ausschüssen der Verständigung und Beschlussfassung beider Vorstände.

2. Bezüglich der Organisation ausgeschlossener. Zwischen beiden Organisationen findet von Zeit zu Zeit ein Austausch der Listen, der wegen Schädigung von Verbandsinteressen ausgeschlossener Mitglieder statt und darf kein Verband einen von dem andern Verband aus obigen Gründen ausgeschlossenen aufnehmen.

3. Bezüglich Uebertritts. Der Uebertritt von einer Organisation zur andern stellt den Mitgliedern beider Organisationen, sowohl einzeln wie als Verwaltungskörper (Zahlstellen) frei, ebenso soll jeder Organisation die Aufnahme überretretener Mitglieder, einzeln und als Zahlstelle, im allgemeinen freigestellt bleiben. Die Ausdehnung dieser Bestimmung auf Mitglieder und Verwaltungskörper, die wegen momentaner Mißstimmung gegen ihre Verbandsleitung oder deren Vertreter übertreten wollen, bleibt dem Taktgefühl jedes Vorstands überlassen.

4. Bezüglich Extrabeiträge und Sammellisten. Die Regelung des Sammellistenwesens, bezw. der Erhebung von Extrabeiträgen hat in den einzelnen Verwaltungskörpern beider Organisationen durch Verständigung beider Verwaltungen in der Weise zu erfolgen, daß jeder moralische Zwang seitens der Mitglieder des einen Verbands auf die Mitglieder des andern Verbands zur Geltung auf Listen der ersteren, oder zur Leistung von Extrabeiträgen an diese und umgekehrt vermieden wird.

5. Bezüglich Presse und Agitation. Die vertretenen Vorstände verpflichten sich, hinsichtlich in Wort und Schrift alles zu vermeiden, was geeignet ist, gegenseitig Antipathie, Mißstimmung und Mißtrauen herbeizuführen oder zu schüren.

Greuz-Leipzig empfahl die Annahme einer Resolution, welche u. a. verlangt, daß ein Formnerkongreß, der von den im Centralverband wie dem im Metallarbeiter-Verband organisierten Formnern zu beschicken sei, über die fernere Ausgestaltung der Organisation entscheiden solle. — Die meisten Redner sprachen sich gegen den völligen Uebertritt der Formner in den Metallarbeiter-Verband aus. Die Selbständigkeit des Centralvereins der Formner müsse gewahrt und deren Fachorgan „Gladstone“ hochgehalten werden. Um 1 Uhr mittags wurde die Debatte abgebrochen und auf Mittwochmorgen vertagt, da am Dienstag nachmittag die Delegierten mit dem Dampfer „Hammonia“ eine Hundsfahrt durch die Hamburger Hafenanlagen antraten, an welche sich eine Ausfahrt nach Blankenese anschloß.

Hamburg, 6. Juni. (Privatbesuche des „Vorwärts“.) Die Resolution Greuz wurde heute angenommen.

Der drohende Bäcker-Arbeiter-Ausstand

wird möglicherweise noch im letzten Augenblick vermieden werden können, vorausgesetzt, daß die Meister den Gesellen entgegenkommen zeigen. Die Bäcker-Arbeiter haben nämlich noch einen letzten Versuch gemacht, eine gütliche Lösung herbeizuführen. Sie haben am Dienstag nach längerer Beratung um des Heben Friedens willen auf den Rat des vom Urlaub zurückgekehrten Gewerbetreibers v. Schütz, dem die Angelegenheit, Barth und Hefschold die schon mitgeteilten Forderungen der

Gesellschaft unterbreiteten, das Einigungsamt des Gewerbegerichts anrufen, damit dieses vor Ausbruch des drohenden Ausfalls in Tätigkeit treten kann. Das Gewerbegericht hat hierauf sofort die Obermeister der beiden Innungen „Concordia“ und „Germania“ in Kenntnis gesetzt und zu einer Besprechung eingeladen. Gestern (Mittwoch) mittag erschienen darauf die Obermeister Bernhard, Gemeinhardt und A. Vogel. In den Beratungen wurde noch ein Vertreter des Gewerbegerichts, Tischler-Unternehmer, hinzugezogen. Festgestellt wurde, daß etwa 2000 Bädereibetriebe Berlins und der Umgegend mit rund 5000 Arbeitern an der Sache beteiligt sind. Sowohl die Altstellen als auch die Obermeister waren bei den Einzelberatungen darüber einig, daß eine Verständigung, wie sie vor nicht langer Zeit zwischen Arbeitern und Fabrikanten der Berliner Weißgerber-Industrie vor dem Einigungsamt erzielt werden ist, einen langen Kampf, an dem auch das große Publikum interessiert sei, vorgezogen werden müßte. Die Hauptstreitfrage, die Abschaffung von freier Kost und Wohnung bei den Meistern, ist aber, wie sich aus den Verhandlungen ergab, wegen der Schwierigkeiten in der Praxis usw. nicht so leicht mit einem Male „sofort“ zu lösen, schon weil diese Frage sehr tief in die wirtschaftlichen Verhältnisse der meisten Bädereibetriebe einschneidet und angeblich ein Teil der Gesellen, wie Nachfragen ergeben haben sollen, von einer Änderung sich nicht viel verspricht. Bemerkenswert ist in diese alten Verhältnisse über kurz oder lang eine radikale Änderung mit größter Wahrscheinlichkeit zu erwarten sei. (Eine Bädereiverordnung des Bundesrats!) Eine behördliche Verordnung, die alle die Fragen einer Regelung unterziehe, liege im Bereich der Möglichkeit, womit die Bädereimeister rechnen müßten. Es sei also empfehlenswert, zur Vermeidung eines ungewissen, langen wirtschaftlichen ruinösen Kampfes den Arbeitern entgegen zu kommen, ihre berechtigten Forderungen freiwillig zu bewilligen, als später solche durch Zwang anzusetzen. Die Mißstände, die in den Bädereibetrieben noch vielfach, besonders auf hygienischem Gebiet, beständen, müßten beseitigt werden. Nach mehrstündiger Beratung schlossen sich die Obermeister der Innungen des Einigungsamts an. Die Verhandlungen werden heute (Donnerstag), vormittags 10 Uhr, vor dem Einigungsamt, in der Zimmerstr. 91, unter dem Vorsitz des Assessors v. Schulz beginnen. Als Zeisiger werden formel Gewerkschaftssekretär Alwin Körsten, Steiniger A. Knoll und Tischler-Unternehmer Bernhard sowie Hilfsfabrikant Ducht fungieren. Wegen der Beschränkung des Raums werden nur wenige Beteiligte Eintrittskarten bekommen können.

Die Meisterschaft hatte sich schon auf den nahenden Kampf vorbereitet. In einer Zuschrift, die sie den bürgerlichen Vätern zu gestellt hat, wendet sie sich an das Publikum, welches bei Ausbruch des Streiks Nachsicht üben soll. Im übrigen wird in dem Schreiben die übliche Schwärmerei gegen die Hege losgelassen, die einzig schuld seien an der Bewegung. Wir lassen das für die in den Kreisen der Meister herrschende Auffassung recht charakteristische Schriftstück im Wortlaut folgen:

Die Berliner Bädereigesellen beabsichtigen, in einem Streik einzutreten. Nicht diese im allgemeinen, sondern eine kleine Zahl Agitatoren sind es, die den Streik wollen. Durch ihr gehässiges Verhalten nimmt sie kaum noch ein Meister in Arbeit; sie riskieren daher für ihre Verlon nichts. Durch Vorgehung von hohem Lohn und sonstigen Verlockungen weist man auf die meist jungen und unerfahrenen Gesellen ein und lockt ihnen die Streikbeiträge aus der Tasche. Obwohl wir über unsre treuen Arbeitsgesellen nicht klagen können und diese im allgemeinen mit ihrer Lage zufrieden sind, so folgen doch eine Zahl Gesellen jenen Aufwieglern, und der Streik scheint ebenso unvermeidlich, wie für die Unternehmer aussichtslos. Neben einer Lohn-erhöhung, zu welcher die Meisterschaft sich nicht ablehnend zeigt, verlangen die Gesellen je eine Freimacht an den drei Hauptstreitfragen. Auch diesem Verlangen sieht die Meisterschaft in prinzipiell gegenüber. Ferner verlangen die Gesellen den Arbeitsnachweis in ihre Hände, was bei der Eigenart des Bädereigewerbs mit seiner Nacharbeit niemals bewilligt werden kann. Sodann auch Abschaffung von Kost und Wohnung beim Meister. Für verheiratete Gesellen ist von einer großen Zahl Meister diese Forderung bereits erfüllt; bei ledigen Gesellen liegt die Erfüllung dieser Forderung ebenso wenig im Interesse der Meister wie auch der Gesellen. Während der verheiratete Geselle in seiner Familie geordnete Verpflegung und Ruhe findet, er auch niemals den Arbeitsanfang verschlafen wird, ist dies beim ledigen, in Schlafstube wohnenden Gesellen anders. Er muß des Nachmittags schlafen, was der Wirtin nicht angenehm ist. Er wird zum Arbeitsanfang fast nicht geweckt werden, weil niemand ein Interesse für ihn hat. Der Meister aber, der zur Minute seine Ware fertig haben muß, kann seine Rumbischoff nicht befriedigen. Auch die Ordnung in der Verpflegung wird leiden; der Geselle wird oft nicht in die Restauration essen gehen; der Geselle wird sich an Eier, Butter und sonstige Materialien des Meisters halten und das Kostgeld in der Tasche behalten und vergeuden. Häufige Veränderung der Werkstätten in entgegengesetzte Stadteile wird auch einen Wechsel in der Schlafstube bedingen, die nach Wunsch zu finden dem Gesellen häufig sehr schwer werden wird.

Dies die Gründe, warum die Meisterschaft nicht zu allem „Ja“ sagen kann.

Wohl wissend, daß die Streikführer sich keiner großen Sympathie bei der Mehrheit der Berliner Bädereigesellen erfreuen, buhlt man nun um die Gunst des großen Publikums; dieses soll die Meisterschaft durch Kundtschaftsentziehung liedeln helfen. Die allerersten Mittel werden angewandt, diese Gunst des Publikums sich zu erwerben. Man sucht ihm das tägliche Brot zu vereiteln, sucht Mißstände zu konstruieren und herorzugaudern, die, bei Nichte bestehen, harmlos und nicht weniger als solche sind. Um die Bäderei-Erzeugnisse unappetitlich zu machen, schreibt man von Matten, Wäulen, Schwaben und allem nur denkbaren Ungeziefer in einem von der Lohnkommission herausgegebenen Schriftchen mit der Ueberschrift „Die Lage der Bäderei-Arbeiter Berlins“. Diese zum Zweck der Agitation gegen die Meisterschaft verfaßte Schrift, der jeder Wahrheitswert und jede Beweisführung fehlt, ist auf Grund von beantworteten Fragebogen mit willkürlicher Auslegung verfaßt worden. Daß von 1800 versandten Fragebogen nur 418 sogenannte „brauchbare“ eingingen und diese von einzelnen bezogen oder partiell fanatisierten Gesellen ausgefüllt wurden, nur zum Zweck, der Meisterschaft etwas am Zeug zu flicken, nimmt für verständige Leser dem Wuche jeden Wert an seine Richtigkeit. Angezweifelt, wo es sich zeigt, sucht man in jedem Gewerbe und in jedem Haushalt zu vernichten. Der Bäcker hat hierzu doppelte Veranlassung. Daß er dies nicht thut, wird auch selbst vom Verfasser nicht behauptet. Mangelhafte Wohn- und Arbeitsräume sind ein Uebel. Dafür aber kann man den Bädereimeister nicht verantwortlich machen, der selbst darunter leidet; es ist die früher geduldet Bauart, unter der insbesondere alte Stadteile leiden. Die Mängel treffen aber nicht nur das Bäderei, sondern auch andre Gewerbe, sowie Wohnungen in jenen alten Stadtteilen. Wenn sobann über Reinhaltung der Badgeräte geschrieben und behauptet wird, daß Wademeier fogar zum Käsewäschen benutzt werden, so mühte uns der Wahrheitsbeweis erbracht werden, wenn wir daran glauben sollen. Würde aber ein unsouberer Geselle sich so weit vergessen, so würde ihn jeder Bädereimeister sofort aus dem Hause jagen.

Die im September v. J. stattgehabte Kontrolle der Beauftragten hat ergeben, daß in allen Bädereien genügende Beschäftigung vorhanden war. Auch die übrigen aufgestellten Behauptungen über bestehende Mißstände in den hiesigen Bädereien finden in den amtlichen Protokollen der Beauftragten, die in unfern Innungshäusern niedergelegt sind, keinerlei Bestätigung. „Schlechte Vögel sind es, die ihr eigenes Nest beschmutzen.“ Diese Worte haben wir den Verteilern schon oft zugerufen. Wir sagen es ihnen hier wieder. Daß der „Vorwärts“ und einige andre Blätter Anzettel aus der Prokläre bringen und in dem wenig sauberen Stoff gern herumdröhen, wundert uns nicht. Die Berliner Hausfrauen aber, welche insbesondere bei der Festtags-Bäderei unsre Badräume

betreten und für Sauberkeit ein scharfes Auge haben, werden anders und richtiger urteilen. In der Erwägung, daß kein Gewerbe in so enger Beziehung zum Publikum steht als das unsre, bitten wir bei dem bevorstehenden Streik um gütige Rücksicht und wohlwollende wie auch richtige Beurteilung der Verhältnisse in unsren Bädereien.

Berlin, den 5. Juni 1900.
Die Meisterschaft Berlins: Für die Innung Germanica: Bernard Paerls, Kaufmann. — Für die Innung Concordia: Gemeinhardt, Vogel, Schmidt. — Für die Bäder-Bezirksvereine: El. Wolff, Hobel, Marshall, Sturm, Wille, Krest, Milleville, Goede, Schleich — Tribben-see, Schriftführer.
Wir enthalten uns einstweilen jeden Kommentars über dies bezehrende Altentück und warten zunächst den Verlauf der Einigungsverhandlungen ab. Nur soviel möchten wir betonen, daß die Meisterschaft nicht glauben darf, daß sie, falls sie die berechtigten Forderungen der Gesellen ablehnt, auf die „gütige Rücksicht“ großer Teile der Berliner Bevölkerung zu rechnen haben wird.

Partei-Nachrichten.

Zur Reichstags-Erfassung in Mülhausen wird uns unterm 1. d. Mts. geschrieben: Die Bürgerlichen wenden sich immer noch in der Verlegenheit in die sie bei ihren Anstrengungen zum Abschluß eines Wahlbündnisses aller nicht-socialistischen Parteien geraten sind. Anfanglich hatten sie ihre Hoffnungen auf einen Zwist im socialistischen Lager gesetzt, dessen Ausbruch ihrerseits im Gefolge der Mandatsniederlegung Quebs erwartet wurde. Seitdem sich jedoch gezeigt hat, daß die Disziplin und Ueberzeugungstreue unserer Mülhauser Genossen auch die Zährlichkeiten spielend überwand, trat an Stelle der hoffnungsvollen Schadenfreude bei unsren Gegnern wieder der alte Respekt vor dem festen Zusammenhalt und die Angst vor der dadurch gesicherten Nachstellung unsrer Parteifreunde. Und heute ist es bereits soweit gekommen, daß dieselben bürgerlichen Prochorgame, die noch vor wenigen Wochen von einer völligen Deroute im Lager der Mülhauser Socialdemokratie soelten, die Einigkeit und den unermüdlichen Agitationsseifer ihrer socialistischen Gegner sich gegenständig als nachahmenswertes Exempel vorführen, an dem man noch recht viel lernen könne. Man erinnere sich des vernichtenden Prognostikons, das die reichslandische Ordnungspresse der Mülhauser Socialdemokratie im Verlauf der „Affaire Queb“ gestellt hat und halte dem entgegen, was heute die gouvernementale „Straßburger Post“ über die von feinerlei Ermüdungen persönlicher Natur beeinflusste Preceptienfestigkeit unsrer Genossen in der oberelassischen Industriemetropole sagt:

„Mancher gute Mülhauser stimmte für Queb, trotzdem er Socialdemokrat war; er stimmte für den Menschen Queb, nicht für den Genossen Queb. Diese „Unponderabilien“ fallen jezt alle fort. Die Socialdemokraten haben jezt nur uns für sich: die Geselligkeit des Auftretens. Sie stimmen für Herrn Emmel aus Saargemünd, wie sie für Herrn Kreuzwald aus Posen stimmen würden, wenn der der Kandidat ihrer Partei wäre. Sollten wir denn nichts von ihnen lernen können? Man nehme das Gute, wo man es findet! Man lerne die Einheit von den Genossen! Einigen wir uns auf irgend einen Kandidaten und stimmen wir dann für ihn, so einig und so geschlossen, wie die Socialdemokraten für Herrn Emmel stimmen werden.“

Das offiziöse Blatt exemplifiziert dann auf den Erfolg der bürgerlichen Sammellandidatur Riff in Straßburg bei den allgemeinen Reichstagswahlen im Juni 1898, vergißt aber dabei, daß, was in der Reichslandeshauptstadt mit ihrer zahlreichen Beamtenschaft und ihrem fast vollständigen Mangel an Großindustrie möglich war, nicht unbedingt auch für das industriegewaltige Mülhausen zutreffen muß. Aus denselben Gründen ist auch der Hinweis auf den „erst vor kurzem nach Mülhausen eingewanderten Geschäftsmann“ Emmel verfehlt, der nicht als eine zur Vertretung Mülhausens im Reichstag „kompetente Persönlichkeit“ betrachtet werden könne. Mülhausen ist, wie gesagt, eine Arbeiterstadt; und wenn irgend jemand zur parlamentarischen Vertretung derselben „kompetent“ ist, so ist es nicht ein Abbg, Rechtsanwalt oder Beamter, sondern ein Angehöriger derjenigen Bevölkerungsschichten, die vier Fünftel des zur Wahl berechtigten Kreises ausmachen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Schuhmacher! Freitag, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet in Kellers Festsaal, Köpenickerstr. 99/107, die Wahl des Gesellenausschusses zur Schuhmacher-Zwangsinnung statt. Wir erfordern die Kollegen, sich recht zahlreich an dieser Wahl zu beteiligen. Stimmzettel mit der vom Verein deutscher Schuhmacher aufgestellten Kandidatenliste werden am Eingang zum Lokal verteilt werden.

Die Spandauer Maurer sind am Mittwoch früh in den Streik getreten. Wir berichteten bereits, daß die Lohnkommission der Maurer in Spandau dem Arbeitgeber-Verbande dorfelbst eine Reihe Forderungen zur Anerkennung unterbreitet hat, von denen die Forderung des 60 Pfennig-Stundenlohns und die der Einführung der neunstündigen Arbeitszeit hervorzuheben ist. Die Unternehmer wollten sich jedoch nur zur Zahlung eines Stundenlohns von 55 Pf. verstehen und lehnten im übrigen die wesentlichen Forderungen ab. Die Maurergesellen konnten und wollten jedoch auf die Verkürzung der Arbeitszeit nicht verzichten und beschloßen deshalb den Ausstand. Die Lohnkommission hat sich als Streikkommission konstituiert; als Streikbureau wurde das Lokal von Radt, Reimeisterstr. 6, gewählt. Ueber die Situation ist folgendes zu berichten: Der Ausstand der Maurer ist ein allgemeiner; auf den in Arbeit genommenen 18 Hochbauten ruht die Arbeit vollständig; selbst die von den Unternehmern Gebr. Meinecke (den Hauptarbeitmachern in Spandau) aus durchgeführten Motiven beschäftigten 17 italienischen Maurer haben sich den Streikenden angeschlossen. Da die Italiener auch Logis in einem Hause ihrer Arbeitgeber inne hatten, so mußten dieselben sofort ihre Wohnung räumen. Ingegnant sind an dem Streik etwa 150 Maurer beteiligt. Ein Kleinunternehmer, Gesle, hat die Forderungen der Maurer voll bewilligt. Weitere Bewilligungen stehen zu erwarten.

Deutsches Reich.

Zur Bewegung der Straßenbahn-Angestellten. Der Streik in Hannover hat sich zu einer reinen Machtfrage entwickelt. Die Ausständigen haben sich, nachdem die Direktion die Vermittlung des Stadtdirektors abgelehnt hatte, an den Regierungspräsidenten gewandt. Sie haben damit bewiesen, daß sie bereit sind, jeden Versuch um Verlegung des Streiks zu thun, die Direktion hat aber auch dem Regierungspräsidenten den Stuhl vor die Thür gestellt, indem sie dessen bereitwillig übernommene Vermittlung ablehnte. Es bleibt den Ausständigen nun nichts weiter übrig, als bedingungslos zu kapitulieren oder den Kampf fortzusetzen im Vertrauen darauf, daß die Direktion nachgeben muß. Es wird sich also fragen, wer es am längsten aushält. Die Aktien sind von 104 auf 100 gefallen; die Ingenieure, Bureaubeamten und was zur Zeit sonst noch alles Stellung als Bogenfahrer gefunden hat, sie alle müssen doch wieder die eigene Beschäftigung übernehmen, und schließlich gehört doch auch eine Ständige Ausbildungszeit dazu, ehe den sogenannten „Arbeitswilligen“ ein polizeilicher Zehrschein ausgestellt werden darf. Die in Berlin geschehen, so nimmt auch in Hannover die Bevölkerung Partei für die Streikenden gegen die Gesellschaft. Es ist auch zu Tumulten gekommen, an denen aber die Streikenden nicht beteiligt waren.

Die Straßenbahn-Angestellten in Königsberg in Pr. sind ebenfalls in eine Bewegung eingetreten. Sie haben der Direktion

folgende Forderungen unterbreitet: Anfangsgehalt für Ruffächer und Schaffner 80 M., nach 6 Monaten 85 und nach 1 Jahr 90 M. Innerhalb der nächsten 10 Jahr Erreichung des Höchstgehalts von 120 M. Für Ruffächer eine 10stündige und für Schaffner eine 11stündige Arbeitszeit, eine Mittagspause von 2 Stunden, gemäß der städtischen elektrischen Straßenbahn; im Monat 4 freie Tage, jeder siebente freie Tag soll ein Sonntag sein; ferner Verzählung der Ueberstunden mit 40 Pf. und bei etwaiger Arbeit an freien Tagen den doppelten Betrag; Gründung einer Pensionskasse und Ernennung einer ständigen Lohnkommission. Schließlich wurde der selbstverständlichen Forderung Ausdruck gegeben, daß im Zusammenhang mit dieser Lohnbewegung keine Maßregelungen erfolgen.

In Köln a. Rh. ist der Streik zu Ungunsten der Straßenbahner beendet. Der Bürgermeister hatte jedem, der nicht die Arbeit sofort wieder aufnahm, mit Einbehaltung der Kaution gedroht, da Kontraktbruch vorliege, ferner mit Entlassung. Eine Lohnzulage war zwar bewilligt worden, über die andren Forderungen wollte man jedoch erst nach der Wiederaufnahme des Dienstes verhandeln. Wurde dies Anstehen auch am Abend in der Versammlung noch abgelehnt, so wurden am nächsten Morgen doch immer mehr und mehr schwankend und nahmen den Dienst auf.

Der Holzarbeiterstreik in Krefeld ist nach neuntäglicher Dauer beendet. Die Arbeit wird am 6. Juni wieder aufgenommen. Es ist ein Vergleich auf folgender Grundlage zu stande gekommen: 9 1/2stündige Arbeitszeit und zwar so, daß die Arbeitszeit im Sommer von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, mit zweistündiger Mittagspause und je 1/4 Stunde Frühstück- und Vesperpause dauert. Im Winter von 8 bis 8 Uhr. Eine 10prozentige Lohnserhöhung wird bewilligt. Eine ständige gemischte Kommission soll errichtet werden, um etwa vorkommende Differenzen zu schlichten. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Die Abmachung gilt auf ein Jahr.

Ausland.

Die schwedischen Steinarbeiter an der Westküste kämpfen seit dem 17. April in einer Zahl von 1200, gleich den Bauarbeitern in Stockholm gegen Lohnbrüder, die darauf gerichtet waren, den Arbeitern ihr Einkommen mit 50 bis 60 Pf. per Tag zu schmälern. Verschiedene Versuche wurden gemacht, um den Konflikt zu verhindern, die Arbeitgeber aber bestanden auf ihren Forderungen, weniger Lohn zu zahlen, und da die Arbeiter deswegen auf ein paar Stellen die Arbeit niederlegten, schritten die Arbeitgeber zur Ausperrung. Seit der Ausperrung in Stockholm sind die Steinexporteure noch hochmütiger geworden, und handelt es sich zweifelsohne um eine abgemachte Sache unter den Arbeitgebern, um die schwedischen Arbeiter auseinander zu sprengen. Das wird aber eine harte Nuß für die Herren zu knaden geben.

Der Krieg.

Ueber die Kapitulation Pretorias

liegt folgendes genauere Telegramm des Lord Roberts vor: London, 6. Juni. Lord Roberts meldet vom gestrigen Tage aus Pretoria: Kurz vor Eintritt der Dunkelheit gestern war der Feind fast aus allen Stellungen geworfen. General Jamiltons berittene Infanterie verfolgte ihn bis auf 2000 Yards von Pretoria; der Feind zog sich eilig durch die Stadt zurück. Ein Parlamentär wurde geschickt, der die Uebergabe der Stadt forderte. General Botha schlug daraufhin einen Waffenstillstand vor, um die Bedingungen der Uebergabe festzustellen. Lord Roberts ließ ihm jedoch sagen, die Uebergabe müsse bedingungslos sein, sonst würde er bei Tagesanbruch in die Stadt einrücken. General Botha erwiderte, er habe beschloßen, Pretoria nicht zu verteidigen; er vertrat darauf, daß Frauen, Kinder und Eigentum geschätzt werden würden. Die drei höchsten Civilbeamten kamen dann 1 Uhr früh zu Roberts und erklärten, sie wünschten die Stadt zu übergeben. Sowohl die Gemahlin des Präsidenten Krüger wie die des Generals Botha befinden sich in Pretoria. Einige britische Gefangene sind weggeschafft; die Mehrzahl befindet sich jedoch noch in Waterval; über 100 Offiziere waren in Pretoria.

englische Schlapp

weiß ein vom gleichen Tage datiertes Telegramm des Oberstkommandierenden zu berichten: Das 18. Bataillon der „Imperial Yeomanry“ wurde am 31. Mai in der Nähe von Lindley gezwungen, sich einer weit überlegenen Streitmacht von Boeren zu ergeben. General Methuen machte einen ausgezeichneten March, um die Yeomanry zu befreien; er legte innerhalb 25 Stunden 44 Meilen zurück, kam jedoch zu spät. Er griff die Boeren, die etwa 2000 bis 3000 Mann stark waren, an und warf sie nach fünfständigem Kampfe vollständig, das heißt die Boeren zogen sich nach hartnäckigem Widerstand zurück, ohne einen einzigen der Gefangenen wieder verloren zu haben.

Ferner liegt noch folgendes bereits veraltetes Telegramm vor: Kapstadt, 4. Juni. Zweihundert Mann der hiesigen Volunteers gehen zur Verstärkung der Streikräfte des Generals Warren nach Douglas ab.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Die Schulkonferenz.

Berlin, 6. Juni. (W. Z. V.) Die Konferenz für die Reform des höheren Unterrichtswesens in Preußen wurde heute vormittag im Kultusministerium durch den Kultusminister Dr. Studt eröffnet. Nach einem Rückblick des Geheimrats Hinzpeter auf die Verhandlungen und Ergebnisse der 1899er Schulkonferenz wurde in die Erörterung der Vereinfachungsfrage eingetreten. Die Veranlassung zeigte sich in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit geneigt, der von dem Minister zur Erörterung gestellten Anerkennung der Gleichberechtigung der neuerrichteten Volksschulen für den Nachweis der allgemeinen wissenschaftlichen Bildung grundsätzlich zuzustimmen, vorbehaltlich des Ausweises der besonderen Vorkenntnisse für diejenigen Schüler, welche für ihr erfolgreiches Studium den Besitz von solchen voraussetzen.

Homburg v. d. S., 6. Juni. (W. Z. V.) Auf dem hiesigen Bahnhof ereignete sich, wie der „Tammshote“ meldet, heute früh dadurch ein Eisenbahnunfall, daß ein von Frankfurt einlaufender Zug wegen zu starken Gefalls über die Drehscheibe hinaus in die Rauer fuhr, welche die höher gelegene Zufahrt vom Bahnhof trennt. Durch den Anprall wurden drei Personen schwer, sieben leicht verletzt. Der Materialschaden ist nicht bedeutend.

Washington, 6. Juni. (Melbung des „Reuterischen Bureaus“.) Der amerikanische Gesandte Conger in Peking telegraphierte heute hierher, daß sich die Lage in Peking verschlimmert habe. Daraufhin und auf das gestrige Telegramm des Admirals Kempf wies die Regierung den Konteradmiral Remey in Manila an, das Kanonenboot „Helena“ oder ein ähnliches Fahrzeug zu Kempf zu senden, damit dieser über ein Schiff verfüge, welches den Peiho bis Tientsin hinauffahren könne, da Kempfs Flaggschiff „Newark“ nicht über Taku hinaus könne. Die „Helena“ führt zehn Offiziere und 166 Mann. Man erwartet, daß Admiral Remey noch eine oder zwei Kompagnien Seesoldaten mitsenden wird.

Laurengo Marques, 6. Juni. (Melbung des „Reuterischen Bureaus“.) Nach Mitteilungen des hiesigen Minen-Ingenieurs von Transvaal, Alimbe, beläuft sich der Wert des in den 10 Minen produzierten Goldes, welche vom Beginn des Krieges bis Ende April im Betrieb waren, auf 1 700 000 Pfd. Sterl. Die Betriebsausgaben, unter Ausschluß der von der Regierung beschlagnahmten Werte, betragen 630 000 Pfund, hiervon bezahlte die Regierung nur 470 000 Pfund. Den Rest schuldet sie den Minen-Gesellschaften noch. Die Höhe der von der Regierung der Südafrikanischen Republik auf Kosten britischer Steuern für Minenzwecke beschlagnahmten Werte beträgt 100 000 Pfund, so daß die Gesamtschuld der Regierung sich auf 260 000 Pfund beläuft. Die Ergebnisse der Minen für den Monat Mai sind nicht bekannt.

Reichstag.

204. Sitzung. Mittwoch, den 6. Juni 1900, 2 Uhr.

Am Bundesratssitz: Reichslangler Fürst Hohenlohe, Tirpitz, Graf Hiltow, Thielmann, Graf Posadowsky.

Präsident Graf Ballestrem:

Ich erlaube mir nach der kurzen Erholungspause die Herren Kollegen freundschaftlich zu begrüßen.

Hierauf beginnt die zweite Lesung der Flottenvorlage. Berichterstatter ist der Abg. Müller-Fulda (C.)

§ 1 handelt von dem Bestand der Flotte. Die Schlachtflotte soll um 10 Linienfahrzeuge, 2 große und 8 kleine Kreuzer verstärkt werden. — Die Vermehrung der Auslandsschiffe ist gestrichen.

Staatssekretär Tirpitz:

Der Herr Berichterstatter hat auf seinen umfangreichen schriftlichen Bericht verwiesen, ich will mich daher auf wenig Worte gegenüber seinen Ausführungen beschränken. Eine Vermehrung der Auslandsschiffe ist eigentlich heute schon notwendig infolge der erfolgten Bewegungen in Ostasien und im Hinblick auf die außerordentlich gesteigerte Schifffahrt in Ostasien, infolge der starken Entwicklung der chinesischen Verhältnisse in den letzten Jahren. In der Begründung der Vorlage ist ausdrücklich auf die Notwendigkeit der Vermehrung der Auslandsschiffe hingewiesen worden, trotzdem aber wollen die verbündeten Regierungen mit dem Bauplan des Mehrbedarfs erst 1906 beginnen. Der Hauptgrund hierfür ist, daß eine Vermehrung der Schlachtflotte zugleich mit der Vermehrung der Auslandsschiffe nicht angängig erschien und es daher notwendig war, zunächst das Wichtigere der Vermehrung der Schlachtflotte vorzunehmen. Der Mehrbedarf an Auslandsschiffen könnte vorläufig durch die Materialreserve für Auslandsschiffe gedeckt werden, auch könnte man auf die Aufklärungsschiffe der heimischen Schlachtflotte zurückgreifen. Dies ist aber nur möglich, so lange die einzelnen Formationen noch in der Bildung begriffen sind. Die Kommission hat nun die Auslandsschiffe ganz aus der Vorlage gestrichen, und wenn ich auch aus den angeführten Gründen eine Vermehrung derselben für notwendig halte, so glaube ich doch zu der Erwartung berechtigt zu sein, daß die verbündeten Regierungen einer Vertagung dieser Frage zustimmen werden.

Abg. Webel (Soz.):

Der Herr Berichterstatter hat sich, wie mir scheint, seine Aufgabe sehr leicht gemacht. Er hat sich gar keine Mühe gegeben, die Gründe auseinanderzusetzen, die die Kommission zu ihren Beschlüssen geführt haben. Er hat allerdings auf den ausführlichen Bericht hingewiesen, aber wir verhandeln hier vor der breiten Öffentlichkeit und diese hat ein Recht darauf, die Gründe ausführlich zu vernehmen, welche die Kommission veranlaßt haben, dem neuen Bauplan in der Hauptsache zuzustimmen. Der Herr Berichterstatter hätte um so mehr Ursache gehabt, die Gründe darzulegen, da die Partei, der er angehört, in der Generaldebatte durch ihren damaligen Redner einen sehr ablehnenden Standpunkt eingenommen hat, den sie im weiteren Verlauf der Verhandlungen preisgegeben hat. Der Herr Berichterstatter hat gemeint, dadurch, daß in der gegenwärtigen Vorlage das Budgetrecht des Reichstags in höherem Grade gesichert sei, als dies in dem Gesetz von 1898 der Fall gewesen ist, würden viele Mitglieder dieses Hauses veranlaßt sein, ihren früheren Standpunkt gegen die Flottenvermehrung nunmehr aufzugeben. Ich darf daraus wohl entnehmen, daß der Herr Berichterstatter hiermit speziell seine politischen Freunde gemeint hat, jene Herren, die vor zwei Jahren der damaligen ersten Flottenvermehrung energigsten Widerstand entgegensetzten, heute aber, wenn ich nicht irre, bereit sind, für diese Vorlage zu stimmen, nachdem sie durch Gründe, die für mich allerdings nicht stichhaltig sind, ihre Meinung geändert haben. Herr Dr. Schäbler, der Vertreter des Centrums in der Generaldebatte, hat damals eine Reihe von Äußerungen gethan, die es fast unübersehbar erscheinen lassen, wie angefaßt solcher Gründe seine Partei ihren Widerstand aufgegeben hat. Er sagte historisch aus einander, was alles im Lauf der letzten Jahre auf dem Gebiet der Flottenvermehrung geschehen sei und erkläre in diesen Forderungen nicht mehr und nicht minder als die Unterlage zu einer Weltpolitik. Er wies auch auf den Gegensatz der neuen Forderung zu den Erklärungen des Staatssekretärs Tirpitz in der Budgetkommission hin, wonach noch im Februar 1899 seine Rede von einem neuen Bauplan geendet sei, so daß man hätte erwarten können, daß wenigstens bis zum Ablauf des Septennats an den getroffenen Vereinbarungen festgehalten würde und fügte hinzu, daß der Staatssekretär es sehr begreiflich finden werde und mit ihm die verbündeten Regierungen, wenn man seinen Ausführungen jetzt mit doppeltem Mißtrauen gegenüber stände. Wenn sich aber auch Herr Tirpitz selbst damals desavouiert hat, dann hat ihn das Centrum jetzt rehabilitiert. (Sehr richtig!) Bei den Socialdemokraten, indem es die Zustimmung zu einer Vorlage gegeben hat, die bis auf Kleinigkeiten die gesamte Vorlage repräsentiert, die der Herr Staatssekretär dem Reichstage vor einem halben Jahre vorgelegt hat. Da ist es ganz begreiflich, wenn heute der Herr Staatssekretär wohlwollend dem Hause erklärt, er habe alle Ursache anzunehmen, daß die verbündeten Regierungen mit dem Abtritte bezüglich der Auslandsschiffe einverstanden sein würden. Ich bin überzeugt, wenn die Herren vom Centrum weniger bewilligungsfreudig gewesen wären und statt der Verdoppelung der Schlachtflotte ein Geschwader bewilligt hätten, daß auch dann der Staatssekretär sich damit begnügt hätte.

Der Staatssekretär hat bereits angedeutet, daß die verbündeten Regierungen überhaupt nur die Absicht hätten, erst von 1906 ab auf den Bau der Auslandsschiffe zu rechnen. Nach dem, was das Centrum in den letzten zwei Jahren in Bezug auf Unfall und das Verlassen seiner vorher ausgesprochenen Grundzüge geleistet hat, brauchen die verbündeten Regierungen nicht im geringsten im Zweifel zu sein, daß im Jahre 1906 das Centrum auch bereit sein wird, die Auslandsschiffe zu bewilligen. (Sehr richtig!) Bei den Socialdemokraten. Wenn damals Dr. Schäbler dem Staatssekretär Tirpitz sein Mißtrauen ausdrücken zu müssen glaubte, so steht es heute fest, daß die Wähler des Centrums doppelt Ursache haben, ihr Mißtrauen gegen ihre Vertreter kundzutun, nachdem diese in so überraschender Weise das Gegenteil von dem thun, was sie vor wenigen Monaten hier gethan haben. Selbst Dr. Schäbler ist damals der Anschauung gewesen, daß, nachdem in einer so kurzen Zeit die verbündeten Regierungen eine Korrektur ihrer Anschauungen hatten eintreten lassen, man nicht die geringste Garantie habe, daß sie nach zwei Jahren nicht abermals ihre Anschauung fortgeritten. Jetzt haben aber die Herren des Centrums diese Umwandlung der Bestimmung mitgemacht. Wenn Herr Dr. Schäbler weiter ausgeführt hat, daß alle für die Vermehrung der Flotte angeführten Gründe ebenso gut verwendet werden könnten, um nicht bloß eine Verdoppelung, sondern eine Verdreifachung und noch größere Verstärkung der Schlachtflotte zu begründen, so trifft das alles ebenso zu für die Beschlüsse, die Sie heute fassen wollen.

Weiter hat Herr Dr. Weibel bei der Generaldebatte des Stots erklärt: wir stehen vor einem völligen Umsturz des Flottengebüdes, den können wir nicht mitmachen. Das ist am 8. Februar dieses Jahres vom Centrum erklärt worden und heute bewilligt dasselbe Centrum eine Flottenvorlage, die mit Ausnahme eines kleinen Teils der geforderten Schiffe alles enthält, was die verbündeten Regierungen verlangt haben. Da ist doch die Frage berechtigt, was ist denn passiert, daß eine solche Wandlung des Centrums rechtfertigt.

In der Kommission sind ja geheime Verhandlungen gepflogen, um die Gründe, die man bisher etwa noch nicht gehört hatte, für die Notwendigkeit der Flottenvermehrung zu vernehmen. Ich muß offen gestehen, ich habe nichts Neues in der Budgetkommission gehört, und wenn Mitglieder der Budgetkommission sich von Ausführungen der verbündeten Regierungen haben bestimmen lassen, dann haben sie sich überzeugen lassen, weil sie sich überzeugen lassen wollten. (Sehr richtig, bei den Socialdemokraten.)

Einer muß freilich heute den Verhandlungen mit ganz besonderer Genauigkeit beizuhören, das ist der Herr Reichslangler. Er sagte ja im Jahre 1895: Was mich betrifft, so gestehe ich, daß beim Studium der Marine-Angelegenheiten Träume von großen Flotten an meinem Geist vorüberziehen. Diese Träume zerfliegen aber, sobald ich mich des Reichstags und der Steuerzahler erinnere.

Ein ähnlicher Wandel hat sich bei der Centrumsprelle vollzogen. Als im November 1899 die gegenwärtige Vorlage dem Reichstag zugegangen war, erklärte die gesamte Centrumsprelle, so gebe es mit der inneren und äußeren Politik Deutschlands nicht weiter; man solle es eventuell auf die Auflösung des Reichstags ankommen lassen usw. Heute erklären dieselben Organe, es wäre verwerflich, wenn es anders wäre.

Man hat in der Kommission die Vorlage auch damit begründet, daß man behauptete, eine schwache deutsche Flotte reize zum Angriff auf Deutschland. Bis heute aber haben wir unter den Angriffsgelüsten auswärtiger Mächte, auch der Seemächte, nicht zu leiden gehabt. Genau dieselben Gründe und Versicherungen, die wir seit Jahrzehnten in diesem Hause bei allen Militärvorlagen gehört haben, werden jetzt wort- und sinngetreu für die Notwendigkeit der Flottenverstärkung ins Feld geführt. Es herrscht leider gar kein Zweifel, daß ein erheblicher Teil derjenigen, die für die Flottenvermehrung eintreten, von dem Gedanken befeßt sind, daß Deutschland eines Tages in die Lage kommen könnte, mit der gegenwärtig größten Seemacht Europas und der ganzen Welt, mit England, in Krieg zu geraten, und deshalb sei die Verstärkung der Flotte durchaus notwendig. Ich habe in der Kommission die Frage aufgeworfen und möchte sie heute auf neue stellen und auf Ihre Beantwortung warten — in der Kommission habe ich keine Antwort bekommen — wie man sich ungefähr die Situation vorstellt, falls ein Krieg zwischen Deutschland und England ausbricht, ohne daß eine Einmischung Frankreichs und Russlands die notwendige Folge wäre. Einem Kriege zwischen England und Deutschland würden dann Frankreich und Rußland nur ruhig zusehen, um Deutschland verbluten zu lassen, um dann das zu gewinnen, was man seit Jahrzehnten wiedergewinnen bestrebt gewesen ist. Daß Frankreich auf absehbare Zeit die Ereignisse von 1870/71 vergessen wird, daran denkt heute kein verständiger Mensch in Deutschland, am wenigsten in der Regierung. Und daß andererseits Rußland die erste beste Gelegenheit ergreift wird, um sich mit geringeren Anstrengungen in den Besitz von Länderstrichen zu setzen, die ihm bedeutendere Ausdehnungen am Meer möglich machen, ist gleichfalls selbstverständlich. Der deutsche Minister also, der unter diesen Verhältnissen einen Krieg mit England herbeiführen wollte, würde die schwerste Verantwortung auf sich laden, die man sich denken kann. Wir haben während der Regierungszeit des Fürsten Bismarck diesen stets als unsern entschiedensten Gegner betrachtet, aber in der Beurteilung europäischer Zustände haben wir ihn häufig zugestimmt, insbesondere in der Beurteilung Englands und seiner Stellung zu Deutschland. Alle diejenigen Fragen, über die wir mit England in Streit kommen könnten, sind nicht von der Wichtigkeit, um einen Krieg mit England zu rechtfertigen. (Sehr richtig! links.) Ist aber die Sachlage so, dann fallen auch die Argumente derer, die wegen eines etwaigen Krieges mit England diese außerordentliche Flottenvermehrung fordern, in sich zusammen. Daß wir die Flottenverstärkung nicht wegen Rußland und Frankreich brauchen, ist selbstverständlich.

Man hat in der Kommission auch wieder geltend gemacht, die größere Flotte sei notwendig zum Schutze des Handels und seiner Förderung. Auf der andern Seite ist von Anhängern der Flottenvorlage in der Kommission der Diktum geäußert worden: Der Verkehrsbedarf muß anwachsen; es wird zu viel erreicht. Auch die neuesten Zahlen über die Handelszunahmen zeigen, daß unabhängig von der Stärke oder Schwäche unserer Flotte die deutschen Handelsbeziehungen sich fortgesetzt vermehrt haben, wieder ein Beweis, daß hier eine Schlachtflotte nicht notwendig ist. Mit vollem Recht hat einmal ein englischer Politiker gesagt, die besten Kolonien für England sind Deutschland, Frankreich und die Vereinigten Staaten. Ebenso sind unsere besten Kolonien nicht Ostafrika, Kamerun, Ostasien usw., sondern es sind die großen Kulturstaaten der ganzen Welt, insbesondere Rußland, Oesterreich, England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Unser gesamter Handel repräsentiert jetzt etwa 9700 Millionen Mark; dabei repräsentiert der Handel nach England, Rußland und Oesterreich allein 7200 Millionen Mark. Dazu kommt, daß der weiteste größte Teil der Handelszunahme sich auf den Handel mit solchen Ländern beschränkt, mit denen wir niemals in Wettbewerb kommen werden. Heute ist alle Welt darüber einig, daß überall da, wo es sich überhaupt darum handelt, neue Kolonien zu erwerben und neue Handelsbeziehungen zu eröffnen, die Politik der offenen Thür einzuschlagen ist. Alle Großstaaten wissen, daß in Bezug auf die Öffnung fremder Weltteile der Grundsatz der offenen Thür der leitende sein muß. Es kommt hinzu, daß die ganze Handelspolitik der Welt, wie sie sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, klar zeigt, daß die handelspolitischen Beziehungen sich ganz unabhängig von der Größe der Flotten vermehren oder nicht vermehren. Die neuesten Zahlen über den englischen Handel beweisen, daß England, obgleich es alljährlich kolossale Ausgaben für seine Flotte zu leisten hat, in Bezug auf den Wettbewerb mit anderen Nationen selbst in seinen eigenen Kolonien zurückgegangen ist. Während von 1890—1899 die gesamte Ausfuhr Englands nach seinen Kolonien von 136 Millionen Pfund Sterling auf 362 Millionen gestiegen ist, ist sie von 1890 bis 1897 von 362 Millionen auf 394 Millionen zurückgegangen. Also gerade das Gegenteil von dem, was man oft hören muß: „Je größer die Flotte, je größer der Verkehr.“ Ebenso ist die Ausfuhr Englands nach dem Auslande wesentlich gefallen. Also auch nach dieser Richtung hin zeigt sich, daß die Behauptung, eine starke Flotte sei die Vorbedingung für den deutschen Handel und Verkehr, absolut unrichtig ist. In der Kommission ist uns gesagt worden, wie die tatsächlichen Machtverhältnisse der Staaten liegen, die für den Fall eines Konflikts zur See in Betracht kommen. Darans geht hervor, daß Deutschland, welche Anstrengungen es auch machen mag, nicht in Frage ist, mit den in Betracht kommenden Nationen zu konkurrieren. Für jedes Schiff, das Deutschland baut, kann England zwei bauen und die andern Mächte, die für den Fall eines Seerückes in Betracht kommen, können mindestens dasselbe leisten, was Deutschland leistet. Trotz aller unserer Anstrengungen bleiben sie uns überlegen. Das wird auch allgemein anerkannt. Trotzdem sagt man: es hilft alles nichts, der Weltkampf muß aufgenommen werden, koste es, was es wolle. In den ersten Monaten erschien in der Wiener Revue ein Artikel eines deutschen Offiziers, in dem offen ausgesprochen wurde, mit dieser Marinevorlage wird erst der Anfang gemacht, weitere müssen folgen, aus dem Weltkampf mit den jeudämigen Nationen kann Deutschland nicht mehr herauskommen. Auch die „Revo Forter Handelszeitung“ hat darauf hingewiesen, daß der Flottenplan des deutschen Kaisers die amerikanische Marinevorlage hervorgerufen hat. Genau so wie beim stehenden Heer sehen wir also hier ein Wettrennen ins Unendliche, das den Völkern die größten Lasten auferlegt. — In der Budgetkommission ist uns vom Staatssekretär versichert worden, besondere Umwälzungen seien auf dem Gebiete des Baues von Schlachtschiffen nicht zu erwarten, thatsächlich aber hören wir von neuen Fortschritten, die gemacht

werden. Bei der Erörterung der Frage, woran es liegt, daß Deutschland seine Schiffe leichter baut als England, hat der „Vorwärts“ nachgewiesen, wie bei den Schiffen, die auf Staatswerften im Bau sind, unangeseht Veränderungen, Erweiterungen, Vergrößerungen noch während des Baues vorgenommen werden. Er hat besonders auf den „Fürsten Bismarck“ hingewiesen und auf die Ausrüstung eines höheren See-Offiziers, wonach kein zweites derartiges Schiff mehr gebaut werden soll. Kein Schiff kann gebaut werden, daß, wenn es fertig ist, nicht hinter den modernen Anforderungen zurückbleibt. Ein Oberkonstrukteur hat die Meinung ausgesprochen, daß die ganze Schlachtflotte, wie sie jetzt ist, in 20 Jahren veraltet sein würde. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Das ist die Ansicht sachverständiger Leute, der Reichstag aber ist bereit, sich mit kolossalen Ausgaben für mehrere Jahrzehnte festzulegen. Beim stehenden Heer sehen wir dieselbe Erscheinung und die Verbesserung der Gewehre, Geschütze, der Sprengstoffe und Befestigungen ruht niemals. Die Kriegstechnik wirft alles bisherige über den Haufen, neue Methoden greifen Platz; es ist mit diesen Ausgaben ähnlich wie mit den Ausgaben des Berliner Magistrats im Revolutionsjahr 1848, als er den beschäftigungslosen Arbeitern die Aufgabe stellte, die Reichsberge abzutragen. Auf dem militärischen Gebiet sehen wir im großen denselben Vorgang, nur daß ganz andre Summen hier verbräutet werden. Für derartige unproduktive Ausgaben werfen wir Hunderte von Millionen thatsächlich ins Wasser.

In der Kommission ist für die Flottenvermehrung geltend gemacht worden, daß die deutschen überseeischen Interessen im Laufe der Jahre bedeutend zugenommen hätten. Sie werden jetzt auf 7000—7500 Millionen Mark geschätzt mit einem jährlichen Ertrag von 420—450 Millionen Mark. Davon sind aber allein 2000 Millionen Mark deutschen Kapitals in den Vereinigten Staaten investiert. Wie aber kann man aus dieser Thatsache folgern, daß wir eine größere Flotte brauchen? Haben wir denn bisher bei einer Militärvorlage zur Begründung ihrer Notwendigkeit gehört, sondern Millionen deutschen Kapitals sind in Rußland, Oesterreich, Spanien oder der Türkei festgelegt und um sie zu sichern, brauchen wir neue Soldaten. Das ist nie geschehen, obwohl es sich bei diesen europäischen Ländern um ganz andere Summen deutschen Geldes handelt, die dort investiert sind. Rein die Sicherung dieser Interessen ist die Aufgabe einer richtigen internationalen Politik. Wenn England seine Seemacht nach der Höhe des englischen Kapitals einrichten wollte, das in der ganzen Welt untergebracht ist, dann müßte es eine siebenfach so starke Flotte haben, als es heute hat. Es ist thöricht, in dieser Weise die internationalen Beziehungen pflegen zu wollen. Es ist ein außerordentlicher Widerspruch, daß man auf der einen Seite die internationalen Beziehungen pflegen will und auf der andern Seite bestimmte Verprechungen macht, wie es die Regierung in der Kommission gethan hat. Da wurde an sie von den Abgeordneten die Frage mit dem deutlichen Hinweis darauf gestellt, daß man, wenn keine klare Antwort gegeben würde, gegen die Flotte stimmen wollte, ob sie gewillt sei, für einen größeren Zollsatz der deutschen Landwirtschaft bei den nächsten Handelsverträgen zu sorgen. Es handelt sich um eine Erhöhung der Getreidezölle, und wir bekennen ja gar nicht, daß eine solche Erhöhung für gewisse Teile der deutschen Landwirtschaft vorteilhaft sein mag. Der deutschen Arbeiterklasse kann aber nicht zugemutet werden, daß sie sich für eine Flottenvorlage begeistert, wenn gleichzeitig eine Erhöhung der Getreidezölle in Aussicht gestellt wird. (Sehr gut! links.) Keinem Arbeiter wird man klar machen können, daß er irgendwelchen Vorteil davon hat. Diese Handelspolitik aber, die zweifellos eine Mehrheit im Reichstag hinter sich hat, wird dazu führen, daß Oesterreich, Rußland, die Vereinigten Staaten und auch England auch ihrerseits Forderungen stellen werden. Wir sollen die Flotte verstärken, um die Handelsbeziehungen zu heben und zu schützen, und gleichzeitig wird eine Zollpolitik in Aussicht gestellt, die nur auf eine Schwächung des deutschen Handels hinauslaufen kann. (Sehr gut! links.)

Auf der andern Seite muß die kolossale Steigerung der Ausgaben in Betracht gezogen werden, die uns zugemutet wird. Mit den vielen Millionen, deren Ausgabe in der Vorlage in Aussicht genommen ist, ist es allein nicht gethan. Schon jetzt sehen wir, daß die Baukosten für Schiffe erheblich gestiegen sind. Im Laufe der nächsten 15, 20 Jahre wird diese Steigerung noch erheblicher sein, so daß der Anschlag weit überschritten wird. Ich hege auch keinen Zweifel daran, daß die Auslandsschiffe in wenigen Jahren bewilligt werden wird, die neue Ausgaben verursacht. Hierzu treten die neuen Ansprüche der Militärverwaltung, die mit Sicherheit zu erwartende Steigerung des Pensionsfonds und der Reichsschuld. Auch die Kolonialausgaben werden steigen. In diesem Jahre ist der Bau einer offiziellen zentralen Bahn abgelehnt, aber im nächsten Jahre wird die Forderung wiederkommen. Hierauf tritt das Verlangen nach sogenannten Marinepunkten und Kohlenstationen. Wir gehen ja überall auf die Erde. (Weiter!) Hierzu kommt der Erwerb neuer Kolonialgebiete, und was die Kosten, haben wir ja bei den Marianen, Karolinen und Ostasien erfahren. Wir sehen also einem Heer von Ausgaben gegenüber, dessen Größe noch gar nicht zu übersehen ist. Auf der andern Seite aber leiden die Kulturanlagen Schaden. In den Tagen, als die Kommission über die Vermehrung der Flotte beriet, wurde bekannt, daß die Hafenanlagen von Memel in so traurigen Zustände sind, daß der Untergang des Handels und damit der Stadt Memel sicher sei. Durch die Zeitungen ging dann weiter die Nachricht, daß in Chiwo 300 katholische Kinder nicht unterrichtet würden, weil es an Lehrkräften und Klassen für sie fehle. Und da ist der deutsche Reichstag bereit, Hunderte von Millionen für Zwecke auszugeben, deren insurrelle Natur ich durchaus bestreite.

Und wie wird für diese ganze Vorlage bis in die letzten Tage gearbeitet? In der Kommission haben die Anhänger der Vermehrung selbst zugeben müssen, daß die Flottenkommission von ihnen nicht gebilligt würde und nicht geeignet sei, die Sympathie für die Flottenvermehrung zu erhöhen. Das Nos plus ultra in Bezug auf ungeschickte Flottenkommission ist vor kurzer Zeit unten am Rhein passiert, als das Torpedobootschiff hinunter geschickt wurde. (Weiter! links.) Es wird behauptet, das sei geschehen, um die Centrumswahlkreise, die am Rhein liegen, für die neue Flottenvorlage zu gewinnen (Weiter!); man scheint ja auch Erfolg gehabt zu haben, wird doch erzählt, daß ein Bäuerchen aus der Kölner Gegend, als er die Torpedoboote sah, meinte: „Ja, wenn der Kaiser nur so kleine Schiffe hat, müssen wir ihn schon größer schaffen.“ (Große Weiter!) Wir schwimmen in Deutschland ja jetzt in einem wahren Festnetz. Keine Woge vergeht, ohne daß feste gefeiert werden. Das Ausland muß ja glauben, Deutschland schwimme in einem Ledermatras von Meistern und lebe in dalei jubilo.

Sie begreifen, daß wir nicht dem § 1 zustimmen können. Wir sehen in den steigenden Klüftungen jetzt auch zur See nur eine außerordentlich bedenkliche Verhärtung der nationalen Gegensätze. (Rebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Im Dezember 1891 sagte Caprivi: „Ich halte es nicht für unmöglich, daß eine Zeit kommen wird, wo die Staaten einsehen werden, daß sie Klüftungen zu thun haben, als sie gegenseitig das Blut auszuwringen, weil sie alle Kräfte anspannen müssen, wenn sie im wirtschaftlichen Kampf mitkommen wollen. Das ist auch unser Standpunkt. Bringen Sie uns eine Vorlage, wodurch Wohlfahrt, Handel und Verkehr gehoben und Deutschlands Ansehen im friedlichen Wettbewerb der Völker gestärkt wird, dann werden wir Ihnen zustimmen. Für eine solche Vorlage aber, wie die gegenwärtige, sind wir nie und nimmer zu haben.“ (Rebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Graf v. Stolberg (L.):

Dah in der Agitation für die Flotte manches Ungelesene unter-
taufen ist, will ich nicht leugnen. Was hat denn das aber mit der
Flotte selbst zu thun? Nichts! Wenn die ungeschickte Agitation
übrigens der Flotte Abbruch getan haben soll, so misste sich doch
darüber Herr Bebel freuen. Sie sind in der Vorlage ganz der Re-
gierung gefolgt. Ich gefesse ganz offen, wir hätten am liebsten
heute die Auslandschiffe mit bewilligt. Da aber die Regierung
vorläufig darauf verzichtet, wollen wir auch darauf verzichten.
(Sachen links.) Nachdem die Schiffsflotte in Sicherheit gebracht
ist, können wir ja in Bezug auf die Entwicklung der
Auslandsflotte vollkommen beruhigt sein. Auch nach anderer
Richtung hin sind wir beruhigt. Die Opposition gegen Heeres-
verstärkungen ist in den letzten Jahren zusehends schwächer geworden.
In dieser Ueberzeugung haben uns die mit außerordentlicher Sachlich-
keit und Ruhe geführten Verhandlungen in der Budgetkommission
bestärkt. Wir haben daraus die Ueberzeugung gewonnen, daß auch
die freimüthige Volkspartei, mag sie es sagen oder nicht, bewußt oder
unbewußt von der nationalen und patriotischen Flutwelle mit fort-
gerissen ist. Ich gehe sogar noch einen Schritt weiter und behaupte,
daß, wenn die sozialdemokratischen Wähler geheim abstimmen könnten
(Sachen bei den Sozialdemokraten), diese Abstimmung ein Resultat
zeitigen würde, das den sozialdemokratischen Führern sehr unangenehm
sein würde. (Erntens Sachen bei den Sozialdemokraten. Auf:
Sachen bei den Sozialdemokraten.) Herr Bebel hat dann einen größeren Erlauf
auf das Gebiet der ausländischen Politik gemacht. Ich kann ihm da
nur mit Reserve folgen. Es versteht sich, daß ein Mitglied einer
Regierungspartei in solchen Dingen zurückhaltender sein muß, als
ein Mitglied einer ausgesprochenen Oppositionspartei. Eine eigen-
tümliche Ironie des Schicksals lag aber darin, daß sich Herr Bebel
auf eine Aeußerung des Fürsten Bismarck berief. Solange Fürst
Bismarck lebte, hatte er wohl keinen entschiedeneren Gegner als den
Abg. Bebel. Die Verurteilung auf ein vor 20 Jahren gefallenes Wort
des Fürsten Bismarck ist aber ganz hinfällig. Denn gerade
Fürst Bismarck hand sich nie an ein Schema, er that
in jedem Augenblick das, was ihm richtig erschien.
Herr Bebel sieht einen Widerspruch darin, daß wir gleichzeitig die
überseeischen Interessen fördern und zu Hause Säugzoll-
politik treiben wollen. Beides ist aber durchaus zu vereinen und
birgt gar keinen Widerspruch in sich. Ein sprechender Beweis für
meine Behauptung ist die nordamerikanische Union. Die Einwände
des Abg. Bebel mit dem Fortschreiten der Schiffstechnik sind gänzlich
hinfällig. Wären sie richtig, so dürfte man überhaupt keine Schiffe
bauen, dürften auch die andern Staaten keine Schiffe bauen. Herr
Bebel meinte, wenn wir ein Schiff bauen, wird England zwei bis
drei Schiffe bauen. Ich weiß nicht, ob England so viel mehr Schiffe
bauen kann, so viel weiß ich aber, daß es sie nicht bemannen kann.
(Sehr richtig! rechts.) Allein entscheidet die Zahl in einem Kriege
aber schließlich auch nicht. Ich will nicht ruhmredig sein. Aber es
ist klar, daß ein Sieg nur das Resultat der Mühe und Arbeit ist,
die in Friedenszeit auf die Arme oder die Marine verwendet
werden ist. Wenn wir 1870 die Franzosen geschlagen haben, so
haben wir es zum guten Teil dem Umstande zu verdanken, daß sie
nicht die gleiche Sorgfalt wie wir auf die Ausbildung der Arme
im Frieden gelegt haben. Ich will nicht ruhmredig sein, aber sicher
ist, daß in keiner Marine der Welt sorgfältiger und
fleißiger gearbeitet worden ist, als in der deutschen Marine.
(Sehr richtig! links.) Ich will nicht hoffen, daß unsere
Marine je zum Kampf gerufen wird. Sollte sie es aber einmal
werden, so wird sie siegen oder ehrenvoll untergehen. (Lebhafter
Beifall rechts.)

Abg. Wassermann (natl.):

Ich kann kurz sein. Das Thema ist nach allen Richtungen er-
schöpft. Der heute nicht für die Flottenverstärkung ist, wird durch
die Diskussion nicht belehrt werden. Herr Bebel ist eben nicht zu
überzeugen. Andererseits ist eine erhebliche Mehrheit für die Flotten-
vorlage gestimmt. Als eine Verbesserung sehen wir die Verarmung
der neuen Vorlage mit dem Gesetz von 1897 an. Auch will ich kon-
statieren, daß in der Vorlage das Statut des Reichstags durchaus
gewahrt ist. Es sind diejenigen Garantien gegeben, die wir zu ver-
langen haben. Die heutige Rede des Abg. Bebel entspricht
seinem Verhalten in der Budgetkommission. Aber auch da ist ihm
schon vorgehalten worden, daß seine eignen Parteifreunde in Frank-
reich zur Flottenvorlage eine wesentlich andre Stellung eingenommen
haben. Insbesondere ist auf das Verhalten des sozialdemokratischen
Haudefontaines Milleraud hingewiesen worden. Daß Deutschland
Stellung sich derartig geändert hat, daß es notwendig zu einer Ver-
stärkung der Flotte schreiten muß, das ist auch in zahlreichen ameri-
kanischen Presstimmen anerkannt worden. Selbst in einer so zweifel-
los sozialdemokratischen Zeitschrift wie der „Neuen Zeit“ ist in
einem Artikel auf die Gefahr, welche uns von den
englischen imperialistischen Operationen droht, hinge-
wiesen worden. In ähnlicher Weise hat sich auch die dem Ab-
geordneten Schoenlank nachsehende „Leipziger Volkszeitung“ über
die von England her drohenden Gefahren ausgesprochen. Es heißt
dort, daß der englische Imperialismus zu Gefahren führe, die gar
nicht abzusehen sind, und daß dieser englische Imperialismus nicht
etwa eine Erfindung der Flottenschwärmer, sondern wirklich That-
sache sei. Was Herr Bebel über die stetigen Fortschritte der Schiff-
bau-Technik gesagt hat, ist bereits von dem Herrn Vorredner wider-
legt worden. Es ist selbstverständlich, daß unsere Marine-
verwaltung sich diese Fortschritte der Technik nutzbar machen
wird. Wir sind deshalb bereit, für den Paragrafen in der
Kommissionsfassung zu stimmen. Nur die Diplomatie kann
Erfolge haben, die außer ihrer Kunst die genügende Macht im
Hintergrunde hat. Die Flotte wird ein Wahrzeichen für die Nationen
sein, mit denen wir im Wettbewer stehen, daß wir nicht gewillt
sind, die deutsche Ehre aufzugeben zu lassen, daß Volk und Regierung
von der Notwendigkeit überzeugt sind, daß Deutschland auch zur
See stark sein muß. Deutschland hat gezeigt, daß es trotz
seiner starken Arme nur Friedenspolitik getrieben hat. Von
demselben Gesichtspunkte aus betrachten wir die Flotten-
vermehrung. Auch unsere Flotte wird nur ein Hort des
Friedens sein. Im deutschen Volk ist die Ansicht von der
Notwendigkeit der Marineverstärkung in ständigen Wachsen begriffen.
Das hat die Begeisterung deutlich gezeigt, welche unsere Torpedo-
flottillen am Rhein gefunden hat, über die Herr Bebel spotten zu
können geglaubt hat. Ich muß sagen, daß mich neben dieser Be-
geisterung auch die Begeisterungsfähigkeit (große Heiterkeit) unserer
Marinesoldaten auf dieser Reise mit Freuden erfüllt hat. Die Er-
kenntnis, daß uns eine starke Flotte nicht thut, wird auch den Faktor
bilden, der die Vorlage hier zur Annahme gelangen läßt. (Beifall
bei den Nationalliberalen.)

Abg. Gröber (L.):

Herr Bebel hat es für notwendig gehalten, dem Berichterstatter
der Kommission den Vorwurf zu machen, daß er hier so kurz über
die Verhandlungen der Kommission berichtet habe. Ich muß diesen
Vorwurf zurückweisen. Der Referent hat einen ausführlichen schrift-
lichen Bericht erstattet, er darf seine eigne Meinung nicht zum Aus-
druck bringen, wir können ihm also nur danken, daß er die Zeit des
Reichstags nicht unnützlich in Anspruch genommen hat. (Sehr richtig!
im Centrum.) Herr Bebel hat dann einen großen Teil seiner Rede mit
einer Polemik gegen das Centrum ausgefüllt. Er hat an das Wort des
Abg. Schäbler angeknüpft, der die neue Vorlage einen völligen Um-
sturz der alten Vorlage nannte, und hat dann auf meine Partei los-
geschlagen, daß sie wieder einmal umgefallen sei. Aus der da-
maligen Rede meines Freundes Schäbler hat heute Herr Bebel eine
Ablehnung der Vorlage herausgeholt. Unter dem frischen
Eindruck der Rede Schäblers vom 8. Februar, als er ihm
am 10. Februar darauf erwiderte, hatte Herr Bebel über
diese Rede aber eine ganz andre Meinung gehabt. Es
ist wirklich merkwürdig, wie er in nicht ganz vier Monaten seine An-
sicht so ganz ändern kann. Damals sagte Herr Bebel: „Ich verstehe
nicht, wie Herr Graf Schwerin aus der Haltung des Herrn Schäbler
eine feindselige Haltung gegenüber der Vorlage herauslesen kann.
(Sehr richtig! links.) — Also Herr Bebel war nicht der einzige, der
damals diese Auffassung von der Rede des Herrn Schäbler hatte.

(Sehr gut! im Centrum.) Herr Bebel fuhr fort: „Herr Schäbler
hat für jeden deutlich und hörbar durchblicken lassen, daß an eine
pure Ablehnung im Centrum nicht gedacht wird.“ (Sehr gut! im
Centrum.) Heute dagegen wirft uns Herr Bebel einen Umfall vor. Die
scharfen Worte, die Herr Schäbler damals fand, bezogen sich auf die
Regierungsvorlage, die ist aber doch ganz wesentlich umgestaltet worden.
(Sehr richtig! im Centrum.) Freilich, Herr Bebel sagt „bis auf
einige Kleinigkeiten.“ Diese Kleinigkeiten bedeuten aber gegenüber
der Vorlage eine Ersparnis von 300 Millionen. (Hört! Hört! im
Centrum.) — Maßgebend für unsre Haltung ist auch, daß das Staats-
recht des Reichstags jetzt in angemessener Weise gewahrt wird. Ein
Teil meiner politischen Freunde haben früher gerade aus dem Grund
gegen die Vermehrung der Flotte gestimmt, weil sie die Regelung
der etatsrechtlichen Frage nicht für zureichend hielten. (Sehr richtig!
im Centrum.) Jetzt haben wir vollständig freie Hand, in jedem
Jahre zu bewilligen, was wir für notwendig halten, eine gezielte
Bindung nach irgend einer Richtung hin giebt es für uns nicht.
Endlich, das ist das wichtigste für uns, ist in dem geltenden Gesetz
für die Deckungsfrage nur eine negative Lösung gefunden, während
durch die Kommissionsbeschlüsse das Programm ausgeführt wird,
das uns immer vorschwebte, indem durch spezialisierte Steuergesetze
die Lasten der Flottenvermehrung den leistungsfähigen Schultern
aufgelegt werden. — Solchen Verbesserungen gegenüber sind wir
wohl berechtigt, uns mit der Vorlage einverstanden zu erklären, ohne
daß man uns einen Umfall vorwerfen könnte. Herr Bebel hat auf
einzelne unserer Organe verwiesen, in einem derselben habe ge-
standen: „man solle es lieber auf eine Reichstagsauflösung an-
kommen lassen.“ Das beweist aber nur, wie selbständig, wie unab-
hängig unsere Presse ist. Uebrigens ist dasselbe Organ
in letzter Zeit ganz unserer Ansicht beigetreten. Es wäre
billig gewesen, wenn Herr Bebel auch dieses citiert hätte. —
Aus welchen Gründen hat sich denn eigentlich Herr Bebel gegen die
Flottenvermehrung erklärt? Am 10. Februar sagte er: wir lehnen
die Vorlage ab, weil sie eine Stärkung des Systems bedeutet, das
wir bekämpfen, weil sie von einer Regierung gefordert wird, zu der
wir kein Vertrauen haben, weil wir eine bessere Verwendung der
Mittel wünschen und mit der Art der Aufbringung der Mittel nicht
einverstanden sind.

Dies sind doch alles Gründe, die aus der Vorlage selbst nicht
gekommen sind, sondern allgemeine politische Erwägungen, die man
schließlich fast gegenüber jeder Vorlage der verbündeten Regierungen
mit wenigen Ausnahmen geltend machen kann. Die Frage der Auf-
bringung der Mittel ist ja in befriedigender Weise gelöst. — Wenn
wir für die Vorlage eintreten, was uns nicht leicht geworden ist, so
deshalb, weil wir uns sagen, die beständige Erweiterung des wirt-
schaftlichen Wettbewerbs unter den Nationen führt uns leicht zu
Konflikten mit andern Völkern. Es mag gelingen und wird hoffent-
lich gelingen, manche dieser Konflikte auf friedlichem Wege
beizulegen, aber für den Fall, daß dies nicht gelingt, müssen wir
so vorbereitet sein, daß wir nicht von der Gnade anderer
Völker abhängen. (Bravo! im Centrum.) Der zweite Grund,
weßhalb wir für die Flottenvermehrung eintreten, liegt darin, daß
es sich herausgestellt hat, daß leistungsfähige Kreise in der Lage sind,
die Kosten zu tragen.

Die Parteigenossen des Herrn Bebel in Frankreich sind in Bezug
auf die Flottenvermehrung ganz anderer Ansicht. Dort kann die Re-
gierung gar nicht genug thun, um den Wünschen der Sozialdemo-
kraten in Bezug auf die Flottenvermehrung nachzukommen. Wenn
so auf allen Seiten gerufen wird, dürfen wir nicht zurückbleiben.
(Bravo! im Centrum.)

Abg. Richter (fr. Sp.):

Graf Stolberg hat behauptet, die diesmaligen Verhandlungen
über die Flottenvorlage seien so ruhig verlaufen, wie nie zuvor.
Als langjähriges Mitglied der Budgetkommission muß ich ihm
erwidern, daß es immer so gewesen ist, wie diesmal. Graf
Stolberg ist mir selbst älter geworden und hat an Ruhe und
Objektivität im politischen Kampfe gewonnen. (Heiterkeit
links.) Der Gegenjah in Marinestragen ist erst seit 1897 so
lebhaft hervorgetreten. Früher sind nie so starke Zumutungen
an den Reichstag gestellt, nie ist ihm angeeignet worden,
sein Einrecht einzuschränken. Graf Stolberg sprach von
einer politischen Flutwelle, die auch Teile meiner Partei berührt
habe. Es sind allerdings sehr viel Schaufelräder von der obersten
Stelle bis zum letzten Bürgermeister herab in Bewegung gesetzt
worden (Heiterkeit links), aber die Wellenbewegung, die entstanden
ist, war nicht so stark, als die Wellen, die die Torpedoboote
auf dem Rhein erregt haben. (Heiterkeit.) Die Land-
bevölkerung besonders sieht der Flottenvermehrung außer-
ordentlich Miß gegenüber. Was hat sich denn eigentlich
in letzter Zeit auf dem Wasser ereignet? Eigentlich bloß die
Fahrt der Torpedoboote-Flottille. Die Amerikaner haben ihre
Steger von Manila und St. Jago allerdings nicht so geehrt,
als bei uns die Besatzung dieser Torpedoboote von reichs-
und kommunalwegen geehrt wurde. (Heiterkeit links.) Es müssen
trunkene Leute sein, diese Besatzung (Heiterkeit), und es ist grausam,
sie nicht abzuschützen. Nichts ist belustigender als zu ertragen, als
eine Reihe von guten Tagen. (Heiterkeit links.) Ich frage nun: was
bezeichnet man eigentlich mit dieser Fahrt der Torpedoboote? Die
Torpedoboote bleiben ja ganz außerhalb der Flottenvermehrung.
Es liegt mir fern, die Abträge des Centrums zu überschätzen, ich
will sie aber auch nicht unterschätzen. Von der Gesamtsumme sind 16 Proz
abgezogen. Die Vermehrung der Auslandschiffe ist abgelehnt. Dabei
wurde doch ursprünglich gerade behauptet, daß seit 1898 Ereignisse
eingetreten seien, die die Vermehrung der Auslandschiffe notwendig
machten: das war das, was man Weltpolitik nennt, d. h. liberal
dabei sein wollen, was etwas los ist, insofern auf jeden Längen-
und Breitengrad ein Auslandschiff zu setzen, sowie an jeder Ecke
in Berlin ein Schutzmann steht. (Große Heiterkeit links.) Nun, diese
Weltpolitik ist durch die Streichung der Auslandschiffe nicht gerade
ernannt worden. Das Centrum hat ausdrücklich betont, daß es
sich dabei nicht um eine Verzögerung, sondern um die Ablehnung
dieser Forderung ohne Präjudiz für die Zukunft handelt. Nun wird
behauptet, die Regierung würde später Gelegenheit finden, noch mehr
zu fordern als jetzt. Ich finde aber, daß je mehr hier bewilligt wird,
desto mehr nachher noch verlangt wird. (Sehr richtig! links.) War 1898
nicht alles so glatt bewilligt worden, dann würde jetzt nicht so viel
gefordert werden. Die Regierung hat erklärt, daß ein Verzicht
auf die Auslandschiffe bis 1917 für sie ausgeschlossen sei, wohl
aber sei es möglich, bis 1908 zu warten. Die Regierung kann sich
in der That nicht verschwinden, daß sie künftig mehr verlangt, wie
wir uns nicht verschwinden können, daß wir künftig mehr be-
willigen. Das hängt alles ab von der Entwicklung der
Verhältnisse. Was unterscheidet uns denn eigentlich grundtätlich
von den Anhängern dieser Vorlage. Wir wollen nicht früher
bewilligen, als der Beginn der Bauten es erforderlich macht. Bei
der Vermehrung der Auslandschiffe wird dieser Standpunkt als richtig
bezeichnet. Dann muß er aber auch zureichend sein, soweit es sich
um die Vermehrung der Schiffschiffe handelt. Der Unterschied ist
aber nur der: die Regierung denkt, Schiffschiffe bekommt man hier
weniger leicht bewilligt als Auslandschiffe. (Heiterkeit.)

Es ist charakteristisch für dies Gesetz, daß es nicht zur
Verstärkung der Wehrkraft dient, sondern zur Verstärkung der
Machtbefugnis der Regierung gegenüber dem Reichstag. Dem
Ausland imponieren ja nicht die Zukunftschiffe, die 1910 gebaut
werden sollen, sondern nur die, die man hat. Wenn man jetzt schon
erklärt, was man 1910 bauen will, dann alarmiert man nur das
Ausland und regt es an, diese Vermehrung durch Vermehrung der
eigenen Flotte wieder weit zu machen.

Es wird gesagt, hier handle es sich nur um ein Programm,
nicht um eine Bindung des Staatsrechts. Herr Gröber hat sogar
gefunden, daß es gar nicht schöner gemacht werden könnte
und daß der Reichstag freie Hand habe. Thatsächlich aber
bedeutet die Vorlage eine Marschroute, von der der Reichstag
nicht mehr abweichen kann. Nur die einzelnen Marschstage
und Verzweigungsportionen sind noch nicht festgelegt. Aber das sind
ja auch Rebenwege. Auch wenn dies Gesetz abgelehnt werden sollte,
schreibt der Paragraph im Flottengesetz von 1898, der den Ersaf-

bau der Schiffe regelt, eine gebundene Marschroute vor. In den
nächsten Jahren müßten danach, auch wenn dies Gesetz nicht angenommen
wird, 17 Linienchiffe, 10 große und 20 kleine Kreuzer und 12 Torpedo-
boote als Ersatz gebaut werden. Den Jiffen über die Seefläche anderer
Staaten stehe ich skeptisch gegenüber. Ich glaube, daß darin viel
mehr sogenannte alte Kästen figurieren als bei uns und daß
auch der Umbau der Schiffe dort nicht so energisch betrieben wird,
wie bei uns. Die Zahlenwelt ohne Rücksicht auf die Individualität
des Staats, die wir bei der Heeresvermehrung immer setzen, wird
auch aufs Wasser übertragen, aber der Vergleich der Zahlen der
Kriegsschiffe ohne Berücksichtigung der verschiedenen Verhältnisse, vor
allem der geographischen, hinkt vollkommen.

Das, was Herr Bebel über unsre Politik gegen England gesagt
hat, unterschreibe ich im großen und ganzen. Je enger sich die wirt-
schaftlichen Beziehungen der Staaten untereinander verflechten, desto
mehr hütet man sich vor kriegerischen Zusammenstößen. Schiebt
man auf einen Gegner, so tötet man einen Konsumenten, oder man
vernichtet einen Produzenten, der Gegenstände herstellt, die im eignen
Land nicht so billig herzustellen sind.

Herr Gröber meint: Sind wir in der Lage, eine stärkere Flotte
zu bezahlen, so müssen wir sie auch bauen. Ja freilich, an sich ist
ein Mehr von Kriegsschiffen kein Uebel, wenn sie nichts kosten
würden. Aber sie fallen doch nicht aus der vierten Dimension auf
uns herab. Es ist im Leben höchlich eingerichtet, daß alles Geld
kostet, und die Mehrseite der Bewilligung neuer Kriegsschiffe
sind die Steuergesetze, die das Centrum präsentiert. Da
müssen wir fragen: Stehen denn die Kosten im Verhältnis
zum Nutzen? Die Flottenvereine freilich, die können bewilligungs-
eifrig sein. Die Anzeigen für Telegramme an die allerhöchste
Person ist alles, was ihnen die Flotte kostet. (Heiterkeit.) Wir
aber haben viel mehr zu bezahlen. Nach den Abstrichen beitragen
die Mehrkosten 1 1/2 Milliarden, und ob die Steuern in dieser oder
jener Form erhoben werden, immer muß das Geld aus dem Volks-
vermögen beschafft werden. In den nächsten Jahren stellt
die wirtschaftliche Entwicklung an uns besonders hohe Auf-
gaben. Wir treten in eine Periode ein, wo die Elektricität in
ungehörter Weise Verwendung finden wird. Hierzu gehören neue
Kapitalien, und je mehr die Beschaffung von Kapital zu andern
Zwecken in Konkurrenz tritt, um so mehr wird unsere Konkurrenz mit
andern Völkern erschwert, die leichter im Stande sind, Kapital für
neue produktive Zwecke zu verwenden.

Die Schiffs- und Hafenbauten entziehen in den nächsten Jahren
24—30 000 Arbeiter der Industrie. Je mehr hier der Bedarf steigt,
desto mehr zieht die Industrie Arbeiter vom Lande heran. Das be-
deutet eine Steigerung der Leutenot. Die Denkschrift für die
Flottenvermehrung weist auf die deutschen Kapitalanlagen in über-
seeischen Ländern hin. Es ist eine merkwürdige Fügung, daß aus
derselben Kommission, der diese Denkschrift vorlag, der Gedanke hervor-
gegangen ist, durch Erhöhung der Stempelfeuer die Ueberlegung
deutscher Kapitalien in auswärtigen Ländern zu erschweren.
Weiter werden neue Schiffahrts-Abgaben verlangt. Ist es Bos-
heit oder Zufall, daß im Kommissionsbericht mitgeteilt wird, daß
die Vereinigten Staaten von amerikanischen Schiffen nicht nur keine
Abgaben erheben, sondern ihnen sogar Prämien geben? Zu einem
Flugblatt für die Flottenvermehrung, das Kreisblättern bei-
gelegt ist, wird auf den Wert der Flotte für die Sicherung der
Zufuhr von Konserven und Wachsenfleisch hingewiesen. (Heiterkeit.)
Die Regierung, die vor den Agrariern kapituliert hat, vertreibt
derartige Flugblätter, und solche Widersprüche häufen sich. Wenn die
Politik des Grafen Posadowsky weiter geht, dann wird der neue Zoll-
tarif thatsächlich Einfuhrverbote für alle landwirtschaftlichen Pro-
dunkte des Auslands enthalten. Wie reimt sich das mit der Flotten-
vermehrung zusammen? Die Sicherung der Einfuhr der Lebensmittel
wird vollkommen gegenstandslos. Man hat uns granlich gemacht
mit der Blockadefahrt. Die Zollpolitik, die wir jetzt inauguriert
und schrittweise vollziehen, wird zu einer Blockade unserer
Grenzen, nicht im Kriege, sondern im Frieden, nicht durch
das Ausland, sondern durch uns selbst führen. (Bravo! links.)
Herr Treppe soll Wert darauf gelegt haben, daß die Be-
ratung der Flottenvorlage in diesem Jahr erledigt wird
und nicht mit der Beratung eines neuen Zolltarifs
zusammenfällt. Er hat auch vollkommen recht. Dann würden diese
Gegenstände zu drastisch in die Erscheinung treten. In keinem Lande
ist die Politik so widerspruchsvoll wie bei uns. Daher stammt ja
auch der belannte Ausdruck Ritzschdars. Die Handelsverträge sind
vor einigen Jahren als rettende That bezeichnet worden, jetzt gelten sie
als Verirrung. Das, was damals als Markt- und Fenster für den
Reichstag bezeichnet wurde, wird jetzt unterwühlt und abgetragen. Und
hierzu kommt die phantastische auswärtige Politik. Angesichts
aller dieser Widersprüche haben wir noch weniger Vertrauen zur
Regierung am Schluß der Beratung als am Anfang, wir stimmen
daher gegen den § 1. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Graf Arnim (Sp.):

Die Fahrt der Flottille hat am Rhein außerordentlichen
Enthusiasmus erregt. (Oho! und große Heiterkeit links.) Die
Hurraufe waren viel größer und bedeutender als ihr Lachen.
(Schämige Heiterkeit links.) Gerade die Ereignisse der letzten zwei
Jahre haben Anlaß zur Vergrößerung der Schiffsflotte genug
bieten. Herr Richter hat das Septemat als Anekdote des Budget-
rechts bezeichnet. Jetzt behauptet er dasselbe von dieser Vorlage.
Früher wurde immer von ulerlosen Flottenplänen gesprochen, während
man jetzt mit einem ganz bestimmten Programm kommt. Ohne
ein solches Programm ist eine gleichmäßige, stetige Entwicklung
unser Flotte gar nicht möglich. Nichts ist aber von
größerm Vorteil gerade für die Arbeiter, als eine
solche stetige Entwicklung. Ich bin überzeugt, daß das
homerische Geschicht, von dem der „Vorwärts“ einmal sprach, nicht
ausbrechen würde, wenn man den Arbeitern die Frage vorlegen
würde, ob sie für die Flottenvorlage sind. Diese Vorlage ist geeignet,
den Arbeitern zu beweisen, wo in Wirklichkeit ihre Freunde sind.
(Sachen links.) Wenn Hunger und Not über die Arbeiter kommt,
weil sie nicht zu thun haben, dann blüht vielleicht
Ihr Weizen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Und
wenn auch vielleicht das Brot ein klein wenig teurer
wird, — was nützen den Arbeitern billige Brotpreise, wenn
sie keine Arbeit haben! Auch Herr Milleraud (Heiterkeit.) Zurufe
bei den Sozialdemokraten: Milleraud! ist ja für die Flotten-
vermehrung und der wird doch sicher nicht den Interessen der
Arbeiter entgegengetreten. Also gerade im Interesse der Arbeiter und
im Interesse der Wehrkraft unseres Landes werden wir für die Vor-
lage stimmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Hilpert (bayr. Bauernbund)

erklärt, der Vorlage nicht zustimmen zu können, da die Regierung
beim Fleischbeschangeß der Landwirtschaft zu wenig entgegen-
kommen gezeigt habe.

Abg. Richter (fr. Sp.):

Das extreme Agraricum, das der Vorredner vertritt, hat mit
der Ablehnung die richtige Konsequenz gezogen. (Sachen rechts.) Wir
stehen der Vorlage zustimmend gegenüber. Die letzten Ereignisse
auf dem Gebiet der ausländischen Politik haben uns in der Ueber-
zeugung bestärkt, daß wir auch zur See stark sein müssen. Die große
Majorität unseres Volks sieht in dieser Frage hinter uns. (Wider-
spruch links.) Die Flotte ist ein Instrument der ausländischen
Politik, und mit dieser sind wir zufrieden, so sehr wir auch in der
inneren Politik manches anders wünschen. Der Abg. Richter meinte,
die Ablehnung der Auslandschiffe sei eine definitive. Soweit ich
aber den Referenten verstanden habe, hat er nur gesagt, die
Majorität habe erklärt, zur Zeit und vorläufig würden die Auslands-
schiffe nicht benötigt. Auf diesem Standpunkt siehe auch ich. Ich denke,
der Herr Reichstagskanzler wird sich darüber noch näher auslassen (Heiterkeit).
Die Flottenvorlage ist mehr ein Programm als ein Gesetz. Deshalb ist
von einer Verlegung des Staatsrechts mit Recht nicht zu reden. Man hat
vielfach die Frage der Getreidezölle mit der Vorlage verknüpft. Mit der
Vorlage hat diese Frage nichts zu thun. Wir stimmen für die Flotte
und gegen die Getreidezölle. Herr Richter kann sich darauf ver-
lassen, daß wir beim Zolltarif mit ihm wie ein Mann kämpfen

werden gegen die agrarischen Bestrebungen. (Lachen rechts.) Man hat uns Missionspolitiker genannt. Wir wollen nicht anders, als die nationale Wehrkraft stärken. Wir huldigen dem Spruch: Willst Du den Frieden, so rüste den Krieg. (Beifall bei der freisinnigen Vereinigung.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg:

Ich will Herrn Richter auf die grünen Hüten des Rheins nicht folgen, auch nicht untersuchen, ob sein politischer Kurs ein anderer geworden wäre, wenn er feinergeist als Bürgermeister von Neuwied besteuert worden wäre. (Lachen links.)

Präsident Graf v. Valleström: Ich ersuche den Redner, nicht Privatverhältnisse anderer Redner zu berühren. (Heiterkeit.)

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Ant.) (fortfahrend): Ich wollte mit dieser Einleitung auch nur zu der Erklärung überleiten, daß meine Parteifreunde und ich in der zweiten Lesung für den § 1 stimmen werden, und aber für unsere endgültige Abstimmung freie Hand behalten, je nachdem die Deckungsfrage nach unsern Wünschen geregelt wird oder nicht.

Abg. Veibel (Soz.):

Daß der Abg. Gröber den Versuch machen würde, seinen Fraktionsgenossen, den Abg. Müller-Judva als Referenten gegen meinen Vortritt in Schutz zu nehmen, hatte ich erwartet. Ob es ihm aber geglättet ist, ist eine andre Frage. Wenn er auf seine Rechte als Referent der Budgetkommission bei Militärvorlagen hingewiesen hat, so besteht der Unterschied darin, daß es sich da um fortgesetzte Reformforderungen innerhalb der alten Heeresorganisation handelt, während es sich hier um ein ganz neue Bahnen eröffnendes Gesetz handelt. Gerade weil es sich um etwas ganz Neues handelt, wäre ein längerer Bericht über die Kommissionsverhandlungen am Platze gewesen — Herr Gröber hat mir dann vorgehalten, daß ich im Februar eine andre Meinung von der Rede Schädler's gehabt hätte als jetzt. Ich habe damals nur der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß das Centrum mit sich handeln lassen und schließlich einen kleinen Teil bewilligen würde. Daß es aber schließlich fünf Sechstel bewilligen würde, das habe ich aus der Rede des Herrn Schädler nicht herausgelesen und es ist interessant, daß gerade der Abg. Gröber heute hier steht, wie überhaupt viele der Herren, die vor zwei Jahren gegen die Flottenvorlage gestimmt haben, heute hier nicht anwesend sind. Ich halte das für keinen Zufall, sondern finde das Fernbleiben dieser Herren ganz erklärlich. — Was nun die von Herrn Gröber citierte Haltung der Centrumspresse anbelangt, so konstatiere ich, daß sich diese Presse bis Mitte Dezember strikte ablehnend verhalten hat. Erst als die Fraktion in der Kommission die Deckungsfrage in den Vordergrund schob, hat die Presse eingeschwenkt. Auf die Dauer kann ja auch eine Presse nicht gegen die Fraktion kämpfen. Freilich nicht alle Centrumsblätter sind flottenfreundlich geworden, die rheinische „Volksstimme“ z. B. verfährt noch heute in ihrer ablehnenden Haltung. Wo die Fraktion hat die Haltung der Presse beeinflusst, nicht die Presse die Haltung der Fraktion. Das Staatsrecht sehe ich durch die Vorlage nicht geändert. Ich stehe hier auf dem Standpunkt des Abg. Richter, der wohl in dieser Frage als hervorragendste Autorität hier im Hause zu gelten hat. Gerade weil die Deckungsfrage mit dem Flottengelei verknüpft worden ist, hat sich der Reichstag der Regierung vollständig ausgeliefert. Wenn § 6 werde ich noch nachweisen, daß die Versprechungen des Centrums bezüglich der Deckung in keiner Weise durch die in der Kommission acceptierten Deckungsvorschläge erfüllt worden. Ich werde an dem Wortlaut der Schädler'schen Rede selbst nachweisen, daß zu den Kosten der Flottenvermehrung die Centrumsblätter und gerade die Kernstimmen beitragen müssen, was im Widerspruch zu dem Centrumsprogramm steht. Vom Centrum haben wir heute dieselben Gründe für die Flottenvorlage gehört, wie sie früher für Heeresvermehrungen von den Konservativen und Nationalliberalen gegen das Centrum angeführt worden sind. Das kommt davon, wenn man sich erst auf die abschüssige Bahn des Militarismus begibt.

Wiederholt ist mein französischer Genosse Millerand hier in die Debatte gezogen worden. Wir waren gar nicht darüber im Zweifel, daß nachdem Millerand in ein bürgerliches Ministerium eingetreten ist, er alle die bösen Dinge mitmachen würde, die ihm jetzt nachgefragt werden. (Große Heiterkeit.) Aber ich verbitte mir ganz entschieden, daß das, was Millerand in Frankreich thut, uns hier folgen in die Schänke geschoben wird. Wir haben uns, soweit wir gefragt worden sind,

und es war das außer mir Lieblucht und Singer, ganz energisch gegen den Eintritt meines Genossen Millerand in das bürgerliche Ministerium erklärt. Wir haben das, was gekommen ist, vorausgesehen und es würde uns ebenso ergehen, wenn einer von uns Kollege der Herren dort oben wäre. (Große Heiterkeit.) — Noch ein paar Worte über den Torpedo-Flottillenpaktel am Rhein. Wo es Schaustellungen giebt, da finden sich immer schaulustige Leute, die begeistert sind. Als hier vor einigen Wochen der Circus Barium u. Balch seinen Einzug hielt, da waren ebenfalls Zehntausende auf den Beinen, die diesen Schaustellungen höchsten Beifall spendeten. (Sehr richtig! und Heiterkeit links.) Aber aus solchen Dingen politisches Kapital zu schlagen, das mag sich für politische Kinder, nicht aber für politische Männer geziemen, und ich bedaure, daß die Regierung zu diesem politischen Kinderspiel ihre Hand geboten hat oder bieten mußte. (Sehr richtig! links.)

Was ich schon bei der ersten Lesung gesagt habe, dabei bleibe ich noch jetzt. Wir brauchen das Geld nötig für Kulturansgaben. Hundert Millionen wären jährlich notwendig für die notwendigsten Wohlfahrts-Einrichtungen. Und nicht 30—40 000 Arbeiter könnten dabei Arbeit finden, nein 100 000 oder 300 000 für lange Zeit. Wenn Sie aber glauben, daß die Arbeiter von dieser Vorlage beunruhigt sind, warum thun Sie das nicht, was ich von Anfang an geraten habe, warum lösen Sie den Reichstag nicht auf. (Sehr richtig! links.) Ich habe diese Auflösung von Anfang an gewünscht. Meine Partei fürchtet die Meinung der Masse nicht. Wir wären mit Vergnügen in den Wahlkampf eingetreten. (Sehr richtig! links) und der Erfolg hätte sich an unsre Fahnen geheftet. Herr Gröber und Herr Baffermann haben auf Stimmen in unserm Lager hingewiesen, die mit unsrer ablehnenden Haltung hier im Widerspruch stehen sollen. Was will es aber für die Flottenvermehrung besagen, wenn in einem unsrer Parteiblätter die egoistische Politik Englands, sein Imperialismus richtig gekennzeichnet worden ist. Wenn das englische Volk erfahren wird, was ihm die Befehung der beiden Republiken kostet, was es auszugeben hat, um die Gewalt dort zu erhalten, dann wird es auch anfangen, über diese Art von Politik ein gewisses Grauen zu empfinden.

Uebrigens herrscht in den oberen Regionen seit einer Reihe von Monaten die wahre Anglomanie. Fortgesetzt gehen Beurlaubungsbescheide bei den Steigen der englischen Truppen ab. Dies Verhalten beweist, daß die 700 Millionen Mark deutsches Kapital, die da unten festgelegt sind, keine Gefahr laufen, wenn die Transvaalstaaten englisch werden. Auch dadurch wird ein Argument gegen die Flottenvorlage geliefert. Wenn eine Gefahr für die deutschen Interessen bestände, dann wäre es ja unbegreiflich, wenn das auswärtige Amt und eine andre Stelle sich fortgesetzt in Zustimmung- und Freundschaftserklärungen für England ergäben.

Kurz, alles was Sie bisher für die Flottenvermehrung vorgebracht, wird im Volk keine Zustimmung finden, und daß Ihre neuen Steuervorlagen keine Sympathie finden, dafür wird unsre Aufklärung sorgen. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Seyl zu Herrnsheim (natl.):

Ich muß mein Bedauern darüber aussprechen, daß die Abgeordneten Veibel und Richter die Vorlegung der Torpedoboote (Heiterkeit links) in dieser Weise besprochen und die rheinländische Bevölkerung auf das schärfste verletzt haben. (Lebhafte Widerspruch links.) Am Rheinstrome haben tausende deutsche Männer, nicht Schuljungen, die dem Barium nachlaufen, und auch Tausende von Arbeitern (Oh! Oh! bei den Socialdemokraten) lebhaft, herzliche Freude beim Anblick der Schiffe empfunden. (Lachen links.) Die Industriearbeiter am Rhein wissen, daß bei der Verteilung der neuen Weltmärkte eine starke Flotte auch in ihrem Interesse liegt. Ich protestiere dagegen, daß die rheinischen Männer, die in warmer Begeisterung unsre Matrosen aufgenommen haben (große Heiterkeit links), mit Schuljungen verglichen werden. (Bravo! bei den Nationalliberalen, im Centrum und rechts.)

Abg. Graf Arnim (Rp.): Ich protestiere (große Heiterkeit links) gegen die Behauptung, daß der Anblick wilder Tiere am Rhein denselben Enthusiasmus erregt, wie der Anblick deutscher Matrosen. (Bravo! rechts. Lachen links.) Auch muß ich Erzeleuz Millerand (Heiterkeit bei den Socialdemokraten) in Schutz nehmen. Ich begreife nicht, weshalb Herr Veibel seinem Kollegen so wenig Selbstständigkeit zutraut.

Abg. Richter (Soz. Sp.):

Auch ich bin ein Rheinländer. (Große Heiterkeit links.) Das Publikum der Torpedoboot-Feste war, von den Behörden abgesehen,

die sich ja begeistern mußten (Heiterkeit links), zwar nicht das barmhertige Publikum, wohl aber das Publikum der großen Carnevalumzüge. (Große Heiterkeit links.) Die Anregung zu der ganzen Fahrt ist ja auch von einer Persönlichkeit ausgegangen, die in laienhaftigen Angelegenheiten großen Einsicht hat. (Erneute Heiterkeit.) Diese Nachricht habe ich aus guter Quelle, dagegen ist es eine Erfindung böshafter Börgler, daß die Torpedoflotte ihre Fahrt den Rhein aufwärts deshalb einstellen mußte, weil die Matrosen so an Körpergewicht zugenommen hatten, daß die Wassertiefe des Rheins für die schwer beladenen Boote nicht mehr genügte. (Stürmische Heiterkeit links.)

Damit schließt die Debatte.

Nach einem Schlußwort des Referenten, des Abg. Müller-Judva (L.), wird § 1 in namentlicher Abstimmung mit 153 gegen 79 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen (Abgeordneten Pingen (L.) und ein Elsäßer) angenommen. Dagegen stimmen geschlossen die Socialdemokraten, die freisinnige und die friburgische Volkspartei, die Polen, der bairische Bauernbund und 8—9 Centrumsabgeordnete, darunter der Abg. Dörschach.

Die Weiterberatung wird sodann auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Außerdem: Internationale Vereinbarung wegen der Pestgefahr und 3. Lesung des Handelsprovisos mit England.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Marktpreise von Berlin am 5. Juni 1900

Ware	Qualität	Preis	Ware	Qualität	Preis
Weizen, gut	D. Gr.	15,25	Kartoffeln, neue, D. Gr.	8—	6,—
„ mittel	„	15,10	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,80	1,20
„ gering	„	15,00	„ do. Band	1,20	1,—
*) Roggen, gut	„	15,15	Schweinefleisch	1,80	1,—
„ mittel	„	15,10	Kalbfleisch	1,80	1,—
„ gering	„	15,10	Hammelfleisch	1,80	1,—
†) Gerste, gut	„	14,80	Butter	2,60	2,—
„ mittel	„	14,70	Eier	60 Stück	3,20
„ gering	„	14,60	Kapfen	1 kg	2,20
††) Hafer, gut	„	15,80	Kale	—	2,80
„ mittel	„	15,30	Rander	—	2,60
„ gering	„	14,80	Beide	—	2,40
Mehl, 1000	—	7,—	Borsche	—	1,80
„ 500	—	10,50	Schote	—	3,—
„ 250	—	40,—	Bleie	—	1,40
Speisebohnen	—	45,—	Reble	per Schot	12,—
Linien	—	70,—			

*) ab Baden Victoria-Speyer. †) ab Bahn und frei Wagen. ††) frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 6. Juni. Getreide. Am Frühlort war das Angebot kaum nennenswert, während die Kaufaufträge für Roggetreide, sowie für Weizen recht ansehnlich gewesen sein sollen. Die bereits gelieferten aus Sachsen und Thüringen vorliegenden Oudres für halbjährige Lieferung konnten nur zu einem Teile befristet werden. Im Weizenmarkt erhielt sich die feste Tendenz. Die Nachrichten vom Auslande lassen erkennen, daß man auch dort nach den bisherigen Saatensandberichten trotz größerer Andau-lächen für Weizen wie für Roggen. Im Anfang des heutigen Berichtes war besonders Roggen beachtet, später zeigte sich auch größere Kaufkraft für Weizen. — Hervorzuheben ist, daß namentlich Herbstlieferung bevorzugt und höher war. Roggen erhöhte sich für nahe Lieferung um etwa 1/4 R., für Herbstlieferung um etwa 1/2 R., Weizen ca. 1 R. höher. Hafer ebenfalls sehr auf gute Nachfrage, namentlich beste Qualität begehrt. Mähdrauf Paris und auf jährliche Saatensandberichte abgesehen. — Spiritus nach wie vor unverändert; loco 70er 49,80 R.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 6. Juni 1900. Antilcher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 515 Rinder, 2512 Kühe, 813 Schafe, 8251 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Markt (beziehungsweise für 1 Pfund in Bf.): Für Kühe: a) vollfleischige, ausgewählte, höchste Schlachtwertes, höchstens 6 Jahre alt 00—00, b) junge fleischige, nicht ausgewählte und ältere ausgewählte 00—00, c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00—00, d) gering genährte jeden Alters 00—00. — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwertes 00—00, b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00—00, c) gering genährte 00—00. — Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgewählte Färsen höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 00—00, b) vollfleischige, angründete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 00—00, c) ältere ausgewählte Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 00—00, d) mäßig genährte Kühe und Färsen 00—00, e) gering genährte Kühe und Färsen 00—00. — Lämmer: a) feinste Wollschäfer (Vollwollschäfer) und beste Sauglämmer 72—75, b) mittlere Wollschäfer und gute Sauglämmer 64—68, c) geringe Sauglämmer 52—58, d) ältere, gering genährte (Fleischer) 00—00. — Schafe: a) Wollschäfer und jüngere Wollschäfer 62—65, b) ältere Wollschäfer 55—60, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Wollschäfer) 51—55, d) fleischer Ferkel (Wollschäfer) 00—00. — Schweine: a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 46, b) Rinder 00—00, c) fleischige 44—45, d) gering entwickelte 41—43, e) Saug 38—40.

Statt jeder besondern Meldung.
Heute wurde uns eine prächtige Tochter
22/19
„Jeannette Schwerin“
geboren.
Hilfswesiger Eduard Schwerin und
Frau Clara, geb. Schröder,
Schmidstr. 29.

Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern des Kranken-
Unterstützungs- und Be-
gräbnis-Vereins der Bau-
und gewerblichen Hilfs-
arbeiter Berlins hiermit zur
Kenntnis, daß unser langjähriges
Mitglied
137/4
August Herbrich
am Montag, den 4. d. M., verstorben
ist. Die Beerdigung findet heute,
Donnerstag, den 7., nachmittags 4 Uhr,
von der Halle des Richard-Ring-
hofes-Hermsdorfstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dankagung.
Allen Freunden und Genossen, so-
wie dem Wohlgemein des 6. Berliner
Bezirks (Wohlfühlvereins) und dem
Gesangverein Unverzagt für die rege
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, des Restaurateurs
Carl Gaede, insbesondere für die
tröstlichen Worte des Herrn Mannes
an Grabe des Dahingegangenen
meinen herzlichsten Dank.
13825
Frau Gaede und Kinder.

Schultze,
Wasserthorstr. 1/2, 1.
Behandlung aller Haut-,
Harn- und Blasenleiden ohne
jegliche Berufshörung. 397AL.
Sprechstunden 9—2 u. 5—9.
Donnerstagsvormittag keine
Sprechstunde.
Bei Vorlegung des
Verbandskarte 10 Pro.

Natur-Heilverfahren.
Haut-, Harn- u. Blasenleiden.
Frauen-Krankheiten. Heilt sicher
ohne Berufshörung. 3978A.
R. Wagner, Invalidenstr. 151/A
(fr. Wallstraße 23).
9—2, 5—9, Sonntags 9—2.

Georg Müller, Tischler
aus Voppar d. Rh., wird gebeten,
seinem Schwager **Oleomann**
Bertram in Voppar seine Adresse
angeben wegen Familienangelegen-
heiten. Bitte seine Kollegen, ihn zu be-
nachrichtigen.
1345*

Typographia.
Heute (Donnerstag) 9 Uhr:
Übungstunde.
Sonntagvormittag 10 Uhr:
Probe im Cirkus Schumann,
Eingang Karlstrasse.

65/15
48716* **Prima harte** 110 Pfd.
Schlackwurst
halbbart
a Pfd. 85
Zehntenn., prima hart 95
diesige Schlack-
Speck, tung, mager 65
bei 5 Pfd. 60
fein, 55

Roh-Tabak.
Mittwoch, 6. Juni, eröffne Berlin,
Auguststraße 36, eine Roh-Tabak-
handlung. Jedes Quantum wird
verkauft zu den billigsten Preisen. [*
E. Erbe,
Berlin, Auguststraße 36.

Schultze,
Wasserthorstr. 1/2, 1.
Behandlung aller Haut-,
Harn- und Blasenleiden ohne
jegliche Berufshörung. 397AL.
Sprechstunden 9—2 u. 5—9.
Donnerstagsvormittag keine
Sprechstunde.
Bei Vorlegung des
Verbandskarte 10 Pro.

Natur-Heilverfahren.
Haut-, Harn- u. Blasenleiden.
Frauen-Krankheiten. Heilt sicher
ohne Berufshörung. 3978A.
R. Wagner, Invalidenstr. 151/A
(fr. Wallstraße 23).
9—2, 5—9, Sonntags 9—2.

Georg Müller, Tischler
aus Voppar d. Rh., wird gebeten,
seinem Schwager **Oleomann**
Bertram in Voppar seine Adresse
angeben wegen Familienangelegen-
heiten. Bitte seine Kollegen, ihn zu be-
nachrichtigen.
1345*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute, Donnerstag, den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Ausserordentliche General-Versammlung
bei Keller, Köpenstraße 29.

Bäcker!
Heute, Donnerstag, den 7. Juni er.,
nachmittags 3 1/2 Uhr:
Große öffentl. Versammlung
bei Keller, Köpenstraße 29.

Achtung! Kupfer- und Zinn-Verband.
Heute, Donnerstag, den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Ausserordentliche General-Versammlung
bei Keller, Köpenstraße 29.

Achtung! Kupfer- und Zinn-Verband.
Heute, Donnerstag, den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Ausserordentliche General-Versammlung
bei Keller, Köpenstraße 29.

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser u. Stuccateure
Deutschlands.
149/5
Sonntag, den 10. Juni, vormittags 10 Uhr, bei Jäkel, Berlinstr. 55:
Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Statutenänderung. 2. Wahl der Abgeord-
neten zu der Generalversammlung. 3. Rassenangelegenheiten und Ver-
schiedenem. — Mitgliedsbuch legitimiert. J. A. Albert Grodtski.

MAGGI
Gemüse- und Kraftsuppen
Gouillon-Kapseln
Suppen-Würze
stets vorrätig bei **A. Ramhold**, vormals **E. W. Elfreich**,
N., Prinzen-Allee 18, Ecke Bellermannstrasse.
Zähne 2 M.
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahn-
ziehen i. M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7

Achtung, Maurer!
Freitag, den 8. Juni, abends 8 Uhr:
General-Versammlung

aller zum Streitgebiet Berlin und Umgegend gehörigen
Mitglieder des Centralverbandes der Maurer
Deutschlands
im großen Saale des Gewerkschaftshauses,
Engel-Ufer 15.

Arbeits-Bekleidung
für Mechaniker, Bildhauer, Maler, Schlosser, Schlichter, Konditoren, Fleischer.
En gros — Detail. 4070L*
D. Wurzel & Co.,
Wrangel-Strasse 17, Ecke Mantouffel-Strasse.

Stereotypenre,
Galvanoplastiker
engagiert sofort 1361b
Fischer, Schmidstr. 6.

Heilung
aller Haut-, Harn-, Blasen-
leiden ohne Berufshörung.
31jährige Erfahrung.
Elasser-
Harder senior, Strasse 20.
Sprechst. 9—1 u. 5—8 1/2, Sonnt.
9—2. 28/10*

Möbelstoffe!
auch Reize! alle Qual. selten billig!
Gegenheitskauf:
Mocquett-Büfche 5,35 M.
per Meter (130 cm breit) (48613)*
Muster d. näherer Angabe franco.
Berlin S.,
Emil Lefèvre, Cräutchenstr. 158.

Wo ist der schönste Garten? In
Rixdorfs Vereinsbrauerei!
Frei-Konzerte, Kaffeeküche, Kegeln-
bahnen zc. **Martin Berndt, Gasmstr.**

Chronische Leiden
jeder Art ohne Berufshörung.
Institut **Jost**, Chausseestr. 17, I. r.
9—3, 5—9, Sonntags 9—7. [*
Arbeitskreis 20 Pro. Ermäßigung.

Bettfedernreinigung
elektrischer Betrieb.
Grüner Weg 3. (49333)
Hauschild & Kettwitz.

Zweiter Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Frankfurt a. M., 5. Juni.

Am Sonntag wurde hier im Saale des Kompositenhofes der zweite Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands eröffnet. Dr. Brunt vom Gewerbeverein der christlichen Bergarbeiter wurde zum ersten, Ellerkamp vom Gewerbeverein der lippsischen Ziegler zum zweiten Vorsitzenden, die Herren Blag, Grünstadt und Reumayer - Stuttgart zu Schriftführern gewählt. Der erste Tag wurde mit der Konstituierung des Kongresses, der Wahl des Bureaus und der Festsetzung der Geschäftsordnung ausgefüllt.

Am Montag wurde in die eigentliche Tagesordnung eingetreten. Ueber den Stand und die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften referierte Dr. Brunt. Danach gliedert es gegenwärtig folgende auf christlicher Grundlage organisierte Berufsvereinigungen: Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter mit 25 500 Mitgliedern, Berg-Eisen-Metallarbeiter des Siegerlandes 11 500, Steinarbeiter im Siebengebirge 500, Niederheinische Textilarbeiter (Krefeld) 8500, Textilarbeiter M. Gladbach 6000, Textilarbeiter Aachen 2900, Textilarbeiter Bocholt 1500, Textilarbeiter Düren 700, Textilarbeiter Eupen 750, Ziegler Lippe 4025, Metallarbeiter Deutschlands 4000, Blei-, Zink-, chemische Arbeiter (Stolberg) 1900, Bauhandwerker (M. Gladbach) 600, Christliche Maurer Deutschlands 4200, Gerberei-Arbeiter (Siegen) 300, Badische Eisenbahnarbeiter 2240, Mittelbergaische Eisenbahnarbeiter 5230, Gewerkschaftskartell Württembergs 1194, Holzarbeiter Deutschlands 2900, Tabakarbeiter Gelsen 800, Arbeiterchor Freiburg 400, Schuhmacher Frankfurt a. M. 15, Schuh- und Lederindustrie der Pfalz 500, Thongruben-Arbeiter Pfalz 75, Schuhmacher Aöln 35, Fuhrwerker Würzburg 100, Schneider Würzburg 30, Arbeiterchor Pfalz 2420, Sektoren der Schneider Röhren 85, Sektoren der Schneider Arbeiterchor Berlin 50, Sauerländische Metallarbeiter 2100.

Diese Organisationen mit zusammen 84 129 Mitgliedern sind auf dem Kongress vertreten, und zwar durch 63 Delegierte. Nicht vertreten sind der Verband deutscher Eisenbahner (Trier) mit 25 650 Mitgliedern, bayerische Eisenbahner 25 000, bayerische Textilarbeiter 2600, Textilarbeiterinnen Aachen 300, Eupen 300, Wipperfurth 130, Hrenindustrie Dillingen 520, Christlicher Arbeiterverein „Gegenseitige Hilfe“ (Weutun) 18 000, Arbeiterchorvereine Berlin 300, Regensburg 300, Amberg 200, Augsburg 300, Schuhmacher Düsseldorf 200. Das sind 13 Gewerkschaften mit 68 480 Mitgliedern, so daß die Gesamtzahl der auf christlicher Grundlage organisierten Arbeiter 152 615 beträgt.

Dr. Brunt konstatiert ein erfreuliches Wachstum der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Es sind im vorliegenden Jahre neben den bestehenden Zentralverbänden der Bergleute und Ziegler noch gegründet worden die Zentralverbände der Metallarbeiter, Holzarbeiter und Eigarrenarbeiter; es sind Zentralverbände in Aussicht genommen für die Schuhmacher, die Schneider und Metzger. Dr. Brunt tadelt die Gründung von lokalen Sonderorganisationen; auf dem ersten Kongress der christlichen Gewerkschaften in Mainz seien die Zentralverbände als die richtige Organisationsform beschlossen worden; dem dürfe nicht entgegengetreten werden, und er bitte den Kongress, Stellung dazu zu nehmen, daß trotz des Mainzer Beschlusses für die bereits central organisiert seien, vielfach noch Sonderorganisationen gegründet worden seien. Der Redner kommt auf die Vorgänge im Ruhrrevier zu sprechen; als er dort den Gewerbeverein christlicher Bergleute eingeführt habe, sei man von Aachen aus mit einer speziell für das Ruhrrevier berechneten Organisation ihm dazwischen gefahren. Solchen Sonderbestrebungen müsse der Kongress durch einen Beschluß vorbeugen. Er schlägt folgende Resolution vor:

Der zweite Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hält fest an den Beschlüssen des ersten Kongresses bezüglich der Centralisation der christlichen Gewerkschaften, wobei den damals bestehenden Lokalverbänden für einzelne Berufe sowie auch den Vereinen „Arbeiterchor“ der breitesten Spielraum gelassen wurde. Die Centralisation der Gewerkschaften hat im letzten Jahre gute Fortschritte gemacht und soll damit auch in Zukunft fortgeschritten werden. Wo in Ländern schon Centralorganisationen für bestimmte Berufe bestehen, sind diesen die Arbeiter zuzuführen und keine Sonderorganisationen mehr zulässig. Wo solche noch nach dem ersten Kongress gegründet wurden, sind sie von dem Verband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands und dessen Kongressen auszuschließen.

Hierauf schließt sich eine umfangreiche Diskussion. Alle Redner erklären sich grundsätzlich für die centrale Organisation. Die Vertreter aus Württemberg bitten um Rücksicht, wenn sie mit Rücksicht auf die eigenartigen Verhältnisse ihres Landes ihre Organisation vorläufig noch auf Württemberg beschränken, ihr Streben sei, der Centralorganisation zur allgemeinen Anerkennung zu verhelfen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Vor Beginn der Verhandlungen hatten die Vertreter der Textilarbeiterorganisationen getagt und folgenden Beschluß gefaßt: Die Neugründung von selbständigen christlichen Textilarbeiter-Verbänden ist möglichst zu vermeiden, vielmehr der Anschluß an die bestehenden Verbände entsprechend den Landesverhältnissen zu suchen. Wo sich neue Verbände bilden, sind sie gehalten, sich der Centralorganisation anzuschließen. Die Versammlung beauftragt eine Kommission mit der Ausarbeitung eines einheitlichen Statuts für die Centralisation der christlichen Textilarbeiter-Verbände.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Ausbau der christlichen Gewerkschaften, referiert Ellerkamp vom Verband der lippsischen Ziegler. Es handelt sich hierbei um die Schaffung einer einheitlichen Leitung der christlichen Gewerkschaften, ähnlich der Generalkommission der freien Gewerkschaften, um die Anstellung eines besoldeten Sekretärs und die Einführung eines Verbandsorgans. Der Referent legt eingehend die Notwendigkeit und die Aufgaben einer einheitlichen Leitung dar, er will, wie die christlichen Gewerkschaften in Süddeutschland sich zu einem Kartell zusammen geschlossen haben, einen solchen Zusammenschluß auch für Norddeutschland. Dem wird von anderer Seite entgegen gehalten, daß nicht für den Norden und den Süden getrennte Leitungen bestehen dürften, sondern daß die Leitung einheitlich für ganz Deutschland sein müsse.

Aus der umfangreichen Diskussion sei folgendes hervorgehoben: Giesbarts - M. Gladbach hält diese Frage für sehr wichtig. Sie werde auch die Probe dafür bilden, ob die Eisenbahner-Verbände der Sache trenn bleiben. Dem die Errichtung einer einheitlichen Leitung, Sekretär, Verbandsorgan erfordern Opfer; da sei es mit dem bloßen „Anschluß“ nicht getan. Er wisse wohl, daß die Eisenbahner nicht so unabhängig vorgehen könnten wie die anderen Organisationen wegen ihrer Beziehung zu den Staatsbehörden; dem sei es auch wohl zuguschreiben, daß der bayerische und der preussische Verband (Trier) nicht hier vertreten seien, aber es sei gut, daß Klarheit geschaffen werde, wie weit man sich auf diese Organisationen verlassen könne.

Kath - Stuttgart schneidet die Frage der „paritätischen“ Gewerkschaften an, die besonders von M. Gladbach aus propagiert würden. Er hält diesen Gedanken für verwerflich; damit gebe man die Grundlage alles bisherigen Strebens auf. Die christlichen Gewerkschaften seien nicht eine bloße Anghilfe für eine gewisse Zeit, sie vertreten eine Weltanschauung, die ewig bestehen bleibe und von der aus es keine Brücke gebe zu den „socialistischen“ Gewerkschaften. (Weifall und Widerspruch.)

Dr. Brunt ist demgegenüber der Meinung, daß die paritätischen Organisationen das erstrebenswerte Ziel bleiben müßten; zuerst seien die Organisationen konfessionell gewesen, jetzt sei man interkonfessionell und es werde auch soweit kommen, daß man nur eine Organisation für alle Arbeiter lenne.

Ebenso ist Pech - Krefeld der Meinung, daß alle Arbeiter zusammengehören. Wenn die socialistischen Führer es unterlassen, die Gewerkschaften als Mittel für ihre politischen Zwecke anzusehen, dann dürfen wir uns zu gemeinsamen Bunde die Hand reichen, dann ist auch die Frage der christlichen Gewerkschaften für uns erledigt.

Es wird beschlossen, die Frage der paritätischen Gewerkschaften heute nicht zu erörtern, sondern sie morgen als letzten Punkt der Tagesordnung gesondert zu behandeln.

Weiter wird beschlossen, die Frage der einheitlichen Leitung, Sekretär und Verbandsorgan einer fünfgliedrigen Kommission zu überweisen, die morgen Bericht erstatten, worauf dann der Kongress beschließen soll.

Kommunales.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Hochbau-Deputation fanden fünf Entwürfe des Stadtbaurat Hoffmann zur Beratung. Dieselben betrafen den Vorentwurf zum neuen Verwaltungsgebäude, einen speziellen Entwurf zu einer Turnhalle für das Gymnasium zum grauen Kloster, den speziellen Entwurf zum Leichenhaus des vierten Krankenhauses, den speziellen Entwurf zum Verwaltungsgebäude des Krankenhauses Moabit, den Entwurf zum Feuerwehrentempel auf dem Mariannenplatz. Sämtliche Entwürfe hat die Deputation einstimmig genehmigt.

Der Verein der Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranche (1870) hat sich an den Magistrat mit dem Gesuch um Einrichtung einer obligatorischen Fortbildungsschule mit Tagesunterricht gewendet. In der städtischen Schuldeputation, welche sich in ihrer heutigen Sitzung mit dieser Angelegenheit beschäftigte, wurde darauf hingewiesen, daß ein zwingender Besuch einer solchen Schule nur durch ein Ortsstatut herbeigeführt werden könnte und müßte in Ermangelung eines solchen das Gesuch daher ohne Rücksicht gelassen werden. Indessen soll dem Verein in seiner Bestrebung nach dieser Richtung jedmögliche Unterstützung zu teil werden.

Der Stadtrat Münsterberg hatte, wie wir kürzlich mitteilten, das Amt eines Preisrichters für die Pariser Ausstellung mit Rücksicht auf seine Ausgeschäfte abgelehnt. Inzwischen ist eine erneute Aufforderung an ihn herangetreten, das Amt zu übernehmen; er ist hierbei als Vizepräsident in Aussicht genommen. Herr Stadtrat Münsterberg hat sich nunmehr entschlossen, der Aufforderung nachzukommen und ist heute nach Paris abgereist.

Lokales.

Aus dem Reiche der „Großen Berliner“.

Schon unmittelbar nach Beendigung des Streiks ist von der Gründung eines besonderen Vereins der Straßenbahn-Angestellten die Rede gewesen. Der Plan hat jetzt greifbare Gestalt angenommen. Gegenwärtig kurstiert unter dem Personal der „Großen Berliner“ ein Aufruf zur Gründung eines Vereins der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn. Unterzeichnet ist der Aufruf von einer Anzahl besser gestellter Beamten der „Großen Berliner“ sowie von Schaffnern und Kutschern, die während des Streiks als Arbeitswillige thätig waren. Die Vereinsgründer sagen in ihrem Aufruf, daß der Verein Vaterlandsliebe, Geselligkeit und Kollegialität pflegen sowie die allgemeine Berufsbildung der Angestellten fördern soll. Auch die „fördernde Unterstützung der Direktion“ haben sich die Verbreiter des Aufrufs gesichert. Hieraus erhebt man ohne weiteres, welchen Charakter der neu zu gründende Verein haben wird. Die „fördernde Unterstützung“, welche die Direktion dem Unternehmen schon vor seiner Geburt zugesichert hat, spricht dafür, daß die Direktion selber der Vater des Kindes ist, das demnächst das Licht der Welt erblicken soll, und das die Aufgabe hat, dereinst die gewerkschaftliche Organisation der Straßenbahn-Angestellten spielend und lächelnd zu verdrängen. Auch andre Thatfachen bestätigen diese Annahme. Es ist die belannte Unternehmerrammer, welche in diesem Fall wieder einmal ihre Wirkung ausüben soll: Man sucht durch Gründung eines Vergnügungsvereins die Arbeiter von den ersten Bestrebungen zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage abzulenken. Es wird abzuwarten sein, ob es der Direktion der „Großen Berliner“ gelingen wird, ihre Angestellten durch dieses Mittel dem Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter zu entfremden. Anzunehmen ist es nicht, wenn man bedenkt, daß die Angestellten bis jetzt fest und unerschütterlich zu ihrer gewerkschaftlichen Organisation halten, denn sie wissen sehr wohl, daß sie das, was sie durch ihren Streik erreicht haben, einzig und allein dieser Organisation zu danken haben, aber nicht der „fördernden Unterstützung“ der Direktion. Ein großer Teil der Angestellten wird wohl, dem Druck von oben, aber nicht dem eignen Triebe folgend, dem von der Direktion ins Leben gerufenen Verein beitreten, ohne aber gleichzeitig der Gewerkschaft den Rücken zu kehren. Mit dieser wird die Direktion der „Großen Berliner“ auch in Zukunft zu rechnen haben.

Die Kontrolle des Schulbuchs wird seit dem Schuljahre 1897/98 bekanntlich in der Weise gehandhabt, daß bei Schulversäumnissen die Strafanträge von der Schuldeputation gestellt, die Strafen aber vom Polizeipräsidentium festgesetzt und vollstreckt werden. Aus 1897/98 ist über Zahl und Höhe der auf Grund dieser Bestimmungen verhängten Strafen nichts veröffentlicht worden; übrigens konnte das neue Verfahren auch erst vom zweiten Halbjahr ab in vollem Umfang angewendet werden. Im Schuljahre 1898/99 stellte die Schuldeputation 10 990 Strafanträge. Davon wurden 10 073 noch vor Ablauf des Jahres erledigt, und zwar 7526 durch Zahlung von Geldstrafen, 2113 durch Verbüßung von Haft und nur 268 durch gerichtliche Freiprechung (außer dem 105 durch Verjährung und 68 durch Tod). Die Summe der verhängten Geldstrafen belief sich auf 12 273 M. Davon wurden 9952 M. gezahlt, während 2321 M. durch Haft von zusammen 1036 Tagen erfüllt wurden. Die Vergleichung dieser Zahlen mit denjenigen der vorherigen Jahre wird dadurch erschwert, daß die Behandlung der Schulversäumnisse jetzt eben eine ganz andre als früher ist. Immerhin verdient es Beachtung, daß z. B. im Schuljahre 1896/97, dem letzten vor Einführung des neuen Verfahrens, von der Schuldeputation nur 5718 Strafen verhängt wurden. Im ganzen waren, mit den Resten aus dem Vorjahre, 6661 Verhängnisse zu erledigen. Erledigt wurden davon 5123, und zwar 1896 durch Aufhebung der Strafverfügung, 2848 durch Zahlung einer Geldstrafe und nur 579 durch Verbüßung von Haft. Es ist bisher nicht bekannt geworden, ob durch die richtungslose Strenge, mit der gegenwärtig in Schulversäumnissen gegen die Eltern der Gemeindegeldkinder vorgegangen wird, die Regelmäßigkeit des Schulbuchs erhöht worden ist.

Die Abhängigkeit mancher Verkäuferinnen kennzeichnet ein beachtenswerter Artikel im „Handlungsgehilfen-Blatt“. Das Organ des Centralverbands der Handlungsgehilfen und Beschäftigten Deutschlands befaßt sich mit der belannten Kolonialwarenhandlung von Karl Tamasko und fördert da Zustände aus Sicht, die man, ihre Rücksicht vorausgesetzt, in Berlin nicht gut für möglich halten sollte. Nach einer in dem Blatt veröffentlichten Statistik, die sich über den Monat März dieses Jahres erstreckt, ergibt sich für die Verkäuferinnen des Geschäfts, die Sonntagsarbeit mit fünf Stunden berechnet, eine wöchentliche Arbeitszeit von 100 1/2, 95, 93, 97 1/2 Stunden, für die Wochentage aber eine tägliche Arbeitszeit von durchschnittlich 15 1/2 Stunden. Sehr gelagert wird

über die ungenügende Schlafgelegenheit, über die scharfe Hausordnung, sowie über die Entlohnung der im Hause stationierten Verkäuferinnen; von einer Kassiererin wird mitgeteilt, daß sie mit 21 M. Monatsgehalt eingetretet sei und es nach 1 1/2 Jahren auf 37 1/2 M. gebracht habe. Eine eigentümliche Bewandnis hat es mit dem Prämienystem in dem genannten Geschäft. Die auf einige Mark lautenden Prämiencheine werden aus gegeben an Verkäuferinnen, die sich besonders angestrengt haben; von einem Anrecht auf den Geldbetrag, worauf der Schein lautet, ist aber keine Rede, die Auszahlung liegt vielmehr völlig im Belieben des Herrn Tamasko. Abzüge oder gänzliche Streichung der Prämien stellt dieser Herr u. a. in Aussicht, wenn jemand in seinen Leistungen nachläßt, wenn sich jemand durch schlechtes Betragen mißlieblich macht oder schlechten Einfluß auf seine Kollegen ausübt, weiter möglich: „wenn der Abgang aus dem Geschäft ohne mein Einverständnis erfolgt; das heißt also, wenn die Neuabsetzung der betreffenden Stellung zu dieser Zeit für mich nachteilig oder störend ist, wenn mehrere nach Vereinbarung zu gleicher Zeit kündigen.“

Zufällig ist neuerdings einer Verkäuferin die Auszahlung von 42 M. Prämien verweigert worden, weil von einer Kassiererin deren Chef hinterbracht worden war, daß die in Betracht kommende Dame sich über die lange Arbeitszeit beklagt hatte und sie dann nicht auf das Verlangen eingehen wollte, ohne Kündigung das Geschäft zu verlassen. In diesem Fall hat der Verband sich der Geschädigten angenommen.

Ueber das Gewerkschaftshaus bringt Wilhelm Spöhr in der Egidischen Anzeigen nachstehenden Feuilleton „Crustes Wollen“ einen Artikel, der den Gedanken enthält, daß „kein Künstler oder Denker es verdammen sollte, seine Kraft anzubieten, wo heimlich oder laut so viele nach Bildung und Schönheit streben.“

Diese Anregung wird unfehlbar in Künstlerkreisen Beachtung finden. Schon sehen wir, wie allein aus Dankbarkeit für die Verrichtung der lex Heintze Maler und Bildhauer sich drängen, das Haus der Arbeiter mit Kunstwerken von ungeahnter Schönheit zu schmücken.

In der Herberge des Gewerkschaftshauses haben vom 7. April, dem Eröffnungstage, bis einschließlich 31. April 931 Zugereiste 1934 mal übernachtet. Wäher wurden 680 verabreicht, Dreihzig Zugereiste wurden unentgeltlich gereinigt.

Die Verbreiterung der Königstraße wird auf der ganzen Strecke von dem Jüdischen Geschäftshaus bis zur Ecke der Poststraße noch in diesem Jahre ausgeführt werden. Am 1. Oktober werden die Häuser Königstraße 10, 9, 8, 7, sowie das Eckhaus Poststraße 31 geräumt und, mit Ausnahme des fast noch neuen Hinterhauses von Königstraße 7, abgebrochen. Die Grundstücke Königstraße 7 und 10 sind freihändig durch die Stadt angekauft, von 8 und 9 sind nur die zur Straßenverbreiterung erforderlichen Flächen enteignet worden. Dem Grundstück Poststraße 31, das dem französischen Baisenhause gehört, wird für die als Straßenland überlassene Fläche ohne weitere Vorentscheidung ein Streifen des Nachbargrundstücks Königstraße 7 zugelegt.

Pfingsten wurde in den Laubenkolonien rings um Berlin an den Feiertagen bei dem herrlichen Wetter diesmal ganz besonders festlich begangen. In den größeren Ansiedelungen, in denen es nicht an einem gemeinsamen Fest- und Tanzplatz weilt einer „Ratslaube“ mangelt, waren prächtig geschmückte Pfingstbäume aufgerichtet worden, unter denen es bis in die stinkende Nacht gar better zugeht. In der Ratslaube rankten die Transvaal- und Orangeafricast-Boeren mit den Kapolonisten“ die Friedenspfeife, und bei der perlenden Weihen wurden die schwebenden Grenzstreitigkeiten geregelt und ferneres freundschaftliches Einvernehmen verabredet. Besonders originell ging es in den Laubenstädten am Treptower Park zu. Die Kinder, welche noch während der Ostertage „Boeren und Engländer“ gespielt hatten, vereinigten sich zu einem Festzuge, der sich durch die verschiedenen Kolonien bewegte und schließlich am Pfingstbaum des größten Festplatzes aufmarschierte, wo bei Musikbegleitung Volkslieder gesungen wurden und eine Bewirtung mit Pfingstessen stattfand. Stimmliche Geiterleit erregte ein Aufzug der „Menagerie von Varnum u. Bailey“. Es fehlte weder an „Elefanten“ noch an „Damen mit Vollbärten“; Jongleure und Tattowierte, selbst der Snabe mit dem Hundelohf und der Feuerstrefker waren vertreten. Der Aufzug fand solchen Beifall, daß er am zweiten Feiertag wiederholt werden mußte. Dieser Zug arte aber in ein Betreten nach den schätzenden Lauben aus, als das himmlische Raß in Strömen herabkam.

Eine neue Erscheinung in Berlin sind „fliegende Straßen-Versegerler“. Eine Korrespondenz meldet darüber: Bereits gegen 5 Uhr morgens eilt ein stübiger Straßenbändler nebst seinen Familienangehörigen und einigen gegen Lohn arbeitenden Leuten nach den verschiedenen Arbeitervierteln, wo an einer passierenden Stelle, meist nahe den Bänken einer Schmutzanlage, Auffstellung genommen wird. Die „Versegerler“, ausschließlich Stellenfuchende, entrichten 5 Pf., wofür ihnen ein Heft zur „Durchsicht an Ort und Stelle“ geliefert wird, das den Arbeitsnachweis der Berliner Zeitungen und vieler Fachblätter enthält. Das Geschäft läßt sich so gut an, daß die Händler sich sogar von „Schreibkloßbüchern“ begleiten lassen, die in einem dem Leieplatz benachbarten Lokal den Arbeitfuchenden gleich die Offerten schreiben. Gegen 7 Uhr früh ist das Geschäft zu Ende. Die Versegler zerstreuen sich, die Händler aber verkaufen nun ihre Hefte und Zeitungen an gewisse Gastwirte, deren Stammpublikum erst zu späterer Stunde erscheint.

Den Tod in den Wälen der Spree gefunden hat gestern vormittag gegen 11 Uhr zu Charlottenburg an der neuen dem Werke noch nicht übergebenen Spreebrücke der acht Jahre alte Wally Bauer, Sohn des Schankwirts Bauer, Schulstr. 17 wohnhaft. Er spielte mit seinem sechs Jahre alten Bruder Fritz am nördlichen Ufer der Spree. Hierbei glitt er die dort ziemlich steil abfallende gemauerte Böschung hinab, wurde von der Strömung fortgerissen und ging bald unter. Obgleich der Snabe bald von Schiffen aufgefunden wurde, war er doch schon eine Leiche.

Im Mordprozeß Gönzli steht am 12. Juni Termin vor dem Reichsgericht an.

In den Gerichtssaal wurde gestern, Mittwochvormittag, die Unfallsaktion in der Hensburgerstraße zur Ölseifung gerufen. Eine Witwe Zimmermann aus der Friedrichsstraße 23 zu Friedrichsberg hatte sich im Saal 31 des Kriminalgerichts zu Moabit wegen Verleumdung eines Friedrichsberger Amtsdieners zu verantworten. Die Frau hatte erst vor drei Tagen das Krankenhaus, in dem sie sechs Wochen lag, verlassen und war noch sehr schwach. Am Ende der Verhandlung bekam sie einen Schwächeanfall, so daß die Verurteilung des Urteils eine Weile ausgelegt werden mußte. Als ihr dann das Urteil mitgeteilt wurde, brach sie, obwohl das Gericht nur auf die geringste Strafe von 3 M. erkannt hatte, ohnmächtig zusammen. Da sie nicht wieder zu sich kam, so wurde die Unfallsaktion gerufen, deren Angefallte die Kranke auf einer Bahre aus dem Saal und dem Gerichtsgelände trugen und mit ihrem Wagen nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus brachten. Ob es dem nicht möglich gewesen ist, die in allen Fällen aufregehende Gerichtsverhandlung auszuweichen, bis die Angefallte sich in kräftigerer Verfassung befand?

Mit dem Zweirad schwer verunglückt ist in der Nacht zu gestern ein Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte. Der Radler fuhr gegen 12 1/2 Uhr schnell durch die Seydelstraße, fuhrte vor dem Hause Nr. 3, flog mit dem Kopf gegen einen Laternenpfahl und blieb bewußtlos längere Zeit liegen, bis er endlich von einem Schuttmann des 40. Reviers mit einem Koppfchen Rettungswagen nach der Charité gebracht wurde. Hier ist er noch

nicht wieder zu sich gekommen. Rame und Wohnung des Verunglückten, der sich eine schwere Verletzung an der rechten Kopfseite zugezogen hat, sind daher noch nicht bekannt.

Der wegen Verdachts der Unterschlagung vor einiger Zeit in Untersuchungshaft genommene Agent Hammer, hiesiger Vertreter der Straußfäden-Einfuhrfirma Rosenblum in Hamburg, ist, wie der „Kont.“ meldet, aus der Haft entlassen worden. Die Voruntersuchung soll für ihn ein günstiges Ergebnis gehabt haben.

Aus der Strafanstalt zu Plönsensee entwichen ist in der vergangenen Woche der 27 Jahre alte Steiniger Heinrich Pirte, der noch über zwei Jahre Gefängnis zu verbüßen hatte. Der Gewaltmensch hatte ein Liebesverhältnis mit einem Mädchen aus der Adalbertstraße. Im Dezember v. J. traf er seine Geliebte mit einem andern in einer Wirtshaft und geriet so in Zorn, daß er seinen Nebenbuhler mit einem Bierseidel schwer mißhandelte. Aus der Wohnung seiner Geliebten heraus verhaftet, wurde Pirte zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Eine andre Heldenthat brachte ihm noch ein Jahr Gefängnis ein. Der Entsprungene ist noch nicht wieder festgenommen.

Im Carl Weiß-Theater ist das beliebte Pflingstfest mit einem großen amerikanischen Sensationsstück sinnig eingeleitet worden. Jenem der grauen Wasserwüste tritt das Theater mit der Seltenschronik der Morde und Unglücksfälle erfolgreich in Konkurrenz, und erfüllt seinen Zweck als moralische Besserungsanstalt dadurch, daß es den Uebelthäter im letzten Akt immer eines niedertötlichen Todes sterben läßt, nachdem der unanständige Mensch vorher einige edle Taten sensationell unzubringen versucht hat. Wir entsinnen uns, einmal ein solches Stück gesehen zu haben, in welchem der Verfasser einer Sagenmühle wie ein Brett auf einem Block geschmalt und dann auf einen mechanischen Apparat langsam der Kreisfrage entgegengehoben wurde, die ihn eben in die Mitte des Festes hätte, wenn nicht im Moment der höchsten Spannung Hilfe gekommen wäre. Ganz so schlimm ist das neue Schauspiel „Am Spielisch des Lebens“ nicht, aber ohne den Coup einer recht realistischen Jugentleistung kommt das Publikum doch nicht davon, und an andern guten Vorsätzen des Feldes, sich unter ordentlichen Bürgerleuten möglichst unbeliebt zu machen, fehlt es ebenfalls nicht. Herr Bach gab den Vörsen mit aller irdischen Weisheit; zwei Rollen von freiwilliger Komik, die eines Regers und einer braven Gärtnerin wurden wirkungsvoll von Herrn Grant und Frau Lid dargestellt.

Aus den Nachbarorten.

Adlershof. Heute ist in Adlershof bei Schmanse Dislokationsabend des „Arbeiter-Vereins“.

Der städtische Arbeitsnachweis in Schönberg hatte für den Monat Mai 103 Gesuche um Arbeit (80 männliche und 23 weibliche Personen) zu erledigen. Davon wurden 84 Personen (12 männliche und 22 weibliche) in Arbeit genommen, 55 wurden gestrichen, 13 auf den folgenden Monat übernommen. Offene Stellen waren 107 (87 männliche, 20 weibliche) gemeldet. Verlangt wurden hauptsächlich Fabrikarbeiterinnen, Hausdiener und Gehülfe. Im letzteren Bereich fortdauernd großer Mangel. Es empfiehlt sich wohl, darauf aufmerksam zu machen, daß die Stellenvermittlung im Gegenja zu den teuren Vermittlungsbureaus hier für beide Teile kostenlos geschieht.

Der öffentliche städtische Arbeitsnachweis in Nixdorf wurde im Monat Mai von 129 Arbeitgebern und 329 Arbeitnehmern benutzt. Zur Beschäftigung verlangt wurden insgesamt 190 Personen, und zwar 46 Handwerker, 16 Fabrikarbeiter, 85 gewöhnliche Arbeiter, 7 jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren, 16 Dienstmädchen, 12 Fabrikarbeiterinnen und 8 gewöhnliche Arbeiterinnen. Arbeit nachgelesen erhielten 164 Personen, und zwar 39 Handwerker, 16 Fabrikarbeiter, 86 gewöhnliche Arbeiter, 6 jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren, 24 Dienstmädchen, 10 Fabrikarbeiterinnen und 3 gewöhnliche Arbeiterinnen. Das Telefon wurde 89 mal in Anspruch genommen.

Vor dem Charlottenburger Gewerbegericht sind im Jahre 1899/1900 639 Streitigkeiten gegen 589 im Jahre vorher anhängig gemacht. Davon entfielen auf Baugewerbe und Bauhandwerker 187 = 29,5 Proz., auf Fabriken aller Art 60 = 9,2 Proz., auf das übrige Handwerk und Gewerbe 392 = 61,3 Proz. Außerdem wurden 46 Klagen erhoben, die nicht der Zuständigkeit des Gewerbegerichts unterlagen. Aus dem vorigen Jahre wurden 16 Streitigkeiten als unerledigt übernommen, so daß sich die Gesamtzahl der Klagen auf 655 belief. In 647 Fällen wurden die Klagen von Arbeitern gegen Arbeitgeber erhoben, in 7 von Arbeitgebern gegen Arbeiter und in einem Falle von Arbeitgebern gegen Arbeitgeber. Auf gütlichem Wege (durch Zurücknahme, Anerkennung, Vergleich) wurden 34,3 Prozent der Klagen erledigt. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl der Gewerbegebiete-Bezirke nach der letzten Volkszählung betrug die Zahl der Klagen im letzten Geschäftsjahr in Charlottenburg 0,48 pro Hundert (im Vorjahr 0,40), in Berlin 0,71 (0,72), in Spandau 0,15 (0,24), in Stettin 0,33, in Königsberg i. Pr. 0,83, in Magdeburg 0,29, in Aitona 0,20, in Kiel 0,36, in Braunschweig 0,59, in Ratingen 0,59, in Rannheim 0,71, in Leipzig 0,64, in Solingen 1,04.

Als Einigungsamt wurde das Gewerbegericht am 6. Juli vorigen Jahres von den wegen Lohnunterschieden in den Ausnahmepetitionen Textilarbeitern und Arbeiterinnen der Firma Fr. Gebauer in Charlottenburg angerufen; es wurde eine Einigung erzielt und der Lohnstreit beigelegt.

Im Dienste schwer verunglückt ist gestern Morgen der Stationsassistent Garmer vom Wanneseebahnhof zu Groß-Lichterfelde. Garmer schloß bei der Abfahrt eines Zuges nach Berlin einige Wagenthüren, da die an- oder eingestiegenen Fahrgäste nicht selbst den Griff umgelegt hatten. Während er so dem Zuge entgegengehend, diesen an sich vorbeifahren ließ, geriet ein Griff in seinen Rockarmel. Garmer wurde umgerissen und fiel zwischen das Trittbrett und die Bordwand des Wagens. Als man den Zug zum Stehen brachte, war er bereits so fest eingeklemmt, daß man das Trittbrett abschrauben mußte, um ihn befreien zu können. Ein Arzt der Berliner Rettungsgesellschaft leistete dem Verunglückten, dem beide Beine gebrochen waren, die erste Hilfe und ließ ihn mit dem Zug in einem Tragkorb nach Berlin bringen, wo ein Wagen der nächsten Unfallstation ihn nach dem Elisabeth-Krankenhaus transportierte. Garmer ist 40 Jahre alt und verheiratet.

Reinickendorf. Ueber die Veränderungen, welche mit den Bahnhöfen der Nordbahn Reinickendorf-Rosenhöl und Schönholz beabsichtigt werden, ist nachträglich folgendes zu berichten: Die Vereinigung beider Bahnhöfe, welche besonders für unsern Ort ein großer Nachteil gewesen wäre, ist zum Glück nicht in Aussicht genommen. Es handelt sich vielmehr lediglich um eine Verlegung und bedeutende Erweiterung derselben. Der jetzige Personenbahnhof Schönholz soll später nur noch für den sehr ausgedehnten Güterverkehr Verwendung finden, während die Personenbeförderung auf einem neu zu erbauenden Bahnhof an dem Uebergange des von Reinickendorf nach Schönholz führenden Wegs stattfinden wird. Bis zu diesem Bahnhofs sind bereits die Weisen der nach dem Gesundbrunnen projektierten elektrischen Bahn gelegt. Da weiter vom Bahnhof Reinickendorf-Rosenhöl die neue Bahn nach Pieskowalder abgezweigt wird, so muß auch dieser Bahnhof bedeutend erweitert werden.

Adlershof. Ein Auffsehen erregender Prozeß wird von heute ab die Strafkammer am Landgericht II beschäftigen. Es handelt sich um Sittlichkeitsvergehen schwerer Natur, deren sich der frühere Bahnhofsvorsteher Hauptmann aus Adlershof und der ebenfalls dort wohnhafte Rentier Ernst Schulbig schuldig gemacht haben sollen. Der Prozeß hält alle für Ordnung, Religion und Sitte gegen die Mächte des Unfortuges kämpfenden Elemente unseres Vorortes in Aufregung, da außer 24 Kindern, an denen die Unholde sich vergreifen haben, nicht weniger als 31 Ehefrauen aus gutbürgerlichen Kreisen unter sehr kompromittierenden Umständen der Zeugenpflicht gemüßigt sollen. Die Dauer des Sensationsprozesses ist auf drei Tage berechnet.

Ein umfangreicher Betrugsprozeß nach Verstoß vor der

stehenden Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Voigt seinen Anfang. Die Verhandlung findet wegen der großen Zahl der Zeugen im großen Schörringersaal statt. Angeklagt sind die Agenten Wilhelm Redeler und John Harris, die Anklage vertritt Staatsanwalt Weed, die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Wallien I und Dr. Halpern. Es handelt sich um die Geschäftspraxis der Firma Redeler u. Harris, größtes Vermittlungsbureau in Grundstücken und Geschäftsvorfällen, gegründet 1890. Harris war bis Ende 1887 als Mannufakturist in Hamburg thätig, dann ernährte er sich als Schreiber bei einem Hamburger Geschäftsmann, der wegen Betrugs nach demselben Muster, das jetzt der Anklage zu Grunde liegt, verurteilt worden ist. Im Jahre 1890 kam Harris nach Berlin und begründete hier in der Jerusalemerstraße ein Maklergeschäft für Grundstücke und Geschäftsvorfälle, wobei er eine Vereinbarung von 2500 M. gemacht haben will. Redeler, der früher Ausländer auf Vorkaufwegen der Umgegend gewesen ist, war zuerst als Schreiber bei ihm thätig, trat aber 1892 als Geschäftspartner mit einer Einlage von 1000 M. bei ihm ein, und nun wurde die langjährige Firma mit dem Sitz in Berlin, Köllnische Fischmarkt 2, eingetragen und urbi et orbi verkündet, daß ihr Geschäftskreis Berlin, die Vororte und ganz Deutschland umfasse. Auf Grund zahlreicher gegen die Angeklagten gerichteter Betrugsanzeigen wurden im Februar 1898 ihre sämtlichen Geschäftsbücher und Schriftstücke beschlagnahmt und mit allen Akten über die von den Angeklagten angestregten Zivilprozesse, deren Zahl etwa 1100 beträgt, einem gerichtlichen Sachverständigen zur Begutachtung vorgelegt. Die Ergebnisse dieser Prüfung liegen der Anklage zu Grunde. Die Kunden der Angeklagten bestanden der Hauptsache nach aus kleinen und kleinsten Handelsteuern und Gewerbetreibenden, sie wurden durch Hunderte von Inseraten auf die Firma der Angeklagten aufmerksam gemacht und in dem Glauben versetzt, als hätten die letzteren Verbindungen über ganz Deutschland und als ob bei ihnen täglich Nachträge nach Geschäften, Fabrikten, Grundstücken aller Art sei. Die Anklage aber behauptet, daß dies durchaus nicht der Fall und die Hauptsache für die Angeklagten gewesen sei, auf alle Fälle Geld von den Interessenten, die sich an sie wandten, zu erlangen. Nach der Auffassung der Anklagebehörde ist die Vermittlerthätigkeit der Angeklagten eine ganz unbedeutende gewesen. Sie haben die verschiedenen Zeitungen durch und lesen die einschlägigen Inserate. Derjenigen Personen, welche Geschäfte oder Grundstücke kaufen wollten, überbrachten sie dann ihre Prospekt, in welchen sie sich „ohne Kostenvorschuß“ zum Nachweis solcher Geschäfte und Grundstücke erböten und auf die ihnen zur Verfügung stehende große Auswahl, auf ihre Gewissenhaftigkeit etc. verwiesen. Zahlreiche Verlorne ließen sich dem auch durch die Bemerkung „ohne Kostenvorschuß“ dazu überreden, einen Revers zu unterschreiben, der nach Ansicht des Staatsanwalts dem Besten die Thür und Thor öffnete und den Angeklagten die Gelegenheit bot, auch ohne jegliche Vermittlerthätigkeit recht ansehnliche Summen einzubehalten. Der Revers sicherte nämlich in verschiedenen Abstufungen den Angeklagten Provisionen für den Fall zu, daß die Grundstücke bezw. Geschäfte durch sie verkauft wurden, ferner für den Fall, daß das Geschäft an einen unbekanntem Käufer veräußert wird, sodann für den Fall, daß der Auftraggeber das Verkaufsobjekt an angegebener Stelle nicht mehr besitzt oder betreibt; für den Fall endlich, daß das Geschäft nicht zu Stande komme, war in dem Revers die Zahlung eines Betrags von 30—60 M. für die „Vermählungen“ etc. der Angeklagten ausbedungen. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft ist es letzteren hauptsächlich um diese letztere Bestimmung zu thun gewesen. Ihre Bemühungen sollen im wesentlichen darin bestanden haben, daß sie den Prospektanten einige Geschäfte schriftlich und mündlich anboten, auch Sammel-Annoncen erließen und gelegentlich Anbieter und Nachfrager zusammen zu bringen suchten. In den letzten drei Jahren sollen durch die Vermittlung bestimmt in 8 Fällen, zu denen noch 5 Fälle treten, wo es zweifelhaft ist, Geschäfte zu Stande gekommen sein. In zahllosen andern Fällen ist es zu Zweifeln zwischen den Angeklagten und ihren Kunden gekommen; letztere weigerten sich, die 30—60 M. für „Vermählungen“ zu zahlen, indem sie behaupteten, daß sich die Angeklagten überhaupt nicht um sie bemüht hätten. Aus den lächerlich geführten Registerbüchern der Angeklagten der letzten drei Jahre sind 2920 Aufträge ermittelt, über welche 2346 Beträge vorhanden waren. In 2557 Fällen waren durch die Revers Entschädigungsgelder in Höhe von 83 882 M. vereinbart, von denen ihre Angeklagten in 1882 Fällen Zahlung von insgesamt 55 609 M. verlangten und einfügten. Sie erzielten Verfassungen und Anerkennungsurteile und gingen sofort mit Zwangsvollstreckungen vor. — Die Angeklagten bestritten entschieden die Wichtigkeit der Charakteristik, die der Staatsanwalt von ihrem Geschäftsprincip gegeben und behaupteten, daß sie durchaus nach den Pflichten eines ehrlichen Maklers gehandelt und sich nach allen Richtungen hin bemüht hätten, die Interessen ihrer Auftraggeber wahrzunehmen. Sie stellten den Belastungszeugen eine Anzahl von Entlassungszeugen gegenüber. Als Sachverständige wohnen der verurteilte Sachverständige für Hypotheken und Grundbesitz Ad. Oliven, sowie die Wäckerweiloren Reuter und Dörd der Verhandlung bei. Gegen Herrn Oliven erheben die Verteidiger Einspruch, indem sie darauf hinweisen, daß hier zunächst die Verläufe kleiner Geschäfte in Frage ständen, für die Herr Oliven nicht zuständig sei. Es soll deshalb noch ein anderer Sachverständiger geladen werden. Bei der großen Zahl der zur Anklage stehenden Fälle ist eine vierwöchige Dauer der Verhandlung in Aussicht genommen. Da die Einzelsfälle allgemeines Interesse nicht darbieten, werden wir uns darauf beschränken, unseren Lesern das Endergebnis mitzuteilen.

Ein Vergehen gegen das Postgesetz gelangte gestern zum zweitenmal vor der Strafkammer des Landgerichts I zur teilsweisen Erörterung, da das Reichsgericht das frühere Erkenntnis mit Bezug auf einen der drei ehemaligen Angeklagten aufgehoben hatte. Im vorigen Jahr wollte der Generalvertreter einer amerikanischen Schreibmaschinen-Fabrik, der Kaufmann Siering, eine Menge gedruckter Prospekte zur Versendung gelangen lassen. Um am Porto zu sparen, ließ Siering sich von der damals noch bestehenden Privatpost in Hamburg mehrere tausend Freimarken schicken, hier die Prospekte mit Umschlägen und diese mit der Marke versehen. Dann wurden die unverschlossenen Briefe in eine Kiste verpackt, die als Frachtkiste nach Hamburg an den Vorsteher der Privatpost geschickt werden sollte. Bevor die Kiste zur Abendung gelangte, fiel es dem bei Siering angestellten Buchhalter Wehner ein, sie wieder zu öffnen, eine Anzahl der Briefe herauszunehmen und sie zu verschließen. Er wollte dadurch nur dem Hamburger Vertreter der Firma die Arbeit etwas erleichtern. Vor es schon verboten, unverschlossene Briefe auf andre Art als durch das Post zu versenden, so wurde das Vergehen durch das Verhalten des Wehner noch strafbarer, denn die Post würde für die Beförderung eines unverschlossenen Briefs drei, für jeden verschlossenen Brief dagegen 10 Pf. berechnet haben. Die Kiste wurde in Hamburg angehalten und gegen Siering, Wehner und den Vorsteher der Hamburger Privatpost Anklage erhoben. Die beiden letzteren wurden freigesprochen, Siering wurde dagegen zu einer erheblichen Geldstrafe verurteilt. Mit Bezug auf Wehner verlangte das Reichsgericht die Prüfung, ob dessen Verhalten sich nicht als Teilnahme oder Beihilfe kennzeichnen, und in dieser Beziehung wurde im gestrigen Termin eine neue Prüfung vorgenommen. Der Angeklagte versicherte glaubhaft, daß er von dem Verbot, Waffensendungen von Briefen als Frachtgut zu bewirken, keine Ahnung gehabt habe. Der Gerichtshof kam aus tatsächlichen Gründen zu einem freisprechenden Erkenntnis. Von Teilnahme oder Beihilfe könne deshalb keine Rede sein, weil die Thätigkeit des Hauptangeklagten Siering bereits beendet war, als Wehner aus eigenem Antriebe wieder in die Sache verwickelt wurde.

In Stettin ist die seiner Zeit vertagte Verhandlung gegen die früheren Direktions- und Aufsichtsratsmitglieder der Rational-Hypotheken- und Kredit-Gesellschaft gestern vormittag vor der Strafkammer wieder aufgenommen worden. Die Angeklagten waren sämtlich zur Stelle.

Ein sächsischer Fortbildungsschul-Verein ist, wie die „Sächs. Schul-Ztg.“ mitteilt, vor kurzem gegründet worden. Zweck der neuen Vereinigung ist die Förderung des Fortbildungsschulwesens. Ueber die Errichtung dieses Zweckes gab Schuldirektor Pöschel in a. folgende interessante Darlegungen: Besser als die von vielen Eltern des Mittelstandes für Ausbildung ihrer Söhne oft bevorzugten Realschulen seien gehobene Fortbildungsschulen (höhere gewerbliche Fortbildungsschulen). Freilich bedürfte man dazu einer andern Unterrichtszeit (Tagesstunden statt der Abendstunden). Man solle nicht wägen, in allen diesen Beziehungen noch auf der Höhe der Zeit zu stehen. Gewiß ließe sich bei uns in drei Fortbildungsschuljahren von je wöchentlich sechs Stunden etwas Nütziges erreichen. Es sei eine Petition an die Staatsregierung anzuführen, in welcher gebeten werde, daß den Gemeinden, welche wöchentlich sechs Stunden Fortbildungsschulunterricht erteilen lassen, die Streichung des dritten Fortbildungsschuljahres nicht mehr gestattet werde, dafür aber denjenigen Gemeinden, welche wöchentlich sechs Fortbildungsstunden bei dreijährigem Kursus erteilen lassen, eine besondere Unterstützung seitens des Staates zu gewähren, da ja fast 90 Prozent unserer Bevölkerung die Fortbildungsschule besuche. Die gesetzlichen Bestimmungen, die den Mädchen-Fortbildungsschulunterricht (§ 14 Abs. 6) betreffen, will Redner dahin abgeändert wissen, daß größeren Gemeinden die Möglichkeit geboten werde, Mädchen-Fortbildungsschulen mit erhöhter Stundenzahl (6 statt nur 2 Stunden) zu begründen.

Vermischtes.

Die Saison der Abstürze hat begonnen. Aus Wien, 3. Juni, wird der „Köln. Ztg.“ berichtet: Das schöne Pfingstwetter hat die sächsischen Opfer gelöst; zwei Wiener Touristen, junge Leute, sind beim Abstieg abgestürzt, zwei andre, ein Herr und eine Dame, werden vermißt; da sie einen schwierigen Weg gewählt haben, dürften auch sie verunglückt sein. Ein Innsbrucker Telegramm meldet, daß am Pfingstsonntag am Trossauerberg im Kaisergebirge ein 23jähriger Tourist Namens Scherer, der aus Berlin und Sohn eines Universitätsprofessors sein soll, abgestürzt sei und tot blieb. Die Leiche wurde nach Auffindung gebracht. Der bekannte Geronimus Professor Wilhelm Scherer ist seit dem Jahre 1886 tot, seine Witwe lebt in Charlottenburg, der Verunglückte ist deren Sohn, der Student Hermann Scherer.

Aus Buenos-Aires, 5. Juni, wird gemeldet: Durch ein heute erlassenes Dekret wird die Pestepidemie für erloschen erklärt.

Verzollte . . . Höhe. Das Genfer Zollamt hatte jüngst eine Sendung abgerichteter Fische zollamtlich zu taxieren. Da dem Beamten die Entscheidung zu schwer fiel, fragte er in Vern bei der höheren Instanz an, wo denn die Höhe in die Rubrik „Wenagerie“ an die Seite der gefährlichsten Raubtiere verweisen wurden.

120 mal verlobt. Ein aus Bayern gebürtiger Kaufmann Alois Frankenberg machte vor dem Grazer Schwurgericht folgendes Geständnis: „In Engersham bei Passau 1855 geboren, habe ich nach Abolvierung der Mittelschule auf dem Gut meines Vaters die Zeit mit Nüchtern verbracht. Als mein Vater 1881 gestorben war, ließ ich mein Gut um 100 000 M. durch einen Agenten verkaufen, ging nach Amerika und bereiste dann die ganze Erde. Als mein Geld verbraucht war, trat ich in Algier in die Fremdenlegion ein. Im Herbst 1897 bin ich von Algier nach München gekommen, wo ich im Bürgerlichen Brauhause Buchhalter wurde. Allein nach 16 jährigem Jagabondieren behagte mir das Bureauleben ganz und gar nicht, und so ging ich nach Graz, wo ich mich auf den Heiratswindel legte. Ich ließ ein Inserat mit folgendem Inhalt erscheinen: „Damen, die geneigt sind, einen vermögenden Herrn zu ehelichen, wollen sich bei mir melden.“ Ich wurde mit Anträgen förmlich überhäuft. Vermögende Damen, Gouvernanten, Komtoren, Mädchen für alles, Dienstmädchen usw. bewarben sich um mich. Ich verlobte mich mit einer jeden und lebte mit jeder mehrere Wochen glücklich. Nachdem ich auf diese Art mehrere tausend Gulden an mich gebracht hatte, ging ich wieder nach München, wo ich mit einer Anzahl junger und alter Witwen Bekanntschaft schloß, und zwar wieder mit finanziellem Erfolg. Von München kam ich nach Passau, wo ich zwölf Mädchen und von diesen 5000 M. eroberte. Meine dreizehnte Braut in Passau veranlaßte ich, mit mir durchzugehen, und mit dieser habe ich die 5000 M. verjubelt. Dann fuhr ich ohne Braut wieder nach München. Ich verlobte mich dort abermals mit mehreren Witwen und Mädchen. Meine durch Heiratswindel erworbenen Einkünfte gestatteten mir ein luxuriöses Leben. Dann reiste ich nach Wien, von dort abermals nach Graz, wo mich meine erste Braut verhaften ließ. Im ganzen habe ich mich mehr als 120 mal verlobt! Das Schwurgericht verurteilte den Don Juan zu zweieinhalb Jahren schweren Arbers, nach deren Verbüßung er an Wachen ausgeliefert wird, wo seiner voraussichtlich noch mehrere Jahr Zuchthaus harrten.“

Witterungsüberblick vom 6. Juni 1900, morgens 8 Uhr.

Table with 7 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter. Rows include Eutinende, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien.

Weiter Prognose für Donnerstag, den 7. Juni 1900. Etwas kühler, zeitweise heiter, vielfach wolfig mit Gewitterregen und mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. 77. Das Weidungsformular ist in drei Exemplaren einzureichen. 78. Der Preis ist halbjährlich 5 M. Einzelne Hefte 50 Pf. 2. Körpergröße durch zurückgebliebene Entwicklung. Geschlechtsnormal. 79. Der Aufsatz des Herrn nicht Sie hat die Marken für Ihren Postträger zu lesen und zur Hälfte zu bezahlen. Das Reichsversicherungsamt hat wiederholt entschieden, daß als Arbeitgeber der Postträger, die von dem sie annehmenden Anstalt zum Grund des Anstalts zur Gutarbeit gestellt werden und für die der Anstalt den Lohn als einen Teil des feinen mitempfangt, der Aufsatz anzuweisen ist, in dessen Betrieb und nach dessen Weisungen sie beschäftigt werden und dem das Ergebnis der Thätigkeit des Postträgers zu gute kommt. Wenden Sie sich an den Landrat und weisen Sie auf die in den amtlichen Nachrichten des Reichs-Verwaltungsamts, 1891, S. 124, und 1893, S. 68 abgedruckten Urtheile hin. Ihre Antwort muß dahin gehen, den Postträger zum Lesen zu veranlassen und Ihnen die irtümlich gelieferten Marken zu erhalten. Im übrigen: leihen Sie die Eintragung eines neuen Anstalts nach Ablauf Ihres jetzigen ab. Die Form des Anstalts ist eine der drückendsten, dem Arbeiter nachteiligsten. — R. P. S. Der Invalidenversicherungspflicht unterliegen nicht Beamte des Reichs, der Einzelstaaten oder der Kommunalverbände, sofern sie einen Anwartschaft auf Ruhegehalt im Mindestbetrage der Invalidenrente der untersten Klasse (118 Mark) erworben haben. Ob der Betreffende Beamter ist und ob ihm eine Anwartschaft auf Ruhegehalt gewährt ist, ist von Fall zu Fall zu entscheiden. Ihre Frage, ob im Reichsbienstand die thätigste Thätigkeit liegend ist, ist deshalb generell weder zu bejahen noch zu verneinen. Bei der Entscheidung des Einzelfalles ist zu beachten, daß das Gesetz nicht von „zust“ sondern von „gewährleistet“ spricht. Dennoch ist auch solcher Beamter, dem erst nach Zurücklegung einer längeren Dienstzeit ein Ruhegehalt zufließen würde, nicht liegend. Ebenso würde ein Militär; dann nicht liegend ist, wenn die Militärstellung die übliche Uebergangstellung zwischen dem Abbruch der Ausbildung des Beamten und seiner späteren Anstellung mit Ruhegehaltsberechtigung zu bilden pflegt. — M. W. Rein. — S. W. 999. 1. J. 2. Rein.